

Sechste Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Mittwoch, den 17. Juni 1925.

(Beginn 10 Uhr 40 Minuten.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des 1. Fachauschusses zu dem Antrage der SPD., betreffend die Bereitstellung von Mitteln zur Herabsetzung des Zinsfußes für Zwischenkredite.
3. Antrag des 1. Fachauschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Sanders u. a. auf Zurverfügungstellung angemessener Mittel für das gewerbliche Kreditwesen seitens der Landesbank.
4. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend Beteiligung des Provinzialverbandes an mehreren großen Landeskulturprojekten im Regierungsbezirk Düsseldorf.
5. Antrag des 5. und 1. Fachauschusses zu dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Einsetzung einer Million Mark jährlich in den Haupthaushalt zwecks Kultur von Ob- und Niederland und Schaffung landwirtschaftlicher Domänen und Forsten für die Provinz.
6. Antrag des 1. und 5. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend Erhöhung des Stammkapitals der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft m. b. H. „Rheinisches Heim“ in Bonn.
7. Antrag des 5. und 1. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend Uebernahme der Bürgschaft für Saatkredit bis zur Höhe von 14½ Millionen Mark.
8. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend nachträgliche Genehmigung einer am 15. Dezember 1924 von dem Provinzialauschuß zwecks Aufhebung der Entschädigung im Falle der sogenannten Dürener Kinderkrankheit beschlossenen Venderung der Viehseuchen-Entschädigungssatzung für die Rheinprovinz.
9. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Venderung der „Viehseuchen-Entschädigungssatzung für die Rheinprovinz“.
10. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Haushaltsplan, betreffend Viehseuchen-Entschädigungen für das Rechnungsjahr 1925.
11. Antrag des 5. und 1. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend Bereitstellung außerordentlicher Mittel für die Unterstützung von Wasserleitungsanlagen im Rechnungsjahre 1925.
12. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen in Altenkirchen, Heinsberg und Boppard.
13. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Einrichtung von Obst- und Gemüsebaukursen an den landwirtschaftlichen Schulen.
14. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Haushaltsplan der Provinziallehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Altrweiler für das Rechnungsjahr 1925.
15. Antrag des 5. Fachauschusses zu der Entschließung des Abgeordneten Dr. Heß u. a. zur Notlage des Winterstandes.
16. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Haushaltsplan des Rittergutes Desdorf für das Rechnungsjahr 1925.
17. Antrag des 5. Fachauschusses zu dem Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1925.
18. Antrag des 3. Fachauschusses zu dem Haushaltsplan der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge für das Rechnungsjahr 1925.
19. Antrag des 1. Fachauschusses zu dem Antrage der SPD., betreffend Erhöhung der im Haushaltsplan unter „Verschiedenes“, Abschnitt XIII, veranschlagten Summe von 200 000 Mark für Kindergesundheits- und Erholungsfürsorge auf 1 000 000 Mark.
20. Antrag des 1. Fachauschusses zu dem Haushaltsplan „Verschiedenes“ für das Rechnungsjahr 1925.
21. Antrag des 1. Fachauschusses zu dem Haushaltsplan „Außerordentlicher Haushalt“ für das Rechnungsjahr 1925.

22. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln für das Rechnungsjahr 1925.
23. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bildung eines Betriebsfonds.
24. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1925 und Vorbericht hierzu.
25. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrag der SPD., betreffend Freilassung der aus dem besetzten Gebiet stammenden politischen Gefangenen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige Vollsitzung liegt auf dem Tische des Hauses offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Hauck und von Stedman.

Eingänge sind nicht vorhanden. Wir kommen zu

Punkt 2: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD., betreffend die Bereitstellung von Mitteln zur Herabsetzung des Zinsfußes für Zwischenkredite.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Schäfer.

Abgeordneter Schäfer: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie über den Inhalt des Antrages, der verhandelt wird, aus der Drucksache hinreichend unterrichtet sind; ich werde mich deswegen auf die Drucksache beziehen.

Der Sachausschuß 1 hat sich mit der Frage eingehend befaßt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß zunächst der Verbilligung der Zinsen der Landesbank das Bedenken entgegensteht, daß der Eindruck erweckt wird, daß das Geld tatsächlich billiger ist, als es überhaupt ist. Dazu kommt, daß das finanzielle Ergebnis außerordentlich bedeutungslos ist. Die Darlehen werden in einer Höhe von rund 6000 Mark gegeben. Wenn Sie davon die durch die Zinsverbilligung eintretende Ersparnis berechnen, so würden das 240 Mark sein. Diese 240 Mark spielen aber nur eine geringe Rolle. Nun ist klar, daß die Verbilligung nicht zu Lasten der Landesbank gehen kann. Der Antrag schlägt daher auch vor, daß die Verbilligung zu Lasten der Provinzialverwaltung gehen soll. Da entsteht aber gleich die Frage der Deckung. Nach den Erklärungen der Provinzialverwaltung würden die 500 000 Mark nur dadurch bereitgestellt werden können, daß sofort eine Erhöhung der Provinzialumlage vorgenommen würde. Dazu hat der Ausschuß sich nicht entschließen können. Er schlägt deswegen die Ablehnung vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bid.

Abgeordneter Bid: Meine Damen und Herren! Die ablehnende Haltung, die der maßgebende Ausschuß in der Frage unseres Antrages, betreffend die Bereitstellung von Mitteln für die Verbilligung des Zinsendienstes eingenommen hat, bewegt die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei, diese äußerst wichtige Materie der Wohnungsbeschaffung einmal eingehend in diesem Hause zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Nach Auffassung der Sozialdemokratischen Partei muß eine Wohnungs- und Neubaupolitik getrieben werden, die in absehbarer Zeit spürbare Linderungen herbeiführt. Ich glaube, es mir in diesem Hause ersparen zu können, im einzelnen auf die geradezu unhaltbare Lage auf dem Wohnungsmarkt im allgemeinen einzugehen. Aber, meine Damen und Herren, wir sind in unserer Auffassung, daß mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Umstände auf dem Wohnungsmarkt im allgemeinen auch außergewöhnliche Maßnahmen getroffen werden müssen (Abgeordneter Saas: Sehr richtig!), noch bestärkt worden durch die vorzüglichen Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns gelegentlich der Besprechung des Etats. Der Herr Landeshauptmann hat insbesondere bei der Frage der Unterbringung von Anstalts- pflegebedürftigen in den Provinzialanstalten ausgeführt, daß leider in diesem Jahre die Zahl derjenigen, die Anspruch auf Anstaltsunterbringung machen, gegenüber dem Vorjahre um 800 auf 13 025 gestiegen sei. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese gestiegene Zahl der auf Anstaltsunterbringung Anspruch Erhebenden wird nicht allein in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kreise begründet sein, die nun eine Aufnahme in Anstaltspflege beantragt haben. Ich glaube, berechtigterweise feststellen zu dürfen, daß wohl im großen und ganzen die miserablen Wohnungsverhältnisse in den fraglichen Familien dazu beigetragen haben — trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse noch als annehmbar zu bezeichnen sind —, ob dieser Wohnungsverhältnisse bei derartigen Krankheiten unter allen Umständen eine Unterbringung in einer Provinzialanstalt zu verlangen. Aus dem Grunde können wir es uns als Sozialdemokraten nicht versagen, mit Rücksicht auf diese außergewöhnlichen Verhältnisse auch hier seitens des Provinzialverbandes der Rheinprovinz außergewöhnliche Maßnahmen durch die Bereitstellung von Provinzialmitteln zur Behebung der Wohnungsnot zu verlangen.

Die Sozialdemokratische Partei hat diese Auffassung bisher in allen Parlamenten vertreten. Ich bin beauftragt, namens meiner Parteifreunde im besonderen darauf hinzuweisen, daß wir die Erledigung der sozialen Aufgaben, die insbesondere für die breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung heute zu erfüllen sind, als eine unserer vornehmsten Pflichten ansehen; wir wollen die Ursachen der sozialen Not an

der Wurzel erfassen. Aus diesem Grunde hat die Sozialdemokratische Partei auf diesem Gebiete stets die Initiative ergriffen, sowohl in den Reichs- und Landesparlamenten als auch in den Kommunalverwaltungen der Städte und Gemeinden. Weil, wie ich schon erwähnte, wir auch in der Rheinprovinz außergewöhnliche Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens haben, sind wir als Sozialdemokratische Partei verpflichtet, auch die Provinzialverwaltung und das Provinzialparlament zu außergewöhnlichen Maßnahmen aufzufordern.

Der Herr Berichterstatter hat erklärt, das finanzielle Ergebnis einer solchen Zinsverbilligung sei derart minimal, daß es sozusagen gar nicht in die Erscheinung trete. Ich möchte versuchen, die Bedenken, die das Haus auf Grund der Ausführungen des Herrn Berichterstatters nach der Seite vielleicht bekommen hat, zu zerstreuen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns mit dieser Frage befassen, dann heißt es nach Schürmanns Rechenbuch rechnen, und das haben auch wir Sozialdemokraten gelernt.

Ich will einmal ein Exempel aufstellen und das Wohnbedürfnis einer Familie mit zwei Kindern berechnen. Da darf ich wohl, ohne große Ansprüche zu stellen, verlangen, daß für diese Familie mit zwei Kindern an Wohnraum eine Küche, zwei Schlafzimmer und eine Stube bereitgestellt werden. Wenn nun zwei Kinder vorhanden, dann müssen die Kinder schon eines Geschlechtes sein, wenn nicht die Stube auch als weiteres Schlafzimmer Verwendung finden soll. Wir wollen einmal die Baukosten einer derartigen Wohnung überschlagen. Diese Wohnung würde im Zweifamilienhaus einen umbauten Raum von 1000 Kubikmeter bedingen. Berechnen wir mit Rücksicht auf die heutige Lage auf dem Baustoffmarkt und die Löhne im Baugewerbe die Erstellungskosten einer derartigen Wohnung von 1000 Kubikmeter mit 28 Mark für den Kubikmeter, so ergibt sich, daß die Wohnungen für die beiden Familien zunächst einmal an reinen Baukosten 28 000 Mark verursachen. Hierzu wären — auch Durchschnittssätze der Rheinprovinz angewandt — 1000 Quadratmeter Grundfläche zu 3 Mark den Quadratmeter zu rechnen, so daß das Grundstück mit 3000 Mark zu bewerten wäre. An besonderen Auslagen kämen noch für Straßenbau, Anschlüsse, Entwässerung, Umwehrung usw. für dieses Zweifamilienhaus 2000 Mark hinzu, so daß an effektiven Baukosten rund 33 000 Mark aufzubringen wären. Das bedeutet an Erstellungskosten für die Wohnung einer Familie mit zwei Kindern einen Aufwand von 16 500 Mark.

Nun, meine Damen und Herren, wollen wir einmal an die Finanzierung dieses Baues herangehen und die allergünstigsten Verhältnisse zugrunde legen. Ich habe dreierlei Finanzierungen zugrunde gelegt, zunächst die

Finanzierung eines Genossenschaftshauses, dann die Finanzierung eines Hauses, welches mit Arbeitgeberzuschuß erstellt ist, und zuletzt die Finanzierung eines Hauses, welches ein Privatmann entweder mit eigenem Geld oder mit Geldern aus dritter Hand erstellt.

Wenn ich zunächst einmal den Ertrag errechne, den ein Genossenschaftshaus bedingt, und die allergünstigsten Finanzierungsverhältnisse zugrunde lege, so bedarf ich, um diese 16 500 Mark aufzubringen, zunächst einmal einer Hauszinssteuerhypothek in Höhe von 6000 Mark. Zu den allergünstigsten Bedingungen (1 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation) würden diese 6000 Mark in einem Jahre einen Ertrag von 120 Mark bedingen. Hierzu soll die Gemeinde, in der die Genossenschaft dieses Wohnhaus erstellt, einen weiteren Betrag von 3000 Mark zur Verfügung stellen, und zwar zu dem heute annehmbaren Zinsfuß von 9 Prozent, also einem Zinsfuß, der sich wesentlich unter den allgemeinen Sätzen auf dem Geldmarkt bewegt. Diese 3000 Mark würden so einen weiteren Ertrag von 270 Mark bedingen. An eigenem Geld, welches aus den Genossenschaftskreisen aufgewandt wird, habe ich absichtlich einen hohen Betrag genommen, und zwar wiederum einen Betrag von 3000 Mark. Weil die Genossenschaften besonderen Wert darauf legen, ihren gemeinnützigen Charakter auch dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie das von ihren Mitgliedern aufgebrachte Geld zu Zinssätzen verzinsen, die man lediglich als Anerkennungsgeld für die Hergabe der Gelder bezeichnen kann, bringe ich für den Betrag von 3000 Mark einen Wohlfahrtzinsfuß oder einen Anerkennungszinsfuß von meinemwegen 5 Prozent in Ansatz. So bedingen wiederum diese 3000 Mark einen Ertrag von 150 Mark. Es bleibt nun noch ein Rest von 4500 Mark zu finanzieren, der nach den jetzt vorliegenden Bedingungen mit 12 Prozent verzinst werden müßte, also einen Ertrag von jährlich 540 Mark bedingte. Meine Damen und Herren! Bei dieser Verzinsung würde der Zinsendienst für eine Wohnung einer Familie mit zwei Kindern in einem Jahre den Betrag von 1080 Mark erfordern. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!) Ich glaube, berechtigt zu sein, zu diesen Zinsen noch einen Satz von nur 5 Prozent hinzuzuzählen, der für die Bestreitung der öffentlich-rechtlichen Abgaben und für eine ganz minimale Rücklage für Reparaturkosten erforderlich ist, so daß hier eine Miete von 1134 Mark jährlich zu erschwingen wäre.

Meine Damen und Herren! Ein weiteres Beispiel, um die Bedenken zu zerstreuen, die der Herr Berichterstatter in seiner Begründung der Ablehnung des Antrages ausgeführt hat. Ich nehme einen weiteren Fall an. Irgendein Arbeitgeber, eine Reichsbehörde, eine Staatsbehörde oder ein privater Arbeitgeber erklärt sich bereit, irgendeinem Beamten, Angestellten oder Arbeiter zu einem beabsichtigten Bauvorhaben einen Ar-

beitgeberzuschuß zu geben. Aber auch hier habe ich in Erwägung gezogen, daß, trotzdem der Arbeitgeber einen relativ hohen Zuschuß gibt, die Gemeinde sich mit billigen Hypotheken beteiligt. Ich habe folgende Finanzierung angenommen: Zunächst wieder eine Hauszinssteuerhypothek zum billigsten Zinsfuß: 1 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation, ergibt wieder 120 Mark, dann ein Arbeitgeberzuschuß in Höhe von 3000 Mark, auch zu 5 Prozent Zinsen plus 1 Prozent Amortisation ergibt ebenfalls einen erforderlichen Ertrag von 180 Mark jährlich. Nun soll wiederum die Gemeinde mit einer Hypothek von 2000 Mark zu 7 Prozent = 140 Mark beteiligt werden. Der betreffende Bauherr hätte aus eigenen Mitteln ein Kapital von 2000 Mark aufzubringen. Da, meine Damen und Herren, konzedieren wir auch als Sozialdemokraten diesem privaten Bauherrn, daß er das aufgebrauchte Geld in der Gesamtfinanzierung zum Sparklassenzinsfuß verzinst. Wir haben daher diese 2000 Mark eigenes Geld mit einem Zinsfuß von 7 Prozent angelegt, so daß für dieses eigene Geld ein jährlicher Ertrag von 140 Mark erforderlich ist. Dann bleibt bei dieser Finanzierung wiederum ein Rest von 3500 Mark übrig, der wiederum mit 12 Prozent = 420 Mark zu verzinsen wäre, so daß bei diesem Bauvorhaben mit Arbeitgeberzuschuß ein jährlicher Zinsendienst von 1040 Mark plus 5 Prozent für öffentlich-rechtliche Lasten, also eine jährliche Miete von 1092 Mark erforderlich wäre.

Dasselbe Bild finden Sie bei einer dritten Finanzierung. Ich gehe davon aus, daß lediglich eine Hauszinssteuerhypothek zu den geringsten Zinssätzen zur Verfügung gestellt wird, daß die Gemeinde eine weitere Hypothek zur Verfügung stellt und daß es irgendeinem Bauherrn möglich ist, entweder aus eigenen Geldern oder aber durch die Unterstützung von Anverwandten usw. aus dritter Hand Baugelder zu einem Zinsfuß zu bekommen, der sich auch lediglich in dem Rahmen bewegt, in dem die Sparkasse die Spareinlagen verzinst. Es müßte aber dem Betreffenden möglich sein, mit den eigenen Geldern und den Geldern aus dritter Hand einen Betrag von 5000 Mark zu 7 Prozent aufzubringen. In diesem Falle würde, wenn sich die Gemeinde mit 3000 Mark beteiligt, immer noch ein Rest von 2500 Mark zu 12 Prozent verbleiben, so daß auch in diesem Falle mit einem 5prozentigen Zuschlag zu dem Zinsdienste es erforderlich wäre, einen jährlichen Ertrag von 1092 Mark aufzubringen. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren! Wenn ich die in diesen drei Finanzierungsplänen Ihnen vor Augen geführten Aufkommen zusammenstelle und den Durchschnitt errechne, so komme ich bei der allerwohlwollensten Berücksichtigung der Möglichkeit der Aufbringung der Erträge zu dem positiven Ergebnis, daß hier ein Durchschnitt an jährlicher Miete von 1106 Mark aufgebracht werden muß. (Hört, hört! links.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir nun einmal ganz objektiv die Dinge weiter verfolgen und von der Tatsache ausgehen, daß in Friedenszeiten im Rahmen der Kosten der Lebenshaltung im allgemeinen die Miete ein Fünftel der gesamten Kosten des Haushalts ausmacht, so würde meine Rechnung bedeuten, daß für die Bestreitung dieser Wohnungskosten das jährliche Einkommen einer solchen Familie, wenn ihr Existenzminimum nicht gefährdet werden soll, wenn sie auch für die übrigen Bedürfnisse des Lebens, die unbedingt bestritten werden müssen — Kleidung und Nahrung —, die erforderlichen Einkünfte behalten will, logischerweise $1106 \text{ mal } 5 = 5530 \text{ Mark}$ betragen. (Hört, hört! links.) Nun, meine Damen und Herren, möchte ich an Sie die Aufforderung richten: Kennen Sie mir innerhalb der Hand- und Kopfarbeiterschaft, innerhalb der Beamtschaft, soweit sie in den unteren und mittleren Gruppen besoldet wird, eine Kategorie, die in der Lage ist, einen derartigen Betrag jährlich aufzubringen, um das blanke Wohnbedürfnis der Familie zu befriedigen. Sie werden mit mir darüber einig sein, daß das bei den heutigen Löhnen und Wirtschaftsverhältnissen im allgemeinen geradezu ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Weil wir auch als Provinzialverband im Provinzialparlament die Pflicht und Schuldigkeit haben, diesen außergewöhnlichen Verhältnissen — ich wiederhole mich absichtlich — unsere Aufmerksamkeit zu schenken, können Sie m. E. nicht umhin, dem sozialdemokratischen Antrage die Aufmerksamkeit zu schenken, die ihm gebührt. Wenn Sie das tun, so erfüllen Sie damit lediglich eine Verpflichtung, die Sie sowohl auf der äußersten Rechten und in der Mitte des Hauses als auch auf der äußersten Linken täglich in Ihren Reden und Schriften den Teilen der Bevölkerung gegenüber übernehmen, die heute berechtigterweise durch die Unmöglichkeit der Befriedigung ihres Wohnbedürfnisses unruhig werden; dann befriedigen Sie die Leute, denen Sie täglich wiederholen, daß Sie sich ständig in allen Korporationen dafür einsetzen wollen, daß ihren berechtigten Wünschen nach Befriedigung des Wohnbedürfnisses Rechnung getragen wird. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!)

Ich lege Wert darauf, aber auch folgendes zum Ausdruck zu bringen: Wir sind uns als Sozialdemokratische Partei vollständig darüber klar, daß nicht allein die Befriedigung des Wohnbedürfnisses — das haben wir während des 69. Provinziallandtages bei den großen Vorlagen, ich erinnere an den Bau der Schnellbahn, wiederholt zum Ausdruck gebracht —, sondern auch volkswirtschaftliche Momente uns veranlassen, mit erhöhter Aufmerksamkeit diesen Dingen zu folgen. Wir sind uns klar darüber, daß unter allen Umständen dafür gesorgt werden muß, das Bauhandwerk und das Baugewerbe als eines der wichtigsten Schlüsselgewerbe der deutschen Volkswirtschaft zu beschäftigen. (Abgeordneter Haas: Sehr wahr!) Durch

eine intensive Belebung des Baumarcktes können all die wirtschaftlichen Klippen, die auf Grund der traurigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen heute noch zu umschiffen sind, viel besser umgangen werden, als wenn wir uns auf Grund irgendeiner falschen Auffassung diesen bitteren Notwendigkeiten verschließen. Aber, meine Damen und Herren, wir sind uns auch als Sozialdemokraten darüber klar, daß die heutigen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt uns als Sozialdemokratische Partei aus staatspolitischen Erwägungen zwingen, eine derartige Wohnungspolitik zu betreiben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind uns darüber klar, daß wir in einem republikanischen Staatswesen eines Arbeiters, eines Angestellten bedürfen, der Rückgrat und Ueberzeugung hat und der mit Herz und Nieren an der demokratischen Staatsform hängt. Wenn wir den für eine solche Staatsform erforderlichen Staatsbürger erziehen wollen, dann müssen wir den Hebel an die Wurzel des Übels der heutigen Zustände legen und zunächst einmal dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft eine menschenwürdige Unterkunft und menschenwürdige Wohnungen erhält. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir das tun, erfüllen wir eine große staatspolitische Aufgabe. Ich setze voraus, daß die übrigen Parteien des Hauses sich dieser Auffassung nicht verschließen und aus den von mir angeführten Gründen auch dem Antrage der Sozialdemokratischen Partei in der nunmehr abgeänderten Form zustimmen werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen, wie ich schon andeutete, den Antrag in abgeänderter Form überreicht, und zwar beantragen wir, unter Zurückziehung der beiden letzten Sätze, den so geänderten Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben lediglich diese beiden letzten Sätze fallen lassen, um Ihnen und der Verwaltung in irgendeiner Weise eine Brücke zu schlagen, damit Sie den Antrag nicht ohne weiteres ad acta legen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind uns darüber klar, daß auch der Antrag in seiner früheren Form sowohl finanzpolitisch als auch verwaltungstechnisch durchführbar gewesen wäre. (Sehr richtig! links.) Wir haben diesen gleitenden Zinssatz in unseren Antrag aus dem Grunde hineingebracht, weil wir uns darüber klar sind, daß ein Steigen oder Fallen des Reichsbankdiskonts, wenn auch nicht von heute auf morgen, sich auch bei der Lohn- und Gehaltsbildung der Lohn- und Gehaltsempfänger auswirken wird. Um hier mit Rücksicht auf die Spanne, die die Wohnung in den Kosten der Lebenshaltung im allgemeinen einnimmt, für die Kosten der Lebenshaltung die gleiche Spanne zu behalten, hatten wir zunächst beantragt, den Zinssatz so festzusetzen, daß er sich jeweils 4 Prozent unter dem Reichsbankdiskont bewegt. Aber wir haben diesen

Passus fallen gelassen, um dem Provinzialausschuß die Möglichkeit zu geben, den berechtigten Wünschen der Sozialdemokratischen Partei, hinter denen — das möchte ich ausdrücklich betonen — auch ein großer Teil der Wähler steht, die in Ihrem Lager sind, entsprechen zu können, um dann, wie ich eingangs meiner Ausführungen schon sagte, dahin zu kommen, daß in absehbarer Zeit eine spürbare Vinderung auf dem Wohnungsmarkt eintritt.

Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem Zusammenhang noch besonders darauf aufmerksam machen, daß wir als Rheinischer Provinziallandtag im vorigen Jahre wohl den Anfang gemacht haben, durch die Bereitstellung von Mitteln der Landesbank als Provinzialverband etwas in der Wohnungsfürsorge zu tun. Aber, meine Damen und Herren, nachdem wir lediglich die Gelder zu einem meiner Auffassung nach augenblicklich unerträglichen Zinssfuß bereitgestellt haben, hat die Einstellung des Rheinischen Provinziallandtages Schule gemacht. Ich möchte mich verbessern: In der Provinz Brandenburg ist der Antrag den umgekehrten Weg gegangen. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Ein Bericht in der „Zeitschrift für Wohnungswesen“ besagt darüber folgendes: „Der Brandenburgische Provinzialausschuß hat beschlossen, beim Brandenburger Provinziallandtag eine Vorlage einzubringen, die die Bereitstellung eines Bauzwischenkreditfonds für die minderbemittelte Bevölkerung bezweckt. Die Mittel sollen auf dem Anleihewege beschafft werden unter Uebernahme eines Teils der Zinsenlast auf den Provinzialetat. Hierdurch wird es möglich werden, den Zinssatz für diese Zwischenkredite auf 6 Prozent festzusetzen.“ Sie sehen, daß wir in der Rheinprovinz nicht mehr Schrittmacher sind, sondern bereits von der Provinz Brandenburg überholt werden. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Es wäre recht bedauerlich, wenn der Rheinische Provinziallandtag einen gegenteiligen Standpunkt einnähme. (Landeshauptmann Dr. Sorion: Was hat der Landtag in Brandenburg denn beschlossen?) Der Herr Landeshauptmann fragt, was denn der Brandenburgische Provinziallandtag beschlossen habe. Das habe ich noch nicht gehört; ich habe im Augenblick nur diese Notiz aus der Zeitschrift für Wohnungswesen vorliegen. Aber ich setze voraus, daß, wenn der Provinzialausschuß in Brandenburg dem Provinziallandtag der Provinz Brandenburg eine solche Vorlage macht, der Provinziallandtag diese Vorlage annehmen wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich der Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion entledigt. Ich habe noch eins hinzuzufügen. Wir wollen diese Frage heute nicht grundsätzlich klären. Der Herr Landeshauptmann hat ja auch schon in seinen Ausführungen zum Etat gesagt, daß er Bedenken habe, die Wohnungsfürsorge auf die Provinzialverwaltung zu übernehmen. Wir wollen heute diese grundsätzliche Frage

der Uebernahme der Wohnungsfürsorge auf den Provinzialverband nicht anschneiden, sondern wollen die Entscheidung darüber der weiteren Entwicklung in der Zukunft überlassen. Aber wir sind uns darüber klar, daß es sich hier um eine außergewöhnliche Notlage handelt, die uns als Provinzialverwaltung und Provinziallandtag verpflichtet, außergewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen. Das können wir nur, wenn wir größere Beträge aus öffentlichen Mitteln für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses bereitstellen, als es bisher der Fall gewesen ist. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Ich hoffe, daß Sie sich diesem berechtigten Antrage der Sozialdemokratischen Partei nicht verschließen werden. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß Sie damit helfen werden, die Wohnungsnot eines großen Teiles der rheinischen Bevölkerung zu beseitigen, um deren Beseitigung wir schon seit Jahren kämpfen und um deren Beseitigung wir noch Jahrzehnte kämpfen müssen, wenn es in dem Schnecken-tempo weitergeht wie bisher und wenn trotz aller Reden und Schreibeereien nicht mehr praktische und positive Arbeit zur Beseitigung der Wohnungsnot geleistet wird. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Farres: Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Ich bitte den Herrn Präsidenten, Punkt 2 der Tagesordnung bis zum Schluß der heutigen Sitzung zu vertagen. Der 1. Sachausschuß wird sich zwischenzeitlich mit der Sache nochmals beschäftigen, weil der Herr Vorredner doch eine Reihe von durchaus beachtlichen Ausführungen gemacht hat.

Vorsitzender Dr. Farres: Es wird beantragt, diesen Punkt 2 zu vertagen und zwischenzeitlich den 1. Sachausschuß mit der Angelegenheit zu befragen. Es wird zweckmäßig sein, diesem Vorschlage zu folgen. — Ich höre keinen Widerspruch dagegen. Die Beschlusfassung über Punkt 2 wird vertagt. Ich nehme an, daß es möglich sein wird, den Sachausschuß während der Fortsetzung unserer Beratungen zusammenzuberufen. Halten Sie das als Vorsitzender des 1. Sachausschusses für möglich?

Abgeordneter Dr. Hagen: Ich werde versuchen, gleich den Sachausschuß zu versammeln. Ich glaube, daß wir in kurzer Zeit fertig werden.

Vorsitzender Dr. Farres: Dann möchte ich Sie bitten, diese Berufung zu veranlassen.

Punkt 2 ist vorläufig vertagt.

Punkt 3: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Sanders u. a. auf Zurverfügungstellung angemessener Mittel für das gewerbliche Kreditwesen seitens der Landesbank.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hoff.

Abgeordneter Hoff: Herr Abgeordneter Sanders hat dem Hause folgenden Antrag unterbreitet:

„Der Provinziallandtag wolle dem Verwaltungsrat der Landesbank empfehlen, in Ergänzung der von Reich und Staat eingeleiteten unzureichenden Kreditaktionen weitere angemessene Mittel für das gewerbliche Kreditwesen nach Maßgabe ihrer Liquidität zur Verfügung zu stellen.“

Der 1. Sachausschuß tritt dem Antrage des Herrn Abgeordneten Sanders bei.

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist so beschloffen.

Punkt 4: Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Beteiligung des Provinzialverbandes an mehreren großen Landeskulturprojekten im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Schroer-Hochhalen.

Abgeordneter Schroer-Hochhalen: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß 5 bittet Sie, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Wegen der Regulierung der unteren Wupper waren von der Stadt Leichlingen noch einige Wünsche vorgebracht worden, die leider nicht erfüllt werden konnten, weil die rechtlichen Grundlagen noch nicht gegeben sind. Die Verwaltung hat aber versprochen, eine Vorlage dieserhalb im nächsten Jahre zu machen.

Dann hat der 5. Sachausschuß dem Herrn Landeshauptmann folgendes vorzutragen:

Die Landeskulturämter, die die Zusammenlegung der Parzellen in den Gebirgskreisen besorgen, sind zur Zeit mit Arbeit derartig überhäuft, daß die Zusammenlegungen voraussichtlich erst in 15 Jahren beendet sein werden. Dieses Tempo muß natürlich bemängelt werden, denn gerade die kleinen und kleinsten Betriebe in der Rheinprovinz leiden sehr unter der heutigen schlechten Konjunktur, und es ist für sie eine Frage der Lebensmöglichkeit, daß die Zusammenlegung in einem schnelleren Tempo erfolgt.

Dann hat der 5. Sachausschuß noch der Erwartung Ausdruck gegeben, daß bei Bewilligung von Mitteln zu Bodenverbesserungen aller Art, wie bisher so auch in der Zukunft, die ärmeren, gebirgigen Teile der Provinz vorzugsweise bedacht werden.

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist so beschloffen.

Punkt 5: Antrag des 5. und 1. Sachausschusses zu dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Einsetzung einer Million Mark jährlich in den Haushalt zwecks Kultur von Deuland und Schaffung landwirtschaftlicher Domänen und Forsten für die Provinz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Schüler.

Abgeordneter Dr. Schüler: Meine Damen und Herren! Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag, eine Million Mark jährlich in den Haushalt der Rheinischen Provinzialverwaltung zwecks Kultur von Weidland und Schaffung landwirtschaftlicher Domänen und Forsten für die Provinz einzusetzen, konnte in dieser Form die einstimmige Annahme des 5. Sachausschusses nicht finden. Man war der Ansicht, daß alles Weidland, das sich dazu eignet, aber auch nur dieses, der Kultivierung zugeführt werden müsse. Die Meinungen waren aber sehr verschieden in der Beantwortung der Frage, ob und inwieweit sich die Provinz an dem Erwerb und der Bewirtschaftung solchen Weidlandes beteiligen soll. Meiner Ansicht nach hat die theoretische Erörterung dieser Frage keine große Bedeutung, aus dem einfachen Grunde, weil die Provinz erst in jedem einzelnen konkreten Falle eine Entscheidung fassen kann und danach die Verhältnisse beurteilen muß.

Der 5. Sachausschuß hat dann einstimmig den Antrag beschlossen, der Ihnen in Drucksache 64 (in der Mitte) vorliegt.

In der gestrigen Sitzung des 1. und 5. Sachausschusses kam man wieder auf den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zurück und beschloß, hinter das Wort „soll“ einzusetzen: „Entweder für eigene Zwecke des Provinzialverbandes oder“. Der jetzige Antrag des 1. und 5. Sachausschusses lautet also:

„Der 1. und 5. Sachausschuß schließen sich der im Antrage der SPD. gegebenen Anregung, möglichst weitgehend vorhandenes, geeignetes Weidland zu kultivieren, an.

Das so gewonnene Kulturland soll entweder für eigene Zwecke des Provinzialverbandes oder zur Schaffung, Erhaltung und Stärkung selbständiger landwirtschaftlicher Existenzen im Benehmen mit Oberpräsident, Landwirtschaftskammer und Siedlungsgesellschaft „Rheinisches Heim“ dienen.

Der Provinziallandtag wolle den Provinzialausschuß ermächtigen, zunächst bis zu 1 Million Mark zu dem gedachten Zweck flüssig zu machen.“

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stebman.

Abgeordneter von Stebman: Meine Damen und Herren! Die Fassung, die Ihnen jetzt vorliegt, stellt die Zwecke der Provinzialverwaltung in den Vordergrund. Ich halte es aber für dringend notwendig, daß nicht die Zwecke der Provinzialverwaltung bei der Weidlandkultivierung in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Zwecke der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft muß den Standpunkt vertreten, daß es in erster Linie darauf ankommt, möglichst bald Land zu beschaffen, um landwirtschaftliche Existenzen selbständig zu machen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!)

Ich bitte daher, daß die Fassung dahin umgeändert wird, daß als erster Punkt die Schaffung selbständiger landwirtschaftlicher Existenzen in den Vordergrund gestellt wird, daß also „entweder“ und „oder“ vertauscht werden und an die zweite Stelle die Bedürfnisse der Provinzialverwaltung treten. (Burf des Abg. Hoffmann: Nein, erst die Provinz!) Ich erbitte dazu die Genehmigung des Landtages.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Wir sollten uns meiner Ueberzeugung nach nicht darüber streiten, ob die Interessen der Provinzialverwaltung oder aber die Interessen der Landwirtschaft in den Vordergrund zu stellen sind, sondern wir sollten uns auf den Standpunkt stellen: Vor allen Dingen ist die Ernährung des Volkes in den Vordergrund zu stellen, und die Ernährung des Volkes fördern wir auch dann, wenn wir in erster Linie den Besitz bei unseren Provinzialanstalten vermehren.

Ich habe in meiner Staatsrede dargelegt, daß wir heute stark 2000 Morgen im Besitz der Provinz haben, daß wir aber noch 2400 Morgen gebrauchen, um die Anstaltsinsassen ernähren zu können. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Für eine Vermehrung des Landbesitzes der Provinz zu sorgen, ist daher nach meiner Auffassung die Pflicht der Provinzialverwaltung und auch jedes einzelnen Provinziallandtags-Abgeordneten. Ich bin der Meinung, über den Interessen der einzelnen Berufsschichten müssen einem Abgeordneten die Interessen der Allgemeinheit, in diesem Falle die Interessen der Insassen unserer Anstalten, stehen. (Sehr richtig!)

Aus diesen Gründen bitte ich Sie: Nehmen Sie den Antrag so an, wie ihn Sachausschuß 5 und 1 beschlossen haben.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Freiherr von Loe.

Abgeordneter Freiherr von Loe: Meine Herren! Wir hatten voriges Jahr schon grundsätzlich zu dieser Frage Stellung genommen. Der Kollege Haas geht insofern irrig, als er meint, es wäre an sich die Aufgabe der Provinzialverwaltung, landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen, um die Ernährung des Volkes zu bereichern. Es ist noch sehr die Frage, ob das auf diesem Wege der Fall sein würde. Wir sind der Ansicht, daß durch eine freibäuerliche Arbeit draußen viel eher die Menge der Produkte vermehrt wird, als wenn das Land in kommunale Hände übergeführt wird. Die private Wirtschaft wirtschaftet immer besser und intensiver als die öffentliche Wirtschaft. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!)

Ich meine aber, auch von seiten des Hauses liegt kein Interesse vor, nun der Provinzialverwaltung die allgemeine Befugnis zu geben, Güter für sich zu erwerben. Es gehört zum Staatsrecht des Hauses, daß

wir darüber beraten und beschließen, wenn die Provinz Güter kaufen oder Land für ihre Anstalten sich anschaffen will. Anders würden wir in die Dispositionsrechte des Hauses selbst eingreifen.

Es ist richtig, an sich der bäuerlichen Wirtschaft zu helfen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Wir sind alle dafür, daß mindere Terrains kultiviert werden, um dem Ackerbau zugeführt zu werden. Aber das Richtige ist, sie in die freibäuerliche Hand zu geben.

Ich möchte noch einen anderen Grund anführen, den auch die Herren von der Linken vielleicht würdigen. Jedes Jahr werden erhebliche Teile des freibäuerlichen Landes für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen. Es verschwinden durch die Ausdehnung der Industriestädte erhebliche landwirtschaftliche Produktionsflächen von der Bildfläche. Wenn die Provinz sich einen Fonds sichert, um wieder neue Agrarflächen zur Ernährung zu schaffen, so kann man das nur unterstützen, aber mit der Maßgabe, daß das Land auch in die Hand der Kleinbauern überführt wird. (Zuruf des Abg. Steinbüchel: Ihre Freunde enteignen ja die Kleinbauern!) Das ist nicht der Fall; bei uns geht die Sache umgekehrt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht mehr begehrt. Es ist folgender Abänderungsantrag von Herrn von Stedman gestellt worden:

In dem Absatz 2 des Vorschlages des 5. Ausschusses soll es heißen:

„Das so gewonnene Kulturland soll entweder zur Schaffung, Erhaltung und Stärkung selbständiger landwirtschaftlicher Existenzen im Benehmen mit Oberpräsident, Landwirtschaftskammer und Siedelungsgesellschaft „Rheinisches Heim“ oder für die eigenen Zwecke des Provinzialverbandes dienen.“

Im übrigen ist der Antrag des Ausschusses nicht abgeändert worden.

Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Im übrigen sind gegen den Vorschlag des 5. Ausschusses, dem der 1. Ausschuß beitrifft, keine Einwendungen mehr erhoben worden. Ich stelle die Annahme mit der eben beschlossenen Abänderung fest.

Punkt 6: Antrag des 1. und 5. Ausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Erhöhung des Stammkapitals der Gemeinnützigen Siedelungs-Gesellschaft m. b. H. „Rheinisches Heim“ in Bonn.

Für den 1. Ausschuß ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Hoff (Zuruf Hoff: Ich verzichte!), für den 5. Ausschuß Herr Abgeordneter Dr. Schüler. (Zuruf Dr. Schüler: Verzichte!) Die beiden Herren Berichterstatter verzichten.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kemmann.

Abgeordneter Kemmann: Meine Damen und Herren! Auf die Siedelungsgesellschaft „Rheinisches Heim“ haben der Provinziallandtag und der Provinzialausschuß nur einen ganz geringen Einfluß, wenn man überhaupt von einem Einfluß sprechen kann. Das Statut der Siedelungsgesellschaft sieht einen derartigen Einfluß nicht vor. Es ist aber durchaus wünschenswert, daß bei der großen Beteiligung der Provinz durch den Provinziallandtag oder der Provinzialausschuß auch einen maßgebenden Einfluß erhält. Ich habe deshalb den Wunsch, daß das Statut dahingehend geändert werde, daß der Provinzialausschuß ferner in maßgebender Weise an der ganzen Tätigkeit beteiligt wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle fest, daß der Punkt 6 nach dem Antrage angenommen ist.

Punkt 7: Antrag des 5. und 1. Ausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Uebernahme der Bürgerschaft für Saatkredite bis zur Höhe von 14 ½ Millionen Mark.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Heuser.

Abgeordneter Heuser: Meine Damen und Herren! Die beiden Ausschüsse beantragen unveränderte Annahme. Dazu hat aber der Ausschuß 5 mich beauftragt, Ihnen folgendes zu sagen:

Der Ausschuß war einmütig der Auffassung, daß es einer sehr großen Anzahl rheinischer Landwirte, vornehmlich denjenigen, die in dem wirtschaftlich schlechteren Teile der Provinz wohnen, wohl nicht möglich sein wird, an dem Fälligkeitstage ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Der Ausschuß hat mich beauftragt, auch von dieser Stelle aus an den Herrn Oberpräsidenten die Bitte zu richten, in diesen Fällen an zuständiger Stelle für eine Sinausschiebung des Fälligkeitstermins sich einzusetzen.

Stellvertretender Vorsitzender Gerle: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf ohne Abstimmung feststellen, daß Sie dem Antrage der beiden Ausschüsse Ihre Zustimmung gegeben haben.

Wir kommen zu

Punkt 8: Antrag des 5. Ausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend nachträgliche Genehmigung einer am 15. Dezember 1924 von dem Provinzialausschuß zwecks Aufhebung der Entschädigung im Falle der sogenannten Dürener Kinderkrankheit beschlossenen Aenderung der Viehschadenentschädigungsfassung für die Rheinprovinz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter von Stedman. (Zuruf des Abgeordneten von Stedman: Verzichte!)

Der Berichterstatter verzichtet. Wortmeldungen liegen nicht vor. Auch hier darf ich ohne besondere Abstimmung die Zustimmung des Landtages feststellen.

Wir kommen zu

Punkt 9: Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Aenderung der Viehseuchen-Entschädigungsregelung für die Rheinprovinz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Der 5. Sachausschuß hat sich mit dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft eingehend beschäftigt.

Es handelt sich um folgendes: Ueberall im Lande tauchen Klagen darüber auf, daß in gewissen Fällen Vieh, das durch die Maul- und Klauenseuche bzw. deren Folgekrankheiten gefallen ist oder abgeschlachtet werden mußte, nicht entschädigt werden kann. Die heutigen Satzungen verbieten das. Wir wünschen aber, daß, wenn die Finanzlage irgendwie tragbar ist, die Satzungen dahin umgeändert werden, daß auch Vieh, das zum Beispiel an Blutvergiftung infolge von Vereiterung des Mauls und der Klauen eingeht, auch wenn es vierzehn Tage oder drei Wochen später ist, als der Seuchengang offiziell beendet ist, in die Viehseuchenentschädigung einbezogen wird.

Der Antrag der Arbeitsgemeinschaft stellt in dieser Beziehung lediglich eine Anregung dar, da es zunächst nicht möglich ist, die finanzielle Tragweite sowohl wie die technische Vorarbeit zu übersehen.

Der Sachausschuß hat feststellen können, daß die Provinzialverwaltung dem Antrage nicht abgeneigt gegenübersteht und daß sie dem Antrage näherzutreten will, sobald die Finanzlage und technische Tragweite geprüft worden ist. Es steht bereits in Aussicht, daß demnächst eine Konferenz zwischen der Landwirtschaftskammer, dem Geheimrat Lothes und sonstigen Veterinären stattfindet, die zu der Frage Stellung nehmen und die technischen und finanziellen Einzelheiten prüfen sollen.

Der 5. Sachausschuß empfiehlt dem Provinziallandtag, den Antrag unverändert anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schroer-Hochthalen.

Abgeordneter **S c h r o e r - H o c h t h a l e n**: Meine Damen und Herren! Wie notwendig es ist, daß die Viehseuchen-Entschädigungsregelung geändert wird, habe ich im 5. Sachausschuß bereits erläutert. Ich möchte aber hier im Plenum nochmals auf den Fall aufmerksam machen, der gerade in unserem Kreise bei einem Landwirt Tillmann Besch passiert ist.

Meine Damen und Herren! Dieser Landwirt Tillmann Besch hat das Vergnügen, drei Stück Rindvieh beim letzten Viehseuchenausbruch auf Anordnung des Tierarztes abgeschlachtet zu sehen und nicht entschädigt zu

werden. Nachdem ich die Akten bei Herrn Landesrat Westermann eingesehen habe, muß ich erklären, daß der Fall so liegt, daß er unbedingt zu den Fällen zählen müßte, die unter die Entschädigungsfälle Maul- und Klauenseuche fallen. Aber die Ansichten des Kreisveterinärs und des ihm bei der Regierung übergeordneten Herrn gehen hier auseinander. Der Herr Kreisveterinär hat zwar sein Gutachten so abgefaßt, daß vielleicht eine Entschädigung nach dem Paragraphen des Gesetzes nicht möglich ist. Aber in seinem weiteren Bericht bittet er darum, daß der Landwirt entschädigt wird, und er führt dafür eine ganze Menge Gründe an. Ich möchte doch den Herrn Landeshauptmann bitten, sich dieses Falles einmal besonders anzunehmen.

Ich habe hierzu einen Antrag formuliert, der folgendermaßen lautet:

„Der Provinziallandtag wolle den Provinzialausschuß ersuchen, die Entschädigungsakten über den Seuchenausbruch des Pächters Tillmann Besch einzufordern und unter Hinzuziehung praktischer Landwirte den Fall einer Nachprüfung zu unterziehen.“

Meine Damen und Herren! Im Provinzialausschuß haben wir zwei praktische Landwirte: den Landesökonomierat Bollig und den Ökonomierat Kemmann. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, vielleicht auch den Landwirt der Provinz, den Herrn Landesverwaltungsrat Föhrenbach, hinzuzuziehen, der doch jedenfalls in der letzten Zeit praktische Erfahrungen in den eigenen Anstalten der Provinz genügend hat sammeln können. Gleichzeitig möchte ich auch bitten, Herrn Freiherrn von Loe als Sachverständigen für diesen Fall zu gewinnen.

Es ist mir nichts daran gelegen, einen einzelnen Fall herauszustreichen. Es gibt mehrere Fälle in der Provinz, die nach Ansicht der praktischen Landwirte entschädigt werden müßten. Aber dieser Fall zeigt besonders, daß hier wieder eine Folgekrankheit konstruiert wird, weil eitrige Entzündungen an den Klauen entstanden sind und dadurch die Blutvergiftung hervorgerufen worden ist. Ich mache aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Kreisveterinär erst nach zehn Tagen erschienen ist, nachdem er durch die Polizeiverwaltung bestellt war, und daß zehn Tage vollständig genügen, daß sich eitrige Entzündungen bilden können. Nach unserer Ansicht ist also die Krankheit der Maul- und Klauenseuche nicht so beachtet worden, wie sie hätte beachtet werden müssen.

Ich unterbreite den Antrag dem Hause und bitte die Herren Landwirte, die ich genannt habe, sich zur Verfügung zu halten. Ich hoffe, daß dann ein großer Streitfall aus der Welt geschafft wird.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Ich darf den eben gestellten Antrag zur Verlesung bringen:

„Der Provinziallandtag wolle den Provinzialausschuß ersuchen, die Entschädigungsakten über den

Seuchenfall des Pächters Tillmann Besch einzufordern und unter Hinzuziehung praktischer Landwirte den Fall einer Nachprüfung zu unterziehen.“

Dieser Antrag steht zur Erörterung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bauknecht.

Abgeordneter Bauknecht: Meine Damen und Herren! Ich möchte lediglich zu den letzten Anträgen Stellung nehmen, und zwar im Interesse unserer Verwaltung. Wenn wir seitens des Landtages auf derartige Einzelfälle eingehen und dementsprechend bestimmte Angelegenheiten nach einem kurzen Referat dem Provinzialausschuß überweisen würden, so hätte das die praktische Konsequenz, daß wir jeden einzelnen Fall, der zufällig durch einen Abgeordneten, vielleicht sogar entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, hier vertreten wird — die gesetzlichen Bestimmungen, die zur Zeit bestehen, lassen den Fall nicht anders erledigen —, behandeln müssen. Wir könnten dann, da die einzelnen Verhältnisse den meisten unbekannt sind, leicht zu einem Beschluß kommen, der für die Verwaltung von den unheilvollsten Konsequenzen wäre. Ich möchte bitten, daß nicht Fälle, die zufällig von einem Abgeordneten aufgegriffen werden, mit dem vielleicht die Betroffenen in naher Beziehung stehen, hier eine andere Behandlung erfahren als Fälle, wo analog dem Gesetze verfahren wird und der einzelne sich damit abfinden muß.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit eine andere Frage mit einflechten, die auch im 5. Sachausschuß behandelt worden ist. Es ist dort auch über die Tuberkulosefrage des Rindviehs gesprochen worden. Es ist gleichzeitig bekannt geworden, daß von nahezu einer Million Stück Rindvieh nur 50 000 versichert sind. Wir haben da eine ähnliche Erscheinung wie bei den Hagelschlagversicherungen. Es ist immer wieder bei den Landwirten die Beobachtung zu machen, daß sie leider derartige Versicherungskosten scheuen. Wir sind meiner Ansicht nach geradezu dazu verpflichtet, den Landwirten dringend zu raten, die Versicherungen, die für sie zweckmäßig und auch nur mit verhältnismäßig geringen Kosten verbunden sind, doch zu benutzen, um sich selbst zu schützen. Der Provinziallandtag wird sich meiner Ansicht nach — ich möchte dies hier bezüglich der Hagelschäden sagen, die gestern allerdings im Falle Meisenheim praktisch erledigt worden sind — alle Schäden in Zukunft genau ansehen müssen, weil wir sonst leicht in die Lage kommen, Schäden, gegen die sich der Landwirt selbst schützen kann, zu vergüten.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich glaube kaum, daß es möglich ist, einen solchen Einzelfall hier zu erledigen oder auch besondere Weisungen für die Behandlung eines Einzelfalles über die gesetzlichen Vorschriften hinaus zu treffen (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!), denn was dem einen

recht ist, ist dem andern billig. Es ist nicht einzusehen, warum nicht sämtliche Fälle unter Zuziehung eines großen Kollegiums entschieden werden sollen. Ich gebe aber gerne die Zusicherung, daß ich die Akten des vorliegenden Falles nochmals einsehen werde. Wenn der Antragsteller mit der Entschädigung nicht zufrieden ist, so kann er sich ja ohne weiteres beim Provinzialausschuß dagegen beschweren. Dann wird die Sache dem Provinzialausschuß vorgelegt. Das ist das einzige, was im Augenblick zugefagt werden kann. Damit wird sich wohl auch der Herr Antragsteller zufrieden geben.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schroer.

Abgeordneter Schroer-Hochhalen: Meine Damen und Herren! Nachdem der Herr Landeshauptmann mir zugesichert hat, daß er diesen Spezialfall prüfen will, habe ich ja das, was ich mit meinem Antrage erreichen wollte, erreicht. Ich wollte, daß die Sache unter Hinzuziehung von praktischen Landwirten erneut geprüft wird.

Was Herr Kollege Bauknecht ausgeführt hat, dürfte doch wohl nicht ganz stimmen. Ich habe natürlich nur diesen Spezialfall hier angeführt, weil mir die anderen Fälle, deren es noch so und so viele in der Provinz gibt, nicht so bekannt sind wie dieser. Hier habe ich die Akten eingesehen und, Herr Kollege Bauknecht, ich möchte Sie bitten, sich auch einmal die Akten geben zu lassen. Wenn Sie dann sehen, wie die Veterinäre sich selbst über den Fall streiten, werden Sie einsehen, daß es doch nicht so ist, wie Sie es ausgeführt haben.

Ich bitte, das nicht den Herren der Wissenschaft zu überlassen, sondern zur Regelung solcher Fälle auch die praktische Landwirtschaft heranzuziehen.

Herr Kollege Bauknecht, die Landwirtschaft sollte sich mehr gegen Schäden versichern. Meine Herren! Wenn die Folgekrankheiten in die Entschädigungsfassung nicht einbezogen werden und die Sache weiter so gehandhabt wird wie bisher, so wäre ich gezwungen, einen Antrag zu stellen, die Entschädigung für die Klauenseuche, wie sie jetzt ausgeübt wird, fallen zu lassen. Sie wirkt ja so demoralisierend wie keine andere Ordnung, die wir bisher gehabt haben.

Wir haben doch nun die Dürrener Krankheit gehabt. Meine Damen und Herren! Die Dürrener Krankheit war auch nach dem Paragraphen nicht unterzubringen. Das werden Sie doch auch wohl zugeben. Aber es ist ein Rußmesblatt für die Verwaltung gewesen, daß da die Vernunft herrschen und nicht allein der Paragraph. Der Paragraph stürzt uns hier ins Unglück. Mit der Ordnung, wie sie bis jetzt vielfach gehandhabt wird, können wir nichts erreichen.

Herr Bauknecht, lassen Sie sich, bitte, die Akten geben, und ich bin überzeugt, daß Sie derselben Meinung sind wie wir.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wenn ich den Herrn Redner richtig verstanden habe, ist er bereit, seinen Antrag zurückzuziehen. (Abgeordneter Schroer: Ja, weil mir der Herr Landeshauptmann die Zusage gegeben hat.) Der Antrag ist zurückgezogen. Es liegt nur noch der Antrag des Sachausschusses vor. Einwendungen sind nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages des Sachausschusses fest.

Wir kommen zu

Punkt 10: Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betreffend Viehseuchen-Entschädigungen für das Rechnungsjahr 1925.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten von Stedman, das Wort. (Zuruf von Stedman: Verzichte!) Der Herr Berichterstatter verzichtet. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu

Punkt 11: Antrag des 5. und 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bereitstellung außerordentlicher Mittel für die Unterstufung von Wasserleitungsanlagen im Rechnungsjahr 1925.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Heuser. (Abgeordneter Heuser: Verzichte!) Der Herr Berichterstatter verzichtet. Auch hier darf ich ohne Abstimmung feststellen, daß dem Antrage entsprechend beschlossen ist.

Punkt 12: Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen in Altentkirchen, Heinsberg und Boppard.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Albers, das Wort.

Abgeordneter Albers: Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Orientierung darf ich wohl auf die Drucksache 27 verweisen, derzufolge in den Kreisen Altentkirchen und Heinsberg landwirtschaftliche Schulen übernommen und in Boppard eine neu errichtet werden soll.

Der Sachausschuß 5 empfiehlt unveränderte Annahme des Vorschlages.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wortmeldungen liegen nicht vor. Auch hier stelle ich die Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu

Punkt 13: Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Einrichtung von Obst- und Gemüsebaukursen an den landwirtschaftlichen Schulen.

Das Wort hat derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Albers: Sodann befaßte sich der Sachausschuß 5 mit einem Antrage der Arbeitsgemein-

schaft wegen Einrichtung von Obst- und Gemüsebaukursen an den landwirtschaftlichen Schulen.

Ich habe noch darauf hinzuweisen, daß diese Neueinrichtungen durchaus keine Konkurrenzunternehmen der bis jetzt bestehenden Provinziallehranstalten sein sollen. Die Provinziallehranstalten vermitteln nicht nur eine theoretische, sondern auch eine praktische Ausbildung und haben demgemäß einen zweijährigen Lehrgang. Diese neuen Einrichtungen sollen vorwiegend für Söhne von solchen Landwirten sein, die nicht in der Lage sind, die geldlichen Opfer zu bringen bzw. sie so lange aus ihrem Betriebe zu entfernen.

Der 5. Sachausschuß empfiehlt die Annahme dieses Antrages.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Punkt 14: Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinziallehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Alrweiler für das Rechnungsjahr 1925.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Bergweiler.

Abgeordneter Bergweiler: Meine verehrten Damen und Herren! Die 5. Sachkommission empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme des Etats der Weinbauerschulen.

Diesmal erfordern die Weinbauerschulen einen Provinzialzuschuß von 199 000 Mark, was früher nie der Fall war. Dies kommt einestheils von den schlechten Ernten, die der Weinbau in den letzten drei Jahren hatte, und von den niedrigen Weinpreisen, zu denen die Verwaltung gezwungen war, ihre Weine zu verkaufen. Die im vorigen Jahre noch vorhandenen Weinvorräte sind zum größten Teil verkauft worden, und zwar die 1922er pro Halbstück = 600 Liter zu 385 Mark = zirka 65 Pfennig pro Liter, und die 1923er zu 565 Mark pro Stück = 45 Pfennig pro Liter. Zirka 90 Fuder à 1000 Liter 1924er und einige Reste aus früheren Jahren lagern noch in Kreuznach, Trier und Alrweiler, die zur Zeit wohl unverkäuflich sind. Wenn man dieselben verkaufen wollte, wäre ein höherer Preis wie für die 1923er wohl nicht zu erzielen. Das ist noch lange nicht der Gestehungspreis. Aus diesen Zahlen, meine Damen und Herren, können Sie die erschreckende Notlage ersehen, in die der deutsche Weinbau hauptsächlich durch den fast ein Jahr in Kraft befindlichen spanischen Handelsvertrag in der Hauptsache geraten ist.

Die Provinzialverwaltung hat in ihrem Bericht, Drucksache Nr. 1, Nr. 24, auch selbst auf die überaus ungünstige Konjunktur, die im Weinbau zur Zeit herrscht, hingewiesen. Darauf werde ich noch bei unserem folgenden Antrage zurückkommen.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich darf die Annahme des Antrages feststellen.

Wir kommen zu

Punkt 15: Antrag des 5. Sachausschusses zu der Entschließung des Abgeordneten Dr. Heß und andere zur Notlage des Winzerstandes.

Das Wort hat derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Bergweiler: Meine verehrten Damen und Herren! Dem 5. Sachausschuß lag der Ihnen bekannte Antrag auf Befürwortung zur Abänderung des spanischen Handelsvertrages vor, unterzeichnet von Heß und Genossen.

Der 5. Sachausschuß hat sich nun einstimmig auf folgenden Wortlaut geeinigt, den er Ihnen zur Annahme empfiehlt:

„Der 69. Rheinische Provinziallandtag erwartet von der Reichs- und Staatsregierung, daß sie mit größtem Nachdruck alles tut, um die so überaus ernsten Gefahren zu bannen, in die der Winzerstand durch den spanischen Handelsvertrag geraten ist. Wenn er auch die vom Reichstag und der Reichsregierung vorgesehene Kreditaktion als dankenswertes Entgegenkommen anzuerkennen bereit ist, so kann er darin nach Lage der Sache die Rettung des deutschen Winzers nicht erblicken, weil sie die Gefahrenquelle gar nicht trifft. Die Rettung ist vielmehr nur denkbar durch eine Abänderung des Handelsvertrages, und zwar ehe sich die diesjährige spanische Ernte auf dem deutschen Weinmarkt fühlbar machen kann. Eine dementsprechende Zusage seitens der Reichsregierung liegt vor. Der Provinziallandtag vertraut, daß diese Zusage auch gehalten wird.“

Meine verehrten Damen und Herren! Vorhin habe ich Ihnen dargelegt, daß die Provinzialverwaltung im letzten Jahre gezwungen war, die 1922er und 1923er Ernten ihrer Weingüter unter Selbstkostenpreis zu verkaufen. Gestatten Sie mir nun, jetzt die Ihnen vorliegende Entschließung des 5. Sachausschusses noch mit einigen Worten näher zu begründen.

Die kleinen und mittleren Winzer im ganzen deutschen Weinbaugebiet sind hauptsächlich durch den spanischen Handelsvertrag in eine trostlose Lage geraten. Die 1921er und 1922er Ernten waren quantitativ gut, der 1921er Jahrgang qualitativ und quantitativ der beste seit dreißig Jahren. Diese beiden Jahrgänge haben die kleinen und mittleren Winzer, die gewöhnt sind, ihre Weine im ersten Jahre zu verkaufen, um Geld zu bekommen, in der Inflationszeit zu Schleuderpreisen, unser Geld in Goldmark umgerechnet, verkauft; sie konnten sich im nächsten Jahre kaum ein Faß mehr für ein Fuder Wein kaufen, um den neuen Wein fassen zu können. Durch die Inflation haben die kleinen

und mittleren Winzer all ihre Betriebsmittel verloren. Andere Einnahmen als vom Wein hat der kleine und mittlere Winzer nicht. Nach einer einwandfreien Statistik, die mir vorliegt, lagerten am 23. Mai dieses Jahres an der Mosel noch 38 720 Fuder Wein à 1000 Liter, und in den Monaten Dezember 1924, Januar und Februar 1925 wurden in Deutschland allein für 30,1 Millionen Mark fremde Weine eingeführt, was einer Menge von 52 840 Fuder entspricht, also fast das doppelte Quantum, als im Jahre 1924 an der Mosel gewachsen ist, allein in drei Monaten. Sie fragen jedenfalls verwundert: Wo ist denn der fremde Wein geblieben? Der ist verschwunden durch den unglückseligen Verschmittparagrafen, den wir im Weingesetz haben, wonach 49 Prozent ausländischer Wein, verschnitten mit 51 Prozent deutschem Wein, unter der Deklaration als deutscher Wein verkauft werden kann. Durch den Versailler Vertrag ist Deutschland die Meistbegünstigungsklausel aufgezwungen worden, und alle die Vorzüge, die Spanien eingeräumt sind, gehen automatisch auf Frankreich und Italien über. Kaum ein Produkt in Deutschland ist so mit Steuer belastet wie der Wein. Ein Drittel des Preises beim Konsumenten muß als Weinsteuern, Getränkesteuer und drei- bis viermalige Umsatzsteuer bezahlt werden. Dazu kommt, daß in den Hotels und Weinrestaurants die Weinpreise oft mehr als 4—500 Prozent höher sind als beim Winzer, da am Essen die Wirte meistens nichts verdienen und der Wein die Gesamtkosten des Betriebes tragen muß. Die 10 Prozent Trinkgeld, die der Kellner heute bekommt, um die Flasche dem Gast aufzutragen, machen mitunter mehr aus, als der Winzer für den Wein bekommt. (Abgeordneter Dr. Heß: Sehr richtig!)

Der Landrat des Kreises Berncastel hat bei dem Finanzamt des Kreises Berncastel vor einigen Wochen festgestellt, daß 80 Prozent aller Steuern durch den Gerichtsvollzieher im letzten Jahre beigetrieben werden mußten, trotzdem die Winzer kein Einkommen haben. (Abgeordneter Dr. Heß: Hört, hört!) Die wenigen Weine, die verkauft werden, werden unter dem Gestehungspreis abgegeben. Die Schulden haben in erschreckendem Maße zugenommen. Was das bei dem dreifachen Zinsfuß gegen früher bedeutet, brauche ich wohl nicht weiter auszuführen. Die Weinbergpreise sind um die Hälfte und noch mehr gegenüber der Vorkriegszeit gesunken, und dafür findet sich kein Käufer.

Die deutsche Regierung hat nun die Ratifikation des spanischen Handelsvertrages verlangt, und hätte, wie in den Zeitungen zu lesen war, aus der Ablehnung eine Kabinettsfrage gemacht. Darauf hat der Abgeordnete Scholz namens der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei die Ihnen bekannte Erklärung im Reichstag abgegeben, die mir hier vorliegt, auf die ich aber nicht eingehen will.

Die süblichen Länder, Spanien, Frankreich und Italien, ernten ganz andere Quantitäten Wein als wir, auf die Fläche gerechnet, und haben lange nicht die hohen Baukosten wie wir. Wenn der von uns geforderte Zoll von mindestens 60 Mark nicht erreicht wird, der noch lange nicht die Gesteungskosten bei uns erreicht, geht der deutsche Winzerstand und damit ein paar Millionen Menschen mit ihren Frauen und Kindern und die mit dem Weinbau zusammenhängenden Existenzen zugrunde. (Abgeordneter Heß: Sehr richtig!)

Diese paar Millionen deutsche Winzer mit ihren Frauen und Kindern, die der Verzweiflung nahe sind, erwarten vom Rheinischen Provinziallandtag, daß auch er seine warnende Stimme erhebt, damit der spanische Handelsvertrag so, wie von den Parteien und von der Regierung versprochen worden ist, abgeändert wird, damit nicht das Glockengeläute der Jahrtausendfeier das Grabgeläute für die schon zweitausendjährige Weinkultur im Rheinlande sein wird. Die Poesie des Rheines hängt zusammen mit dem deutschen Wein. Weinbau und Rheinlande sind auf Gebeiß und Verderb miteinander verbunden. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender **G e b e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Bauknecht**.

Abgeordneter **Bauknecht**: Meine Damen und Herren! Schon in der Tatsache, daß der Herr Berichtserstatter bekanntgegeben hat, daß der 5. Ausschuß einstimmig diese neu vorgelegte Entschliebung angenommen hat, ist enthalten, daß auch meine politischen Freunde dieser Entschliebung zustimmen.

Es ist bekannt, daß die Frage des spanischen Handelsvertrages nicht allein oder auch nur im wesentlichen von dem Gesichtspunkte des Winzerstandes aus zu betrachten ist, sondern daß diese Frage mit dem Abschluß von Handelsverträgen Deutschlands zusammenhängt. Davon hat leider der Herr Berichtserstatter kein Wort gesprochen. Dadurch bekommt die Sache natürlich ein einseitiges Aussehen. Ich sagte schon: Die wesentlichen Gesichtspunkte zur Beurteilung dieser Frage hängen leider nicht davon ab, wie gut oder schlecht gegenwärtig der Winzerstand steht.

Ich will ohne weiteres einräumen: Auch meine politischen Freunde sind durchaus mit den sachlichen Ausführungen des Herrn Berichtserstatters bezüglich des Winzerstandes einverstanden. Uns ist sehr wohl bekannt, daß die Kleinwinzerschaft nicht erst heute oder gestern, sondern auch in früheren Jahren, zum Teil schon vor dem Kriege, nach schlechten Ernten außerordentlich notleidend gewesen ist, und wir sind sehr wohl darüber unterrichtet, daß kleine Winzer an der Mosel, an der Ahr usw. zum Teil heute in Existenzverhältnissen leben, die an die schlechtesten Existenzverhältnisse der Arbeiterschaft erinnern. Aus allen diesen Gesichtspunkten beurteilen und entscheiden wir unsere Stellungnahme zu dem Winzerstande. Wir

lassen uns in dieser Beziehung von keiner anderen Partei übertreffen.

Aber, meine Damen und Herren, es ist doch wesentlich, einmal von dieser Stelle aus zu beleuchten, unter welchen allgemeinen Gesichtspunkten eigentlich der gegenwärtige Stand des spanischen Handelsvertrages anzusehen ist. Ein Handelsvertrag ist ein Geschäft nach dem Grundsatz: Was gebe ich und was bekomme ich dafür? Es ist ein gegenseitiger weltwirtschaftlicher Ausgleich. Wenn ein Reich oder ein Staat mit einem anderen Staate einen Handelsvertrag abschließen will, so kann dieser Vertrag nur hinsichtlich des Ausgleichs der wirtschaftlichen Bedürfnisse, derjenigen Produkte, die der eine zum anderen auszuführen und der andere einzuführen hat, mit dem Mitkontrahenten getätigt werden. Somit ist es ganz selbstverständlich, daß da und dort einzelne Wirtschaftsgruppen durch den Abschluß solcher Handelsverträge tatsächlich geschädigt werden können. Das muß, so bitter es ist, in dieser Form zunächst einmal in Rechnung gestellt werden, und schließlich muß man sich auch damit abfinden.

Durch den langjährigen Krieg, wo wir unter vollständiger Blockade lebten, und seine Nachwirkungen waren unsere Verbindungen, die wir früher durch Handelsagenten und Konsuln im Auslande hatten, auf acht bis zehn Jahre vollständig abgeschnitten worden. Für uns Deutsche kommt daher bei dem Abschluß von Handelsverträgen auch das große Moment in Betracht, daß wir wieder allgemein ins Geschäft kommen müssen. Unsere wirtschaftliche Lage und unsere Ausfuhr sind Ihnen schon durch die Etatsrede des Herrn Landeshauptmanns bekannt. Der Herr Landeshauptmann hat uns mitgeteilt, daß die deutsche Handelsbilanz mit über zwei Milliarden passiv ist. Was das bedeutet, ist Ihnen allen bekannt. Solange wir eine Handelsbilanz haben, die derart passiv ist, die uns zwingt, von der Substanz des Reiches zu leben, müssen wir unter allen Umständen bestrebt sein, dieses Minus im Reichshaushalt und der gesamten Wirtschaft des Deutschen Reiches auszumerzen. Dazu ist nach der übereinstimmenden Meinung aller Sachverständigen und der Reichsregierung das Instrument der Handelsverträge das Gegebene.

Ich will damit sagen: Unsere Wirtschaftslage verbessert sich, wenn wir in der Lage sind, günstige Handelsverträge abzuschließen, und das wünschen wir. Auch wird unsere politische Lage gebessert, wenn wir größere Massen in der Industrie beschäftigen können, wenn diese unglückseligen großen Ziffern der Erwerbslosigkeit und der Erwerbslosenunterstützung wegfallen. Gleichzeitig erzielen wir damit nicht nur eine Steigerung des Steuerertrages auf allen Gebieten und eine Verbesserung unseres Haushaltes, sondern, was allen Ständen und insbesondere auch der Landwirtschaft wieder zugute kommt, eine Steigerung der Konsumfähigkeit des Volkes in seinen breiten Schichten. Je

mehr Mittel zur Bedürfnisbefriedigung in den breitesten Schichten der Bevölkerung sich befinden, desto besser schneidet der Mittelstand, die kleinen Geschäftsleute und die Industrie ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß mit den gleichen Zahlungsmittelmengen künftig ein größerer und stärkerer Umsatz innerhalb der gesamten Volkswirtschaft vorgenommen wird und das Wirtschaftsleben stärker pulsiert.

Ich möchte nun aber mit einigen Bemerkungen darauf eingehen, wie bisher schon der Abschluß des spanischen Handelsvertrages auf unsere Verhältnisse gewirkt hat. Wir haben in der Zeit von 1913 bis zum ersten Halbjahr 1924 einen Rückgang in der Ausfuhr im Monatsdurchschnitt von fast 12 Millionen auf fast 6,5 Millionen, also eine Verringerung unserer Einfuhr nach Spanien, dem Werte nach, ohne Berücksichtigung der Geldwertverwertung, um die Hälfte gehabt. Die Menge der deutschen Ausfuhr ging noch viel stärker, fast um 71 Prozent, zurück. Die Differenzierung, der wir damals ausgesetzt waren, hat zur Folge gehabt, daß die französische Ausfuhr in derselben Zeit, wo die deutsche Ausfuhr um 71 Prozent abnahm, um 87 Prozent zugenommen hat.

Nun kommt das Entscheidende, worauf wir doch Wert zu legen bitten: Seit Abschluß des spanischen Handelsvertrages hat sich die Einfuhr von Spanien nach Deutschland im ersten Halbjahr 1924 von 52,5 Millionen auf 53,7 Millionen vermehrt. Das ist eine Steigerung der Ausfuhr von Spanien um nur 2 Prozent. Dagegen hat sich die Ausfuhr Deutschlands nach Spanien in derselben Zeit von 40 Millionen auf 50,5 Millionen vermehrt. Das ist eine Steigerung unserer Ausfuhr um 27 Prozent.

Dann noch eins, was insbesondere den bergischen Abgeordneten und auch den Abgeordneten der Schwerindustrie bekannt sein wird: Die deutsche Maschinenausfuhr nach Spanien hat sich allein um 54 Prozent vermehrt.

Es ist also ganz klar, daß eine Ablehnung des spanischen Handelsvertrages in industrieller Hinsicht eine außerordentliche Schädigung unserer deutschen Volkswirtschaft wäre.

Ich habe es immerhin begrüßt, daß auch die Vertreter der Landwirtschaft im 5. Sachausschuß der Abänderung der Entschliebung, wie sie nunmehr dem Provinziallandtag vorliegt, zugestimmt haben. Es wird jetzt nicht mehr die Kündigung des Handelsvertrages verlangt, sondern, wie es in der Entschliebung heißt, eine Abänderung, um die Gefahren zu bannen, um den Winzerstand zu retten.

Ich bitte Sie, dem Antrage, wie er vom 5. Sachausschuß vorgeschlagen ist, dem alle Kreise zustimmen können, Ihre Zustimmung zu geben, um die Reichsregierung dahin zu beeinflussen, daß sie den Winzern hilft.

Eine scharfe, mit Kündigungsantrag ausgesprochene Entschliebung, der ein erheblicher Teil des Rheinischen Provinziallandtages nicht zustimmen könnte, wird sicherlich nicht die Bedeutung haben, als wenn wir einstimmig in der Lage sind, der Reichsregierung die Notlage der rheinischen Winzer in dieser Weise zur Kenntnis zu bringen.

Stellvertretender Vorsitzender G e r l e : Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter K n a b : Meine Damen und Herren! Ich beabsichtige nicht, über Einzelheiten hier im Hause Ausführungen zu machen, weil durch die Verhandlungen im Reichstage das Für und Wider aller Interessenten oder Gegner des spanischen Handelsvertrages reichlich bekannt geworden ist. Auch die beiden Herren Vorredner — Herr Bergweiler vom Zentrum und Herr Bauknecht von der Sozialdemokratie — haben ja alles Für und Wider erwogen. Ich kann hier nur dieselbe Stellung einnehmen, die unsere Fraktion im Reichstage zum spanischen Handelsabkommen eingenommen hat. Wir waren der Ansicht, daß dieses Abkommen grundsätzlich geändert werden muß, um dem Winzerstande zu helfen. Wir glauben nicht, daß durch irgendwelche Verbesserungen an dem bestehenden Handelsvertrage den Winzern in der großen Masse eine Hilfe gewährt werden kann. Wir sehen höchstens eine Möglichkeit insofern, als die Großproduzenten unter der Winzerschaft vielleicht noch mehr eine Qualitätszüchtung der Weine treiben und sich damit noch in etwa auf dem Markte behaupten können. Dagegen werden die kleinen Winzer, deren einziger Ertrag ihre Traube ist, die sie entweder genossenschaftlich oder sonstwie verwerten, mit einer kleinen Abänderung des bestehenden Handelsvertrages nicht ihre Existenz gesichert sehen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Deshalb würde ich es außerordentlich bedauern, wenn die Antragsteller von Seiten des Zentrums auf eine Abstimmung über ihren Antrag verzichten würden. Ich meine, wenn Sie hier vorgeben, auch die Interessen der kleinen und mittleren Winzer zu vertreten, dann müssen Sie im Interesse der Beteiligten auch verlangen, daß eine Klärung darüber hier im Hause herbeigeführt wird, wie der Rheinische Provinziallandtag, innerhalb dessen Grenzen wohl der Hauptteil des deutschen Weinbaues liegt, sich darüber ausspricht, ob er eine grundsätzliche Aenderung bzw. eine Kündigung des bestehenden Handelsvertrages für notwendig hält. Wir würden, falls die Antragsteller darauf verzichten, diesen Antrag aufgreifen (Abg. Haas: Hört, hört!) und beantragen, daß zunächst über den Antrag abgestimmt wird, und zwar so, wie es im Provinzialausschuß geschehen ist, in drei Abschnitten, nämlich beim ersten Teil bis zu dem Wort „trifft“, beim zweiten Teil bis zu dem Wort „kann“ und beim dritten Teil bis „gehalten wird“.

Ich habe im Ausschuss schon angeführt, daß wir uns dem letzten nicht anschließen können, denn die Reichsregierung hat keine Zusage bezüglich einer grundsätzlichen Abänderung oder Kündigung des spanischen Handelsabkommens gemacht. Infolgedessen wäre der letzte Satz in der Entschliebung überflüssig. Derselbe Satz ist aber auch in der abgeänderten Entschliebung des 5. Sachausschusses enthalten. Aus dem Grunde beantragen wir auch, daß, wenn der erste Antrag in der Urform abgelehnt wird, über den Abänderungsantrag des Sachausschusses ebenso in drei Teilen abgestimmt wird, auch über den letzten Satz: „Eine entsprechende Zusage seitens der Reichsregierung liegt vor. Der Provinziallandtag vertraut, daß diese Zusage auch gehalten wird.“ Soweit wir unterrichtet sind, hat die Reichsregierung nicht eine Zusage gegeben, die sich inhaltlich mit dem zweiten Absatz des abgeänderten Antrages decken würde. Der Inhalt des Absatzes 1 und 2 in der abgeänderten Form geht u. E. viel weiter, als die Reichsregierung gewillt ist, eventuell durch Verhandlungen Abänderungen am spanischen Handelsvertrag vorzunehmen. Wir haben auch nicht in diese Reichsregierung oder den Reichstag das Vertrauen gesetzt, daß sie wirklich den Handelsvertrag so abändern werden, daß damit die Existenzmöglichkeit der kleinen und mittleren Winzer am Rhein und seinen Nebenflüssen gewährleistet wird. Wir haben den Eindruck und haben das öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß diese Regierung vorwiegend auf die großindustriellen und die Finanzinteressen des deutschen Unternehmertums eingestellt ist, daß ihr diese Interessen schwerwiegender erscheinen als die Interessen der betroffenen Winzerschichten. Infolgedessen wird die Reichsregierung nicht bereit sein, eine wesentliche Abänderung des spanischen Handelsvertrages vorzunehmen, und darauf muß es doch gerade im Interesse der kleinen Winzer ankommen.

Aus den Gründen möchten wir wünschen, daß sich in diesem Hause eine Mehrheit für den Antrag in der Urform findet, wie er von den Abgeordneten Heß, Schmitz, Bergweiler, Lönarb usw. gestellt worden ist. (Zuruf des Abg. Haas: Päpstlicher als der Papst!) Ich habe Sie nicht verstanden, Sie müssen etwas deutlicher reden. (Zuruf des Abg. Haas: Der Stenograph hat es verstanden!)

Stellvertreter der Vorsitzender C h e r l e : Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter v o n S t e d m a n : Nach Nachrichten, die mir von der Mosel zugekommen sind, sollen dort Fälle vorgekommen sein, daß kleine Winzer sich Darlehen von Erwerbslosen haben geben lassen müssen, die aus der Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden sind. Ich glaube, es dürfte wohl kaum ein Beispiel geben, das die Notlage und die vollkommene Verdrehung aller wirtschaftlichen Verhältnisse so charakterisieren kann wie diese Nachricht.

Ein Wort an Herrn Bauknecht. Herr Bauknecht hat ausgeführt, die landwirtschaftlichen Vertreter im 5. Sachausschuss hätten darauf verzichtet, die Kündigung des spanischen Handelsvertrages zu fordern. Meine Herren! Von einem Verzicht in diesem Sinne kann gar keine Rede sein. Wir halten daran fest, daß die Zusage der Regierung eingehalten wird. Die Zusage der Regierung geht dahin: Wir werden zunächst verhandeln, und, wenn die Verhandlungen zu keinem Ziel führen, dann werden wir kündigen. Diese Forderung hat auch die Landwirtschaft im 5. Sachausschuss nachdrücklich vertreten. Wenn diese Forderung der Kündigung aus dem Antrage des 5. Sachausschusses nachher herausgelassen worden ist, so geschah das lediglich deshalb, weil das die einzige Möglichkeit war, einen gemeinsamen Beschluß des 5. Sachausschusses herbeizuführen. Darüber darf kein Zweifel herrschen: Wir verlangen nach wie vor, daß, wenn die Verhandlungen zu keinem Ziele führen, dann die Regierung auch den Handelsvertrag kündigt.

Ich bitte, den Antrag des 5. Sachausschusses in seiner vorliegenden Endfassung anzunehmen.

Stellvertreter der Vorsitzender C h e r l e : Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Heß.

Abgeordneter Dr. Heß: Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Knab hat die Freundlichkeit gehabt, einen von uns gestellten Antrag, den wir später fallen ließen, wieder aufzugreifen. Ich bin ihm sehr verbunden für diese Liebenswürdigkeit, die ganz zweifellos nur darin ihren Ursprung hat, daß Herr Knab den Winzern helfen will, und nicht etwa so zu erklären ist, als wenn Herr Knab durch die Wiederaufnahme unseres Antrages hier im Hause irgendwie Verwirrung anrichten wollte, was ihm auch, soviel ich weiß, nicht liegt. (Heiterkeit. Zuruf des Abg. Knab: Denselben Antrag haben wir gestern gestellt!) Nun hat er angeregt, daß wir dann wieder auf den Boden des von ihm wieder aufgenommenen Zentrumsantrages treten. Wir werden das nicht tun, und zwar deshalb nicht, weil wir uns davon überzeugt haben, daß der Antrag, wie er jetzt vorliegt, noch besser ist als der Antrag, den wir gestellt haben. (Heiterkeit.) Wenn wir, die wir aus dem Weingebiet kommen und denen man zugeben muß, daß sie von der Sachlage etwas verstehen, der Meinung sind, daß der Antrag, so wie er jetzt vorliegt, der bessere ist und Herr Knab ein so warmes Herz für die Winzer an den Tag gelegt hat, so mute ich ihm zu, daß er nun seinerseits bereit sein wird, auf den Boden des von uns für besser gehaltenen Antrages zu treten. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Die Worte, die hier gestrichen worden sind, sind nach unserer Ueberzeugung entbehrlich, um so entbehrlicher, als damit erreicht worden ist, daß nun das Haus sozusagen geschlossen auf den Boden dieses Antrages gebracht worden ist, dessen Idee für uns von so großer Bedeutung ist.

Wenn es nun dazu kommen sollte, daß wir auf die wertvolle Mithilfe der Kommunisten in diesem Augenblick verzichten müßten, so tut uns das zwar außerordentlich leid; wir können aber wirklich nichts daran ändern. (Weiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender **G b e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Knab**.

Abgeordneter **Knab**: Ich darf dem Herrn Abgeordneten **Heß** versichern, daß wir nicht ihm zuliebe oder den Leuten zuliebe, die er vorwiegend vertritt, den Zentrumsantrag unter Streichung des letzten Absatzes wieder aufgegriffen haben. (Abgeordneter **Steinbüchel**: Agitationsbedürfnis!) Ja, wissen Sie, Herr **Steinbüchel**, wenn die Stellungnahme Ihrer Reichstagsfraktion nicht lediglich auf die Angst vor der Quittung der Massen zurückzuführen war, dann weiß ich überhaupt nichts mehr. Sie haben noch nicht einmal gewagt, für oder gegen den spanischen Handelsvertrag zu stimmen. Sie haben sich dadurch gerettet, daß sie sich der Stimme enthielten. Sie haben damit auch die Reichsregierung gerettet, gegen die Sie angeblich in der ganzen Frage in Opposition stehen. Sie haben weder dafür, noch dagegen gestimmt, und Sie würden sich auch hier der Stimme enthalten, wenn der Antrag in der ursprünglichen Form zur Abstimmung gestellt würde. Sie denken jetzt schon daran: Es wird zum Spätherbst gewählt, gerade um die Zeit, wo die Trauben eingebracht werden, und dann kann es geschehen, daß die Trauben für uns sehr hoch hängen und sehr sauer sind, namentlich in den Kreisen Koblenz und Trier. (Weiterkeit.) Deshalb wollen Sie sich durch das Kompromiß um die Frage wieder herumdrücken. Sie wollen nicht dagegen stimmen, weil Sie damit rechnen, daß Ihnen jetzt ein großer Teil der kleineren Winzer seine Stimme geben wird. Sie wollen aber auch nicht dafür stimmen, weil Sie sich sagen: Dann verderben wir uns die Koalitionsmöglichkeiten mit den Vertretern der industriellen und Handelskreise. So schaukeln Sie nach zwei Seiten wie Buridans Esel (Weiterkeit); ich will den Vergleich nicht weiter ausführen. Von Seiten der Sozialdemokratie soll man also nur ganz still sein betreffs „Agitationsbedürfnis“.

Wir haben den Antrag auch deshalb nicht wieder aufgenommen, weil er vom Zentrum gestellt war, sondern nur deshalb, um uns die Mühe zu sparen, noch einmal denselben Antrag zu schreiben, denn der Zentrumsantrag in seiner Urform hat in den ersten beiden Teilen nichts anderes beantragt als das, was unsere Reichstagsfraktion ebenfalls beantragt hat. Wir nehmen jetzt das Zentrum und seine Freunde beim Wort. Herr **Heß** und seine Genossen haben den Antrag gestellt, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken: Wir werden jetzt den Winzern helfen. Deshalb läßt man im Rheinischen Provinziallandtag einen flammenden Protest in der Form einer Entschliebung los. Es scheint jetzt aber, daß Herr **Heß** und seine Genossen

Angst vor der eigenen Courage bekommen haben und denken: Es ist besser, wenn wir kompromittiert sind.

Eine solche nichtsagende Erklärung brauchen Sie gar nicht erst anzunehmen. Das ist doch schon hundertmal von den Interessentkreisen zum Ausdruck gebracht worden. Sie sagen doch selbst in Ihrem Antrage: „Eine entsprechende Zusage seitens der Reichsregierung liegt vor.“ Trotzdem nehmen Sie noch eine Entschliebung an. Wenn die Reichsregierung die Zusage gemacht hat, ist das doch vollständig überflüssig.

Nicht zugesagt hat aber die Reichsregierung eine grundsätzliche oder wenigstens eine wesentliche Aenderung des spanischen Handelsvertrages. Da könnte es die Aufgabe des Provinziallandtags sein, das jetzt von der Reichsregierung zu fordern und zu sagen, daß der Rheinische Provinziallandtag im Gegensatz zu der Mehrheit des Reichstags der Auffassung ist, daß eine grundsätzliche Aenderung des spanischen Handelsabkommens notwendig ist. Eine Entschliebung in der letzten Form besagt eigentlich nichts anderes als das, was auch bereits von anderer Seite gesagt worden ist und was die Reichsregierung nach Ihren Ausführungen ja auch bereits zugesagt hat.

Aus den Gründen nehmen wir den Antrag auf, auch wenn Herr **Heß** sagt, Sie könnten ihm unter den Umständen nicht zustimmen. Gerade deshalb, Herr **Heß**, nehmen wir ihn auf (Abgeordneter **Dr. Heß**: Ah so! Weiterkeit), um Sie beim Wort zu nehmen. Sie haben es selbst beantragt, und nun lassen Sie Ihren Antrag fallen. Sie können darüber lachen, Herr **Heß**, Sie können aber das eine nachher nicht hinwegdiskutieren: Sie haben einen Antrag, der wirklich etwas Wesentliches verlangte, fallen gelassen, um ein Kompromiß schließen zu können. Daß dieses Kompromiß auf Kosten der kleinen und mittleren Winzer geschlossen wird, wird die Erfahrung zeigen. Dann können Sie sich später hinstellen und sagen: Wir haben die Interessen der Winzerverschaft vertreten. Weshalb wir das tun und was für eine grundsätzliche Stellung wir zu der Winzerfrage haben, das ist unsere Angelegenheit. Da lassen wir uns vom Zentrum und von anderen Fraktionen nichts hineinreden.

Stellvertretender Vorsitzender **G b e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Bauknecht**.

Abgeordneter **Bauknecht**: Meine Damen und Herren! Wir können nicht einsehen, daß die kommunistische Partei immer das letzte Wort haben soll (Weiterkeit), insbesondere nicht, wenn alles durcheinander geredet wird und Meinungen vorgebracht und Behauptungen aufgestellt werden, die mit den Tatsachen gar nichts zu tun haben.

Herr Kollege **Knab** hatte die Freundlichkeit, zu behaupten, unsere Fraktion hätte im Reichstag zu der Frage keine Stellung genommen. Ich möchte ihn bitten, einmal das Stenogramm des Reichstages vom 29. Mai d. J. durchzulesen, wo Herr Abgeordneter

Silberding zu den zoll- und handelspolitischen Fragen eingehend Stellung genommen hat. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig! Zuruf des Abg. Knab: Wie war es denn mit der Abstimmung?) Wie das mit Ihrer Behauptung, Herr Knab, übereinstimmt, überlasse ich Ihnen. Wenn Sie die Behauptung aufstellen, die Sozialdemokratische Partei hätte keine Meinung zu den Dingen gehabt, so empfehle ich Ihnen, wie gesagt, diese Rede nachzulesen. (Zuruf des Abg. Knab: Haben Sie denn abgestimmt?) Sie werden dann überzeugt sein, daß Sie mit dieser Behauptung im Unrecht sind, und Sie werden weiter davon überzeugt sein, daß ich die Ueberzeugung habe, daß das leichtfertige Redensarten sind. Mit solchen Redensarten operiert man in der Öffentlichkeit nicht. Wenn man in dieser Weise solche Dinge in die Welt hinaus schleudert, so ist das grober Unfug. (Zuruf des Abg. Knab: Reden Sie doch nicht!)

Wenn man weiter behauptet, die Sozialdemokratische Partei hätte dazu keine Stellung genommen, so weiß der Kollege Knab auch ganz genau, warum die Sozialdemokratische Partei an der Abstimmung im Reichstag nicht teilgenommen hat. Sollen wir denn als Sozialdemokraten den Deutschnationalen, der größten Partei der gegenwärtigen Regierung, die Kastanien aus dem Feuer holen? Sollen wir den Deutschnationalen das, was sie bei den Wahlen und in ihrer Agitation nach außen hin versprochen haben, abnehmen? Sollen wir die gegenwärtige Regierung, in der wir nicht sitzen, stützen? Reden Sie doch kein so dummes Zeug!

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Herr Abgeordneter Bauknecht, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß ein Abgeordneter kein dummes Zeug redet. (Zuruf eines Sozialisten: Besonders Herr Knab nicht! Heiterkeit.)

Abgeordneter **B a u k n e c h t** (fortfahrend): Ich mache weiter auf folgendes aufmerksam: Herr Kollege Knab kommt hier ins Plenum und will geschäftsordnungsmäßige Manöver durchführen. Anders kann ich es nicht nennen. Die kommunistische Fraktion hat einen Sitz in der 5. Sachkommission. Sie hat diesen Sitz weder im vorigen noch in diesem Jahre benutzt, um irgendwie sachlich an den Beratungen der 5. Sachkommission teilzunehmen. Parlamentarisch liegen die Dinge folgendermaßen: Wer praktische parlamentarische Arbeit leisten will, geht in die Kommissionen und versucht dort, in seinem Sinne die Entschlüsse zu beeinflussen. Wenn die kommunistische Fraktion auf dieses Recht — und es ist tatsächlich ein Recht — verzichtet und dann in dieser Weise hier Reden halten will, so weiß man genau, zu welchem Zwecke es geschieht.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Heß.

Abgeordneter **D r. H e ß**: Meine Damen und Herren! Ich stehe jetzt nicht hier, weil ich Wert darauf

lege, das letzte Wort zu haben. (Heiterkeit.) Darauf legen wir nie Wert, ganz abgesehen davon, daß man es in einer politischen Unterhaltung mit Kommunisten doch nicht bekommt. (Heiterkeit.)

Aber auf zweierlei möchte ich doch aufmerksam machen. Dem Herrn Abgeordneten Knab ist das interessante Geständnis entwischt, daß er unseren Antrag bloß deshalb aufgenommen hat, weil wir ihn fallen gelassen haben. Das ist es eben, was ich in meinen ersten Worten angedeutet hatte. Er tut es lediglich aus Agitationsbedürfnis. Aber glauben Sie nicht, daß Sie mit einem solch kleinen Mittelchen in Winkerkreisen etwas erreichen. Die Winger sind nicht dumm genug, sich ausgerechnet auf die bedeutungsloseste Partei in Deutschland stützen zu wollen. (Heiterkeit.)

Sie haben ferner die Frage aufgeworfen, warum wir denn überhaupt mit dieser Sache hierhergekommen wären. Alles, was in dem Antrage stünde, sei an anderen Stellen längst besorgt und erledigt. Die Frage setzt mich baß in Erstaunen. Wenn der Rheinische Provinziallandtag sich mit der Frage nicht beschäftigt haben würde, so würde das eine Unterlassungsünde gewesen sein, die kein Mensch in der ganzen Welt verstanden hätte. Gerade weil wir Rheinischer Provinziallandtag sind, deshalb haben wir die Aufgabe, uns der rheinischen Winger als eines der ältesten Berufs- und Kulturstände innerhalb unserer Provinz, besonders anzunehmen. Deshalb haben wir den Antrag gestellt. Jetzt darf ich wohl annehmen, Herr Knab, daß auch Sie und Ihre Freunde mit für den Antrag stimmen werden.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab. (Heiterkeit.)

Abgeordneter **K n a b**: Meine Damen und Herren! Ich muß wieder etwas richtigstellen, zunächst einmal dem Herrn Bauknecht gegenüber. Ich habe behauptet, daß die Sozialdemokratie zu dem spanischen Handelsvertrage im Reichstag keine Stellung eingenommen habe, weil sie sich der Abstimmung enthalten hat. Meine Herren! Man kann zu einem Projekt reden, soviel man will. Aber in einem Parlament — das müssen Sie als parlamentarisch eingestellte Vertreter doch wissen — muß man nachher doch seine Stellungnahme auch durch die Abstimmung zum Ausdruck bringen. Es kommt nicht auf das Reden an, sondern darauf, daß man nachher bei der Abstimmung die Verantwortung für das Für und Wider übernimmt. Aber die Sozialdemokratie hat sich aus den Gründen, die ich vorhin angeführt habe, von der Abstimmung gedrückt. Sie hat weder für noch gegen den Handelsvertrag gestimmt. Infolgedessen dürfen Sie doch nicht sagen, Sie hätten eine klare Stellung in der Sache eingenommen. (Zuruf des Abg. Bauknecht: Sehr klar!) Ich habe gesagt: Sie haben nicht gegen den Handelsvertrag gestimmt, weil Sie eine Koalition nach rechts und mit den Industrie- und Handelsvertretern nicht

unmöglich machen wollten. Sie haben nicht dafür gestimmt, weil Sie bei der Annahme des Handelsvertrages befürchteten, die Winzer könnten Ihnen Ihre Stellungnahme übelnehmen. Sie rechnen doch damit, daß die Winzer eines Tages zu Ihnen kommen. Die kleinen und mittleren Winzer rechnen Sie auch zu den Kreisen, auf deren Interessenvertretung Sie einen Anspruch haben, genau wie die übrigen Parteien.

Herr Bauknecht sagte weiter, wir hätten keine Ursache, Kritik zu üben, weil im vergangenen Jahr im 5. Ausschuß unser Vertreter nicht anwesend gewesen wäre. Das stimmt nicht, Herr Bauknecht. Im vergangenen Jahr war unser Vertreter im 5. Ausschuß anwesend. In diesem Jahr ist er im letzten Augenblick verhindert worden, dorthin zu kommen. Wenn wir das gewußt hätten, hätten wir einen Vertreter als Ersatz hingeschickt; es wäre vielleicht mit beratender Stimme jemand zugelassen worden. Es ging aber nicht, weil wir das erst erfuhren, als die Ausschußsitzungen bereits im Gange waren und das Plenum dazu nicht mehr Stellung nehmen konnte. Aber der Provinzialausschuß hat ja als letzte Instanz zu der Entschliebung Stellung nehmen müssen. Da hat unser Vertreter nicht gefehlt. Da war ich auch im vergangenen Jahr, als wir zum ersten Male eine Entschliebung gegen die Annahme des Handelsvertragsabkommens im Provinzialausschuß vorliegen hatten, anwesend und habe mich auch für die Entschliebung ausgesprochen. Auch in diesem Jahre, nachdem der Handelsvertrag angenommen worden ist, habe ich im Provinzialausschuß während dieser Tagung unsere Stellungnahme dazu präzisiert und beantragt, daß über den Antrag Heß und Genossen in der Dreiteilung abgestimmt würde. Sie können uns also nicht den Vorwurf machen, daß es an uns gelegen hätte, daß wir uns nicht über die Sache orientiert hätten und infolgedessen auch hier keine Ursache hätten, Kritik an der Stellungnahme Ihrer Partei zu üben.

Herr Heß glaubt feststellen zu können, ich hätte das recht gute Geständnis gemacht, wir hätten den Antrag nur deshalb wieder aufgenommen, weil das Zentrum ihn fallen gelassen hätte. Ich habe ihm eben schon Aufklärung gegeben, daß Ihr Antrag in den beiden ersten Abschnitten nichts anderes besagt, als was wir im Reichstag in unseren Reden bereits beantragt und bei der Abstimmung zum Ausdruck gebracht hatten.

Im Zusammenhang damit sagen Sie: Die Winzer rechneten nicht ausgerechnet auf die SPD, die bedeutungsloseste Partei usw. Meine Herren! Die Winzer würden nicht in diese Klemme hineingekommen sein, wenn außer unserer „bedeutungslosen“ Partei auch die Sozialdemokratische Partei sich gegen das Handelsabkommen ausgesprochen hätte. Von Ihrer Partei hing es im Reichstage ab, die Annahme des Handelsvertragsabkommens unmöglich zu machen, und es war nur die Abstimmungsenthaltung der Sozialdemokratie,

die die Annahme des spanischen Handelsvertrages möglich gemacht hat.

Nun sagt Herr Bauknecht, wir könnten doch von der SPD nicht verlangen, daß sie für die deutsch-nationale Regierung die Kastanien aus dem Feuer hole. Wie meinen Sie das, Herr Bauknecht? Wenn Sie gegen das Handelsabkommen gestimmt hätten, würden Sie doch nicht die Kastanien für die Rechtsregierung aus dem Feuer geholt haben, sondern im Gegenteil, diese Rechtsregierung wäre im Reichstag in die Minderheit geraten und hätte die politischen Konsequenzen ziehen müssen, während Sie so der Regierung das Fortwursteln auf Kosten der Arbeiterschaft erst ermöglicht haben. So steht die Frage. Hätten Sie aber für das Handelsabkommen gestimmt, so hätten Sie für die Regierung gestimmt, und so war es im Endeffekt dasselbe, was Sie auch heute tun. So haben Sie durch Ihre Stimmenthaltung der Regierung Luther, die Sie im Lande draußen als die monarchistische Regierung darstellen, die bekämpft werden mußte, durch Ihre Stimmenthaltung die weitere Existenz ermöglicht. Durch die Stimmenthaltung der 130 Sozialdemokraten ist es gelungen, daß eine geringe Mehrheit von 40 Abgeordneten zustande kam. Hätte nur die Hälfte Ihrer Abgeordneten gegen den Handelsvertrag gestimmt, so wäre die Annahme des Handelsvertrages im Reichstage bei der Befragung des Hauses unmöglich gewesen. Diese Tatsache können Sie nicht hinwegdiskutieren.

Wenn die Herren vom Zentrum für sich die Vertretung der Winzerinteressen in Anspruch nehmen, so sage ich: Das Zentrum hat zum größten Teil auch für die Annahme des Handelsvertrages gestimmt. (Zuruf des Abg. Dr. Heß: Nein, das ist nicht richtig; da sind Sie im Irrtum!) Das Zentrum hat in seinem industriellen und Handelsflügel für die Annahme gestimmt, und es haben auch die christlichen Gewerkschaftsvertreter der Zentrumsparthei im Deutschen Reichstage für die Annahme gestimmt; das ist festgestellt. Jedenfalls hat das Zentrum die Abstimmung an sich freigegeben, und es ist auch ein großer Teil der Zentrumsstimmen gewesen, der sich für das Handelsabkommen ausgesprochen hat. Infolgedessen können Sie uns, Herr Heß, gar keinen Vorwurf machen, denn Ihre Partei hat durch die bejahende Stimme mit dazu beigetragen, daß der Handelsvertrag angenommen worden ist. Ähnlich liegt die Sache bei den Demokraten und den Rechtsparteien, die auch in dieser Frage gespalten waren. Es gibt außer unserer Partei keine einzige Partei im Reichstage, die geschlossen gegen das Handelsvertragsabkommen aufgetreten ist und geschlossen ihre Stimme dagegen abgegeben hat. Prophezeien Sie nicht in die Zukunft hinein, ob wir bei den Winzern Erfolg haben werden. Sie haben auch prophezeit, als die Kommunisten und Sozialisten zum ersten Male auftraten: Die werden keinen Erfolg bei den Arbeitern haben. Ueber-

lassen Sie es der Zeit und unserer Arbeit! Wir werden uns in späteren Jahren einmal widersprechen.

Stellvertretender Vorsitzender *G e b e r l e*: Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Abgeordneter *Bergweiler*: Meine verehrten Damen und Herren! Was die Vertreter der 5. Sachkommission veranlaßt hat, diesen abgeänderten Antrag dem Provinzialausschuß zu empfehlen, waren lediglich taktische Gründe, um eine einheitliche Stellungnahme des Provinziallandtages zu erreichen. Wir sind der Ansicht, daß durch die fallen gelassenen Worte „grundsätzlich“ und „Kündigung“ nichts an dem Antrage geändert ist; es ist nur eine kleine Abschwächung im Ton. Was mich und meine Freunde bewogen hat, dem zuzustimmen, war der Grund, daß wir nicht störend in die zur Zeit schwebenden Verhandlungen unserer Reichsregierung mit Spanien eingreifen wollen. Auch in Berlin — ich war damals bei den Verhandlungen zugegen — hat man das Wort „Kündigung“ in der Entschließung, die Herr Abgeordneter *Scholz* für die Regierungsparteien dort abgegeben hat, fallen lassen. Die Resolution, die Ihnen jetzt die 5. Sachkommission zur Annahme vorschlägt, deckt sich mit der Erklärung, die die Regierungsparteien im Reichstag abgegeben haben, durchaus. Ich habe vorhin das Hohe Haus nicht weiter hinhalten wollen und die Erklärung nicht verlesen. Aber nach der Diskussion, die entstanden ist, möchte ich feststellen, daß diese Erklärung sinngemäß mit unserer Resolution übereinstimmt. Die Erklärung wurde abgegeben von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei. Sie lautet:

„Die hinter der Regierung stehenden Parteien sind der Ueberzeugung, daß in dem vorliegenden Handelsabkommen mit Spanien nicht das erreicht wird, was für die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft notwendig ist. Insbesondere ist nicht die tatsächliche Meistbegünstigung für Deutschland erreicht worden. Auf der anderen Seite sind den Vertragsgegnern Vergünstigungen eingeräumt worden, die schon jetzt zu schweren Beeinträchtigungen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Weinbaues, geführt haben und weiter zu solchen führen müssen. Die Beeinträchtigungen sind für unsere Wirtschaft geradezu unerträglich. Unter Abwägung aber der politischen Momente, die dafür sprechen, insbesondere keinen vertragslosen Zustand mit Spanien eintreten zu lassen und daher das Abkommen nicht abzulehnen, sind die in der Regierung vertretenen Parteien bereit, wenn auch unter Ueberwindung schwerster Bedenken, dem Abkommen ihre Zustimmung zu geben. Ein Teil der Abgeordneten der hinter der Regierung stehenden Parteien glaubt jedoch trotzdem, dem Abkommen in seiner gegenwärtigen Form nicht zustimmen zu können. Auch die

Mehrheit kann ihr Einverständnis nur vertreten, wenn sie sicher ist, daß die Regierung sofort in neue Verhandlungen mit Spanien eintritt, mit dem Ziele einer durchgreifenden Verbesserung der jetzigen Einnahmen. Vor allen Dingen muß die volle Meistbegünstigung erzielt werden.“

Stellvertretender Vorsitzender *G e b e r l e*: Ich darf den Herrn Berichterstatter bitten, sich an seinen Bericht zu halten. Was er jetzt vorgelesen hat, steht jedenfalls nicht im Einklang mit der Aufgabe des Berichterstatters.

Abgeordneter *Bergweiler*: „Wenn die aufzunehmenden Verhandlungen mit Spanien nicht den erhofften Erfolg erzielen sollten, müßte allerdings die Regierung daraus die Konsequenzen ziehen.“ — Das ist doch die Kündigung. — „Wir erwarten außerdem von der Regierung, daß sie die für die deutschen Winzer im Falle der Annahme des Vertrages zugesagten Erleichterungen, Gewährung langfristiger Kredite und Steuererleichterungen, sofort in die Tat umsetzt.“

Noch auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten *Knab* muß ich zurückkommen. Herr *Knab* sagte, das Zentrum hätte — ich weiß nicht, ob er sagte: ganz oder in der überwiegenden Mehrheit — dafür gestimmt. Das Zentrum hat 32 Stimmen mit Nein und 26 Stimmen mit Ja abgegeben.

Stellvertretender Vorsitzender *G e b e r l e*: Auch das letztere gehört nicht mehr zur Aufgabe des Berichterstatters.

Die Erörterung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die kommunistische Fraktion hat den Antrag in seiner ursprünglichen Form, wie er in den Sachausschuß hineingegeben worden ist, hier wieder aufgegriffen. Ich bin deshalb gezwungen, darüber abstimmen zu lassen.

Es ist nun von Herrn *Knab* weiter beantragt, daß die Abstimmung in drei Teile zerlegt wird. Ich werde über den ersten Teil zunächst abstimmen lassen und werde ihn verlesen:

„Der 69. Rheinische Provinziallandtag erwartet von der Staats- und Reichsregierung, daß sie mit größtem Nachdruck alles tut, um die so überaus ernststen Gefahren zu bannen, in die der Winzerstand durch den spanischen Handelsvertrag geraten ist. Wenn er auch die vom Reichstag und der Reichsregierung vorgesehene Kreditaktion als dankenswerthes Entgegenkommen anzuerkennen bereit ist, so kann er darin nach Lage der Sache die Rettung des deutschen Winzerstandes nicht erblicken, weil sie die Gefahrenquellen gar nicht trifft.“

Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Der zweite Satz lautet:

„Die Rettung ist vielmehr nur denkbar durch eine grundsätzliche Abänderung oder aber durch die Kündigung des Handelsvertrages, und zwar ehe sich die

diesjährige spanische Ernte auf dem deutschen Weinmarkt fühlbar machen kann.“

Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit.

Der letzte Abschnitt lautet:

„Eine dementsprechende Zusage seitens der Reichsregierung an den Reichstag liegt vor. Der Provinziallandtag vertraut, daß diese Zusage auch gehalten wird.“

Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist ebenfalls die Minderheit.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Sachausschusses. Ich bitte, wenn ich mich irren sollte, mich zu berichtigen.

Der erste Teil des Antrages stimmt wohl auch im Wortlaut mit dem ersten Teil des Antrages überein, wie er vom Sachausschuß dem Provinziallandtag vorgelegt worden ist. Darüber brauche ich also nicht mehr abstimmen zu lassen. Ich darf feststellen, daß dieser Teil angenommen ist und wir nun über den zweiten und dritten Teil des vorliegenden Antrages des Sachausschusses zur Abstimmung schreiten können.

Abgeordneter **Bauknecht**: Ich glaube, was der Herr Vorsitzende gesagt hat, ist nicht ganz richtig. Wenn ich nicht irre, steht auch schon im ersten Teil das Wort „grundsätzlich“. (Widerspruch.)

Stellvertretender Vorsitzender **Gebler**: Nein, das Wort „grundsätzlich“ steht erst im zweiten Abschnitt.

Ich lasse abstimmen. Ich bitte diejenigen, die folgendem zustimmen wollen, sich zu erheben:

„Die Rettung ist vielmehr nur denkbar durch eine Abänderung des Handelsvertrages, und zwar ehe sich die diesjährige spanische Ernte auf dem deutschen Weinmarkt fühlbar machen kann.“

Ich darf wohl die einstimmige Annahme feststellen.

Der letzte Abschnitt lautet:

„Eine dementsprechende Zusage seitens der Reichsregierung liegt vor. Der Provinziallandtag vertraut, daß diese Zusage auch gehalten wird.“

Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Dann darf ich wohl feststellen, daß der Antrag des Sachausschusses (nach unveränderte Annahme gefunden hat. (Abgeordneter **Dr. Heß**: Richtig!)

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

Punkt 16: Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Rittergutes Desdorf für das Rechnungsjahr 1925.

Der Berichterstatter, Herr von Stedman, verzichtet. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle die unveränderte Annahme des Antrages des 5. Sachausschusses fest.

Punkt 17: Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Landwirt-

schaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1925.

Dazu ist ein gemeinsamer Antrag der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft folgenden Wortlauts eingegangen:

„Die deutsche Volkswirtschaft ist durch die Folgen des Krieges und die fortwährenden außenpolitischen Einwirkungen in den letzten Jahren von einer Krise zur anderen gelangt, die sich im besetzten Gebiete mit besonderer Schärfe auswirkt.

Zur Neubelebung von Gewerbe und Industrie sowie zur Steuerung der immer bedrohlicher werdenden Arbeitslosigkeit hat der 69. Provinziallandtag trotz der Schwierigkeiten der Geldbeschaffung drei Verkehrsvorhaben von größter Auswirkung angenommen.

Neben den Sorgen des Wirtschaftslebens besteht die nicht minder dringliche Frage, die Ernährung der an Städten und Industriezentren reichen Provinz sicherzustellen. Diese ist besonders gefährdet angesichts der durch Mizeranten und ertraglose Wirtschaft vor die Katastrophe gestellten Landwirtschaft.

Wenn der 69. Provinziallandtag die gewaltigen Leistungen der ihm vorgelegten Verkehrsvorhaben unter Anspannung der äußersten Leistungsfähigkeit der Provinz seinerseits übernommen hat, so sind damit seine Möglichkeiten erschöpft, und er muß vom Reich erwarten, daß es dem Wirtschaftsleben den Schutz gegen den erdrückenden Wettbewerb des Auslandes gewährt, den es nötig hat, um sich wirtschaftlich entwickeln und seine volkswirtschaftlichen Aufgaben der Allgemeinheit gegenüber erfüllen zu können.

Der 69. Provinziallandtag verlangt deshalb einen ausreichenden Zollschutz für Landwirtschaft und Industrie, der allen Zweigen der Wirtschaft die erforderliche Hilfe gewährt, sowie angesichts des gänzlich zusammengebrochenen landwirtschaftlichen Kreditwesens die baldigste Schaffung eines freiwirtschaftlichen Kreditinstituts der ländlichen Geldbeschaffung.“

Dieser Antrag ist, wie mir der Herr Präsident mitgeteilt hat, nicht zur Verteilung gelangt. Es war daher die Möglichkeit der Beratung in den Ausschüssen nicht gegeben. Ich glaube, die Geschäftsordnung dahin auslegen zu sollen, daß wir unter diesen Umständen von einer Abstimmung über diesen Antrag absehen müssen. (Zuruf des Abg. Haas: Auch von einer Beratung!) Es wird wohl kaum möglich sein, bei der Beratung des jetzt aufgerufenen Punktes zu verhindern, daß die Redner auf alle diese Dinge eingehen, die hier in dem Antrag niedergelegt sind. Das kann der Vorsitzende nicht verhindern. Aber wir werden davon Abstand nehmen müssen, über diesen Antrag nachher abzustimmen.

Ich höre keinen Widerspruch und stelle daher Ihr Einverständnis mit meiner Auffassung fest. Wir werden demgemäß verfahren.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Als Berichterstatter des 5. Sachausschusses habe ich zu dem Etat der landwirtschaftlichen Angelegenheiten einige Ausführungen zu machen.

Der 5. Sachausschuß hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Beteiligung der Provinz an landwirtschaftlichen Ausstellungen bei der Vergebung von Preisen wie überhaupt die ganze Unterstützung, die die Provinz den landwirtschaftlichen Angelegenheiten zukommen läßt, bei Gelegenheit von Ausstellungen etwas mehr in die Erscheinung treten möchte. Er schlägt vor, daß die Verleihung von Preisen seitens der Provinz in Zukunft dadurch auch öffentlich mehr zum Ausdruck kommt, daß entweder der Herr Landeshauptmann oder ein Stellvertreter, ein Beauftragter der Provinzialverwaltung, die Preise bei dieser Gelegenheit öffentlich verteilt und überreicht.

Weiter hat sich der 5. Sachausschuß mit der Frage der Tuberkulosebekämpfung beim Rindvieh eingehend beschäftigt und dabei feststellen müssen, daß von den zirka 950 000 Stück Rindvieh in der Rheinprovinz nur etwa 50 000 Stück dem Tuberkulosetilgungs-Verfahren angeschlossen sind. Der 5. Sachausschuß vertritt demgegenüber die Meinung, daß es notwendig ist, dieses Tilgungsverfahren weiter auszudehnen, da es nicht im Interesse der Landwirtschaft, sondern im weitestgehenden Maße auch im Interesse der milchkonsumierenden Bevölkerung liegt, daß die Tuberkulose des Rindviehs nach Möglichkeit verschwindet. Der 5. Sachausschuß ist sich selbstverständlich klar darüber, daß ohne eine weitergehende, ausreichendere Bereitstellung von Mitteln eine solche Bekämpfung nicht erfolgen kann. Die Provinzialverwaltung hat uns nachgewiesen, daß aus dem Titel VI, 2, noch Mittel des laufenden Jahres für die Zwecke der Tuberkulosevertilgung bereitgestellt werden können. Wir halten es aber im Interesse der Landwirtschaft und der übrigen Bevölkerungsteile für notwendig, daß die gesamte Etatssumme für die Tuberkulosebekämpfung im nächsten Etatsjahr bedeutend heraufgesetzt wird.

Weiterhin hat der 5. Sachausschuß sich dahin geäußert, daß es notwendig sei, die Landwirtschaft darauf aufmerksam zu machen, soweit als möglich von den bestehenden Versicherungen, in erster Linie natürlich auch den Provinzialversicherungen, Gebrauch zu machen. Dabei muß ich aber erwähnen, daß der 5. Sachausschuß ausdrücklich anerkannt hat, daß die Notlage der Landwirtschaft es dieser zur Jetztzeit ungeheuer schwierig macht, die Beiträge für weitere Versicherungen aufzubringen.

Der 5. Sachausschuß empfiehlt die unveränderte Annahme des Haushaltsplans für landwirtschaftliche Angelegenheiten.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Esser.

Abgeordneter Esser-Euskirchen: Der Herr Vorsitzende hat eben die Ansicht geäußert, daß über die von der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft eingebrachte Entschliebung nicht abgestimmt werden könnte. Nach der Geschäftsordnung ist das nicht richtig. § 13 der Geschäftsordnung bestimmt die geschäftliche Behandlung a) der Haushaltspläne, b) der Eingaben, und sagt bezüglich der Eingaben folgendes: Eingaben können nur verhandelt werden, wenn sie bis zum Ablauf des auf die Eröffnung des Provinziallandtages folgenden Tages eingegangen sind. Der Vorsitzende überweist sie dem zuständigen Sachausschuß. Jetzt kommt die Behandlung sonstiger Vorlagen und Anträge; da heißt es ausdrücklich: „Ueber die geschäftliche Behandlung sonstiger Vorlagen, Eingaben oder Anträge wird vom Provinziallandtag bestimmt. Anträge, deren Annahme eine in den Haushaltsplänen oder in einer Vorlage des Provinzialausschusses nicht vorgesehene Mehrbelastung der Provinz oder eine Verminderung der Einnahmen zur Folge haben würden, müssen in dem Ausschuß beraten werden, zu dessen Zuständigkeit die allgemeine Finanzverwaltung gehört.“ Die Bestimmung, daß die Vorlagen und Anträge in den Sachausschüssen vorberaten werden müssen, bezieht sich also nur auf solche Anträge, die eine Einwirkung auf den Haushalt der Provinz haben. Das ist bei dieser Entschliebung nicht der Fall. Der Provinziallandtag hat darüber zu bestimmen, ob über diesen Antrag abgestimmt wird oder nicht.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Meine Damen und Herren! Ich kann mich mit dem Herrn Abgeordneten Esser in eine Erörterung über die Auslegung der Geschäftsordnung jetzt nicht einlassen. Ich glaube, ich bin dazu nicht mehr berechtigt, weil ich vorhin ausdrücklich meine Auffassung über die Behandlung der Angelegenheit dem Hohen Hause unterbreitet habe. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Ich habe ausdrücklich ohne Widerspruch feststellen dürfen, daß Sie die von mir geäußerte Auffassung als richtig angesehen haben. Da von keiner Seite Widerspruch erfolgt ist, muß angenommen werden, daß das Haus so, wie ich es vorgetragen habe, beschlossen hat. Eine nachträgliche Klärung halte ich geschäftsordnungsmäßig nicht mehr für zulässig. (Sehr richtig! links.)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Bollig zur Sache.

Abgeordneter Bollig: Meine Damen und Herren! Wir bedauern, daß es aus rein formalen Gründen und vielleicht nach der Geschäftsordnung nicht möglich ist, über den gemeinsamen Antrag der Arbeitsgemeinschaft und des Zentrums, der eben verlesen worden ist, abzustimmen.

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Haas sprach bei seinen Ausführungen zum Haushalts-

plan einleitend von einem Knistern, welches man im Gebälk der Wirtschaft vernehme. Ich stimme ihm darin zu und sage, daß es bei der Landwirtschaft bereits ein Krachen ist. Dann hat Herr Haas die Zollvorlage behandelt; dabei ist er merkwürdigerweise über die industriellen Zölle mit einer Handbewegung hinweggegangen. Dagegen fand er recht unfreundliche Worte gegen den von der Landwirtschaft mit Recht verlangten Zollschutz. Er sagte, dieser Zollschutz bedeute einen Raubzug auf die Taschen der Armen und Vermitteln; so ungefähr hieß es. Meine Damen und Herren! Unfreundliche Worte! Ich meine, wenn man auch einer Vorlage ablehnend gegenübersteht, ist es doch nicht notwendig, in der Begründung so scharfe Worte zu finden. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Ich werde diesen Weg meinerseits nicht gehen, sondern mich bemühen, in rein sachlicher Weise zu dieser großen Frage Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich nehme zu dieser Frage nicht vom landwirtschaftlichen, sondern vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus Stellung, da diese Frage eine eminent volkswirtschaftliche ist. Ich wünsche nicht eine einseitige Produzentenpolitik, dagegen verlange ich eine starke Produktionspolitik, deren volkswirtschaftliche Auswirkung der Allgemeinheit von Nutzen ist. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr gut!)

Wie liegen die Dinge denn? Vor dem Kriege bestand ein ziemlich gleichmäßiger Zollschutz für industrielle und landwirtschaftliche Produkte. Der Zoll auf industrielle Produkte ist bestehen geblieben; der Zoll auf landwirtschaftliche Produkte ist bei Beginn des Krieges suspendiert worden. Bei der Bedeutung, welche die Landwirtschaft im deutschen Vaterlande hat, ist m. E. ein Aufbau unseres Wirtschaftslebens ohne eine kräftige Mitwirkung der Landwirtschaft unmöglich. Sie ist auch in diesem Augenblicke noch die stärkste Produzentin. Die landwirtschaftliche Produktion in ihren Hauptzweigen: Getreide, Vieh, Fleisch, Milch und tierische Produkte hat einen Jahreswert von ungefähr 12 Milliarden Mark. Sie übertrifft damit den Wert der Produktion an Kohle, Eisen, Erzen und Stahl zusammengekommen. Wenn ich Ihnen weiter sagen darf, daß in der Landwirtschaft nach der letzten Zählung 18 Millionen Berufszugehörige sind, und daß unter diesen 18 Millionen 7 Millionen selbständige landwirtschaftliche Arbeiter sich befinden, dann werden Sie sich sagen müssen, daß es nicht gleichgültig ist, ob in einer intensiven Landwirtschaft diese große Zahl von Arbeitern beschäftigt werden kann, oder ob man den Lebensnerv der Landwirtschaft, ihre wirtschaftliche Existenz unterbindet und große Massen der Arbeiter aus der Landwirtschaft heraus auf den industriellen Markt zur Beschäftigung kommen und dort die Arbeitslosigkeit, die von uns allen, und auch von den Arbeitslosen — das Vertrauen habe ich zu dem größten Prozentsatz — beklagt wird, vermehren.

Meine Damen und Herren! Eine kaufkräftige Landwirtschaft ist aber auch die beste Abnehmerin für die Industrieprodukte. In der Vorkriegszeit hat die Landwirtschaft im Jahre 1913 für 5 Milliarden Mark industrielle Erzeugnisse aufgenommen.

Nun, meine Damen und Herren, kommt sofort die Frage, die überhaupt das Entscheidende für die Beurteilung ist: Intensive oder extensive Landwirtschaft. Ich umreiße mit ein paar Worten diese Begriffe. Intensive Landwirtschaft: Ein landwirtschaftlicher Betrieb, eingestellt auf den starken Verbrauch von Kunstdünger, auf die Nutzbarmachung der Fortschritte in der Technik, eine ganze Reihe von Maschinen und Geräten anschaffend und eine große Zahl von Arbeitern lohnend beschäftigend. Auf der anderen Seite die extensive Landwirtschaft: Einschränkung auf allen Gebieten, wenig Düngerverbrauch, wenig Maschinen, wenig Arbeitskräfte. Meine Herren! Das ist das Bild der intensiven und der extensiven Landwirtschaft. Im Augenblicke steht die Landwirtschaft vor der Entscheidung, ob sie weiter intensiv wirtschaften kann, ob sie die Wirtschaft noch intensiver gestalten kann oder ob sie zur extensiven Wirtschaft übergehen muß. Ich sage ausdrücklich: „muß“, denn, wenn die heutigen Verhältnisse bleiben, wird sie zwangsweise zur extensiven Wirtschaft gebracht werden. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Der Stolz des Landwirts besteht hauptsächlich in der intensiven Wirtschaft. Nun, meine Herren, malen Sie sich aus, was geschehen wird, wenn die Landwirtschaft zur extensiven Wirtschaft kommt. Dann wird zunächst die Abnahme der industriellen Erzeugnisse sich wesentlich verringern. In dem extensiven Betriebe wird gegenüber dem intensiven Betriebe nicht die Hälfte der Arbeiter mehr beschäftigt werden können. Dadurch werden große Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt entstehen. Und wie wird die Einwirkung auf die Handelsbilanz sein? Unsere Handelsbilanz ist, wie Sie alle wissen, passiv. Ist es da gleichgültig, ob die Landwirtschaft im Jahre 1913 allein an Getreide, zu dem heutigen Preise umgerechnet, für 3,8 Milliarden erzeugt hat und ganz bestimmt im Jahre 1924 insgesamt 5 Millionen Doppelzentner Getreide aller Art weniger produziert hat wie 1913, ob für 1 Milliarde Getreide jetzt aus dem Auslande eingeführt werden muß und ob unsere Handelsbilanz sich um diese 1 Milliarde passiver gestaltet?

Meine Damen und Herren! Die Frage entsteht ja immer: Kann der Inlandsbedarf an Nahrungsmitteln durch die Inlandserzeugung gedeckt werden? Eine alte Streitfrage. Wir waren vor dem Kriege so weit, daß 94 Prozent des Bedarfs an Fleisch, Milch, Butter usw. durch das Inland gedeckt wurden und daß 85 Prozent des Brotbedarfs vom Inlande gedeckt wurden. Wenn Sie die Entwicklung der Landwirtschaft — jetzt komme ich zu dem entscheidenden Punkte — unter der Wirkung

eines angemessenen Zollschatzes von 1900 bis 1913 verfolgen, so ergeben sich folgende Zahlen:

Die Steigerung der Ernteerträge beim Vloggen ging von 14,1 Millionen Doppelzentner im Jahre 1900 auf 19,2 Millionen Doppelzentner im Jahre 1913. Eine Steigerung von rund 35 Prozent. Die Erzeugung an Weizen stieg von 18,7 Millionen auf 23,7 Millionen Doppelzentner, also um 27 Prozent, die Kartoffelerzeugung von 126 auf 159 Millionen Doppelzentner, eine Steigerung von 26 Prozent. Diese Steigerung hat sich, wie ich eben schon sagte, unter einem angemessenen Zollschatz vollzogen. Wenn Sie die Jahre, die rückwärts liegen, wo der Zollschatz teils in dieser, teils in jener Höhe bestand, wo die Landwirtschaft sogar zum Teil ohne Schatz dastand, bezüglich der Steigerung der Ernteerträge verfolgen, dann finden Sie, daß diese Steigerung in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten nicht die Hälfte von dem Betragen hat, was sie in diesem Zeitraum ausmachte.

Meine Damen und Herren! Ist es möglich, durch intensive Wirtschaft den Inlandsbedarf zu decken? Ich antworte mit einem glatten Ja, wenn die Vorbedingungen dafür gegeben werden. Die wirtschaftlichen Existenzbedingungen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten müssen gegeben werden, und nur nochmals eine Steigerung in zehn oder zwölf Jahren, wie wir sie von 1900 bis 1913 hatten, und das ganze Problem ist gelöst. Dabei darf man nicht achtlos an folgender Tatsache vorübergehen: Der landwirtschaftlich genutzte Boden hat die Produktionskraft der Vorkriegszeit noch nicht wieder erlangt. Wir haben acht bis neun Jahre hindurch lange nicht so düngen, lange nicht den Acker so in Kultur bringen können, wie wir es in der Vorkriegszeit gewöhnt waren. Wollen wir heute die Ernte der Vorkriegszeit wieder erreichen, dann müssen wir an Dünger, Gespannarbeit und Handarbeit viel mehr aufwenden als vor dem Kriege. Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft ist ein Betrieb, der nur einmal im Jahre erntet. Sie muß infolgedessen ihre Betriebsform auf eine etwas längere Sicht einstellen. Sie verlangt stabile Verhältnisse, weil sich bei ihr die Auswirkung der Wirtschaft nicht von heute auf morgen, sondern immer etwas später zeigt.

Es wird so viel behauptet: Der Landwirtschaft kann es gar nicht so schlecht gehen. Ich gebe unumwunden zu, daß die Landwirtschaft in der Inflationszeit den größten Teil ihrer Schulden abgestoßen hat. Aber, wieviel Schulden hat sie in den 1½ Jahren kontrahiert, seitdem wir wieder eine stabile Währung haben? (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Es ist erschreckend, meine Damen und Herren, wenn Sie hier eine Zahl hören, die auch mich, der ich mitten in den Dingen stehe, überrascht hat: Bei der Landesbank der Rheinprovinz besteht eine Zinsverpflichtung der Landwirtschaft, die das 2,4fache der Vorkriegszeit ausmacht.

(Hört, hört!) In 1½ Jahren ist diese Schuld aufgenommen worden. Und die Aufwertung, meine Damen und Herren? Sie wird Gesetz werden, so ungefähr, wie sie jetzt aus dem Ausschuss herausgekommen ist. Das bedeutet für die Landwirtschaft der Rheinprovinz eine Aufwertung der alten Hypotheken auf 45 Millionen. Nun, meine Damen und Herren, stellt man doch eins nicht genügend in Rechnung: Der Landwirt der Vorkriegszeit war nicht nur Schuldner, und hatte Hypotheken auf seinen Besitz aufgenommen; sein Betriebskapital hatte er auf seine Banken und Sparkassen gebracht; da war er Gläubiger, und das hat er genau so verloren wie es jeder andere auch verloren hat. Das Bedauerliche ist, daß die große Zinslast, die für die aufgenommene Schuld aufzubringen ist, nicht für Kapitalien zu tragen ist, die produktiv in der Landwirtschaft angelegt worden sind. Nein, diese Kapitalien haben vorwiegend dazu gedient, die Fehlbeträge der Landwirtschaft in den beiden letzten Jahren zu decken.

Nun, die Frage an jeden, der es mit der Volksgemeinschaft und der Volkswirtschaft ernst nimmt: Können diese Dinge so weiter bestehen bleiben? Da, meine Damen und Herren, kommt man gleich zu der Frage: Wie kann der Landwirtschaft geholfen werden? Da liegt eine übereinstimmende Ansicht der Landwirtschaft vor; sie ist geschlossen in diesem Punkte. Daran ändert nichts, daß der Reichsbund der kleinen Landwirte — ich kenne seine Zahlen nicht —, der vielleicht Betriebe von 1½ oder 2 Morgen hat — auf einem anderen Standpunkt steht. Der bäuerliche Betrieb, der vielleicht mit 8 oder 10 Morgen beginnt, steht in seinen ganzen Schichten geschlossen auf dem Boden: Nur ein angemessener Zollschatz kann uns aus dieser schwierigen Lage befreien.

Es wird gesagt: Der Zollschatz, vor allem auf Getreide, nußt ja nur den Großagrariern. Meine Damen und Herren! Diese Ansicht ist falsch. Ich lasse den Großagrariern mit einem Besitz von 100 Hektar beginnen. Dann haben die Großagrariere 3,8 Prozent der ganzen landwirtschaftlich genutzten Fläche. Lassen Sie ihn aber mit 50 Hektar beginnen — bei rheinischen Verhältnissen kann man das —, dann hat er im ganzen 9,6 Prozent der bewirtschafteten Fläche. Der Großagrariere, meine Damen und Herren, der heute bei 200 Morgen eine große Familie ernähren soll, muß dabei sein. Er gehört — wenn Sie in das Buch der Landesbank hineinschauen — zu denen, die nicht die geringsten Schulden aufgenommen haben. (Sehr richtig! rechts.)

Die Landwirtschaft steht, wie gesagt, geschlossen auf diesem Standpunkte. Die Wissenschaftler, auch die der Landwirtschaft nahestehenden — ich referiere ganz objektiv —, nehmen teilweise einen anderen Standpunkt ein. Sie können nicht leugnen, daß der Auf-

schwung der Landwirtschaft unter der Schutzollgesetzgebung ein ganz gewaltiger war. (Sehr wahr! rechts.) Aber Sie sagen: Die Verhältnisse haben sich seitdem so grundlegend geändert, daß man darauf nicht mehr fußen kann. Meine Damen und Herren! Das zu beweisen, ist außerordentlich schwierig. Bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat mußte man trotz aller wissenschaftlichen Sachverständigen zum Schlusse erklären: Eine bestimmte Meinungsrichtung einer Mehrheit oder selbst einer Minderheit können wir nicht zum Vortrag bringen; wir können nur die einzelnen Gutachten der Wissenschaftler Ihnen vortragen.

Nun noch eins: Volkswirtschaftler aller Richtung in allen Parteilagern, mit stärkster Unterstützung aus dem Parteilager der Linken, sagen: Ohne einen ausreichenden Schutzoll ist der Landwirtschaft nicht zu helfen. Ich glaube, man kann die übereinstimmende Meinung von 90 Prozent aller Volkswirtschaftler — soweit ich die Dinge habe verfolgen können: aus allen Lagern — dahin zusammenfassen, daß sie sagen: Ohne Zollschutz ist der Landwirtschaft nicht zu helfen.

Meine Damen und Herren! Auch ich sage: Ein Zoll wird immerhin eine gewisse Verteuerung der Lebenshaltung, wenigstens vorübergehend, herbeiführen. Ueber das Ausmaß dieser Verteuerung bestimmte Zahlen zu nennen, vermag niemand, außer auf dem Gebiete der Brotversorgung. Wenn der Zoll in den Brotpreisen ganz zur Auswirkung gelangt — aber erfahrungsgemäß wird jeder Zoll von drei Gruppen getragen, er kommt nie im Brote voll zur Auswirkung, das haben auch die Zeiten von 1900 bis 1913 gezeigt —, wird er für eine fünfköpfige Familie pro Tag 10 Pfennig ausmachen. (Hört, hört! rechts.) Wie hoch die Belastung der Zölle auf die tierischen Produkte sein wird, ist im Augenblick nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Ungewisse Zahlen möchte ich nicht nennen, deshalb nenne ich lieber keine Zahlen.

Die Frage steht nicht etwa so: Wenn wir ruhig alles beim Alten lassen und die Landwirtschaft einmal ruhig ihrem Schicksal überlassen, dann sparen wir die Belastung des Verbrauchers, und wir sehen, wie es weitergeht. Nein, die Landwirtschaft steht am Scheidewege, sie wird ohne Zollschutz gezwungen sein, extensiv zu wirtschaften. Und, meine Damen und Herren, die extensive Wirtschaft ist für den einzelnen in vielen, vielen Fällen nicht einmal eine schlechte Wirtschaft. Versagen Sie der Landwirtschaft den notwendigen Schutz, dann werden alle die unangenehmen Folgen eintreten, die ich vorhin bereits anführte: In großen Mengen werden Arbeiter aus der Landwirtschaft entlassen werden müssen, die Zahl der Arbeitslosen wird steigen, die Abnahme der industriellen Produkte wird auf mehr als die Hälfte zurückgehen und die Handelsbilanz wird, statt aktiver zu werden, sich immer passiver gestalten. Daran ändert auch nichts, wenn die Industrie eine etwas stärkere Ausfuhr hat und sie die De-

visen, die sie bei der Ausfuhr hereinbekommt, auf der anderen Seite bei dem Einkauf von Nahrungsmitteln wieder ausgibt. (Sehr wahr! rechts.) Darum, meine ich rein volkswirtschaftlich, rein allgemeinpolitisch: Geben wir der Landwirtschaft den Schutz, dessen sie bedarf, und die Landwirtschaft wird darin nicht enttäuscht, daß sie ihren Betrieb immer intensiver gestaltet. (Bravo!) Dann wird der Tag nicht mehr ferne sein, den wir doch alle herbeisehnen, wo auf der heimischen Scholle der Bedarf der inländischen Bevölkerung an Nahrungsmitteln gedeckt werden kann. (Lauter Beifall rechts und im Zentrum.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafien: Meine Damen und Herren! Zu diesem Punkte liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Ich bin gebeten worden, festzustellen, ob das Haus durchzutagen beabsichtigt oder eine Mittagspause eintreten lassen will. (Zurufe: Durchzutagen!) Ich stelle fest, daß beabsichtigt wird, durchzutagen. Dann erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Bollig hat an die Spitze seiner Ausführungen den Satz gestellt, daß er keine Interessenpolitik vertreten wolle; er wolle vielmehr zu dem Problem der landwirtschaftlichen Zölle vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus Stellung nehmen. Wenn er das in seinen Ausführungen wirklich getan hätte, hätte er meiner Ueberzeugung nach vor allen Dingen auch auf die Wirkungen, die durch die landwirtschaftlichen Zölle hervorgerufen werden, eingehen müssen. (Zuruf: Das hat er doch getan!) Das hat er nicht getan, ich werde das nachweisen. Vorher möchte ich aber noch auf das eingehen, was er bezüglich der Schulden gesagt hat, die die rheinische Landwirtschaft bei der Landesbank in den letzten 1½ Jahren gemacht hat. Er sagte: Die Zinsverpflichtungen der Landwirtschaft sind bei der Landesbank um das 2½fache gestiegen. Mit dieser Zahl kann man gar nichts beweisen. Wir haben in Friedenszeiten eine Zinsenlast von 5 Prozent im Höchstfalle gehabt und heute haben wir bei der Landesbank eine Zinsenlast von 12 Prozent. Diese erhöhte Zinsenlast trifft aber nicht allein die Landwirtschaft, sondern sie trifft jeden, der den Kredit der Landesbank in Anspruch nehmen muß. Die Landwirtschaft hat in Friedenszeiten sich auch nicht so stark an der Kreditabnahme bei der Landesbank beteiligt wie jetzt. Warum? Weil eben in den letzten 1½ Jahren fast gar kein flüssiges Geld bei den Kreisparlassen und den Hypothekenbanken vorhanden war. Die Folge war, daß die rheinische Landwirtschaft in stärkerem Maße an die Landesbank herangehen mußte. Im Frieden konnte sie Gelder bei den Hypothekenbanken und den Kreisparlassen aufnehmen, in den letzten 1½ Jahren war dies in dem Ausmaß nicht mehr möglich. Die Folge ist, daß sich alles mehr und mehr auf die Landesbank konzentriert hat. Also eine derartige Bemerkung über

die erhöhte Zinsenlast bei der Landesbank ist meiner Meinung nach doch etwas leicht gemacht, wenn man damit beweisen will, wie schlecht es der rheinischen Landwirtschaft geht.

Ich habe schon gesagt, der Herr Kollege Bollig hätte vor allen Dingen einmal volkswirtschaftlich darlegen müssen, wie der landwirtschaftliche Zoll wirkt. Da ist typisch — was Herr Kollege Bollig nicht berührt hat, was aber in der Regierungsvorlage steht —, daß Verzugszölle eine Belastung des Verbrauchers bedeuten; das kann nicht bestritten werden. (Zuruf des Abg. Bollig: Das habe ich nicht bestritten!) Sie haben aber auch nicht volkswirtschaftlich untersucht, wie stark die breiten Massen dadurch belastet werden.

Wenn die Verbraucher belastet werden, so wollen wir einmal untersuchen, wie es mit diesen Verbrauchern aussieht, ob sie eine weitere Belastung ertragen können und ob es dann letzten Endes auf Kosten der Verbraucher, der Landwirtschaft gut gehen soll und gut gehen kann. Ich bestreite es ganz entschieden. (Sehr richtig! links.) Ich bin der Auffassung, wenn es den Verbrauchern gut geht und sie hohe Preise zahlen können, dann wird es der Landwirtschaft am besten gehen, und nicht, wenn es den Verbrauchern schlecht und noch schlechter geht.

Herr Kollege Bollig hat schon gesagt, daß die Wissenschaftler fast alle gegen landwirtschaftliche Zölle in der jetzigen Zeit sind. Professor Sering, der landwirtschaftliche Sachverständige der Vorkriegszeit, hat im Reichswirtschaftsrat in ausführlichen Darlegungen ausdrücklich gesagt, daß die Krise in der Landwirtschaft nicht mehr durch das ausländische Angebot, sondern durch die Veränderungen in der Getreidenachfrage hervorgerufen sei. Die Getreidenachfrage hängt aber zusammen mit der Kaufkraft des Volkes. Sehen wir einmal zu, wie die Dinge heute liegen.

In der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie, die für das rheinisch-westfälische Industriegebiet in Frage kommt, verdient ein ungelernter Arbeiter jetzt 52 Pfennig pro Stunde, ein gelernter Handwerker 66 Pfennig pro Stunde. Das macht, wenn alle Abzüge davon ab sind, für den Monat bei neunstündiger täglicher Arbeitszeit für den ungelerten Arbeiter 109 Mark und für den gelernten Handwerker 139 Mark aus. Dabei wollen die rheinisch-westfälischen Arbeitgeber diese Löhne noch um 10 Prozent kürzen. Ueber diese Löhne kann ich selbst am besten urteilen, weil mein Gehalt ein Vielfaches dieses Einkommens beträgt. Diejenigen, die ein noch besseres Einkommen haben, müssen sich selbst einmal fragen, was

ihre Frauen sagen würden, wenn sie ihnen 100 oder 150 Mark pro Monat auf den Tisch legten und sie davon eine vier- oder fünfköpfige Familie ernähren sollten. Sie würden Ihnen den Bettel vor die Füße werfen und sagen: Mit dem Geld kann ich nicht wirtschaften oder ich muß nur Brot und Kartoffeln auf den Tisch setzen. Und dieses Brot und diese Kartoffeln wollen Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie den Ausführungen der Landwirte folgen, noch ganz gewaltig verteuern. Das kann kein Mensch verantworten, das ist ganz unmöglich. Es kommt hinzu, was ich in meiner ersten Staatsrede bereits gesagt habe, daß der Vermiste der Armen am meisten Brot und Kartoffeln braucht und daß die kinderreichsten Familien ebenfalls am meisten Brot und Kartoffeln gebrauchen. Die Folge ist, daß der Brot- und Kartoffelzoll sozial die ungerechteste Belastung ist, die man überhaupt den Menschen auferlegen kann. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Aus diesen Gründen frage ich: Wenn Sie, meine Damen und Herren, überhaupt noch ein soziales Empfinden haben, wenn Sie noch christlich denken wollen, dann können Sie nicht dafür eintreten, daß es einer bestimmten Schicht auf Kosten der großen Masse des Volkes wohlgehen soll. — Herr Kollege Krawinkel, Sie können mit den Händen wehren, denn Ihr Einkommen und das, wovon Sie pro Jahr leben, ist noch ein Vielfaches mehr als mein Einkommen.

Weiter kommt in Betracht, daß Industrie und Landwirtschaft hier Hand in Hand arbeiten. Die Industrie sagt: Wir wollen Industriezölle haben, und die Landwirtschaft sagt: Gut, wir sind bereit, Industriezölle zu bewilligen; aber du, Industrie, mußt uns landwirtschaftliche Zölle bewilligen. So arbeitet man Hand in Hand auf Kosten der Bevölkerung. Dagegen wenden wir uns in beiden Fällen. Wir wenden uns gegen Industriezölle, wir wenden uns mit aller Schärfe gegen die landwirtschaftlichen Zölle.

Ich habe eben schon dargelegt, was ein Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verdient. Ich habe noch eine Anzahl andere Beispiele vor mir, die ich aber nicht alle vortragen will. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen; neben das Beispiel der Arbeitslöhne will ich das Beispiel der Arbeitslosenunterstützung setzen. Sie haben im Laufe der letzten Tage hier so viel von dem Elend der Arbeitslosen geredet, das Sie durch Ankurbeln der Wirtschaft, durch Neuschaffung von Arbeit usw. beheben wollen.

Ein arbeitsloser Mann bekommt pro Tag 1,45 Mark. Wenn er verheiratet ist, bekommt die Frau 54 Pfennig, dazu pro Kind 38 Pfennig. Das macht für Mann, Frau und drei Kinder, also für eine fünfköpfige Familie, pro Tag 3,13 Mark oder in 25 Arbeitstagen im Monat sage und schreibe 78,25 Mark.

So, wie es den Arbeitslosen in Deutschland geht, geht es aber noch Millionen Sozialrentnern, Kleinrentnern, Kriegsbeschädigten usw. Wir haben in Deutschland augenblicklich noch ungefähr $9\frac{1}{2}$ Millionen Menschen, die aus öffentlichen Kassen unterstützt werden. Ich brauche Ihnen da nur einige wenige Zahlen zu nennen. Wir haben 1500000 Invalidenrentner, 200000 Invalidenwitwen, 1250000 Invalidenwaisen, 1000000 Unfallrentner, 803000 Kriegsbeschädigte über 20 Prozent, 1020000 Halbwaisen, 120000 Kriegsbeschädigtenwitwen, 54000 Wollwaisen, 240000 Elternteile usw. Sie alle werden aus öffentlichen Mitteln unterstützt und sie würden selbstverständlich bei der geringen Unterstützung am allerstärksten unter einer Erhöhung der Lebensmittelpreise zu leiden haben. Es kommt hinzu, daß alle Gemeinden, auch der Staat und das Reich gezwungen wären, bei höheren Ausgaben gleichzeitig auch die Unterstützungssätze zu erhöhen. Aber diese Erhöhung der Unterstützungssätze wird niemals das ausgleichen, was auf der anderen Seite diesen Vermissten der Armen genommen wird. Trotz alledem wird die Erhöhung der Unterstützungssätze eine gewaltige Last für die Kommunen, für den Staat und für das Reich bedeuten. Es werden Millionen für erhöhte Unterstützungen ausgegeben werden müssen, und, verehrte Anwesenden, das alles aus Liebe zur Landwirtschaft. (Zuruf des Abg. Bollig: Wenn die Landwirtschaft zugrunde geht oder anders wirtschaften muß, was dann?) Darauf komme ich nachher noch.

Professor Brentano hat in der Vorkriegszeit nachgewiesen, daß bei dem deutschen Zollschutz in der Vorkriegszeit jährlich 900 Millionen der Landwirtschaft durch den landwirtschaftlichen Schutz Zoll zufließen. (Hört, hört! links.) Das macht bei einem 7-Mark-Zoll, Herr Kollege Bollig, pro 100 Kilogramm Getreide für eine fünfköpfige Familie 63 Mark pro Jahr aus. Nun denken Sie einmal an das Einkommen der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft, das ich Ihnen eben dargestellt habe, und dann urteilen Sie, ob ein solcher Zoll noch getragen werden kann, namentlich angesichts der ungeheuer hohen Steuersätze. Sie werden doch auch genau so gut wissen wie ich, daß das Deutsche Reich

in den letzten Jahren fast ausschließlich von den Steuern der Lohn- und Gehaltsempfänger gelebt hat. 70 bis 80 Prozent, in einzelnen Monaten sogar bis zu 90 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Reiches waren aus dem Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wenn Sie da in der Zukunft noch 63 Mark Belastung pro Jahr drauflegen wollen, dann ist das volkswirtschaftlich genau das Gegenteil von dem, was man tun soll. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Wie stehen denn heute die Preise? Ein vierpfündiges Schwarzbrot kostete im Frieden 35 Pfennig. Heute haben wir einen Preis von 60 Pfennig. (Zuruf des Abg. Heuser: Getreidepreise!) Bitte, der Arbeiter geht nicht zu dem Dekonomierat Bollig und kauft dort das Getreide, sondern er geht zum Bäcker und kauft sein Brot und das Brot muß er bezahlen. (Zuruf des Abg. Heuser: Dafür ist doch aber der Dekonomierat Bollig nicht verantwortlich!) Ich komme nachher darauf.

Ich bin mit Ihnen einverstanden, wenn wir den Zwischenhandel möglichst ausschalten. Ich bin mit Ihnen einverstanden, wenn wir das Genossenschaftswesen stark ausbauen, um einen direkten Verkehr vom Erzeuger zum Verbraucher zu haben. (Zuruf: Dann leidet aber der Mittelstand!) Aber, verehrte Anwesenden, da stößt man wiederum in den Kreisen des Zentrums und der Rechten auf den größten Widerstand (Sehr richtig!), nicht in den Kreisen, die links von Ihnen sitzen. Sie sitzen in beiden Fällen. Also, Herr Kollege Heuser und Herr Kollege Bollig, wirken Sie da auch einmal mit, dann werden wir schon einig werden; aber das werden Sie nicht fertig bringen. Aber noch etwas anderes: Wenn Sie wirklich erreichen würden, daß man im weitesten Umfange den Zwischenhandel ausschaltet, so müssen Sie doch damit rechnen, daß das volkswirtschaftlich vorläufig nicht geht und der Verbraucher mit dem Preis rechnen muß, den er im Laden zahlt. Den Preis habe ich hinsichtlich des Brotes bereits angeführt. Ich führe nun auch den Fleischpreis an, Herr Kollege Bollig. Im Frieden hatten wir einen Preis von 65 Pfennig bis 90 Pfennig pro Pfund. Für 65 Pfennig konnte man gutes Suppenfleisch kaufen, und für 90 Pfennig hatte man das feinste Bratenfleisch. Heute kostet in Düsseldorf, Köln und Essen das Suppenfleisch 1,30 Mark bis 1,40 Mark, und beim Bratenfleisch sind es 1,90 Mark bis 2,— Mark. (Abgeordneter Bollig widerspricht.) Bitte schön, Herr Kollege Bollig, gehen Sie heute nachmittag mit mir an den Schaufenstern vorbei. (Zuruf: Ich gehe mit Ihnen in Köln rund!) Ich war gestern noch im Fleischladen und habe mich nach den Fleischpreisen genau erkundigt. Die Dinge liegen so, daß hier Erhöhungen von 100 Prozent und mehr gegenüber den Friedenspreisen bestehen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Verehrte Anwesenden! Die Löhne —

das habe ich eben nachgewiesen — sind in vielen Fällen noch lange nicht die Friedenslöhne. Auch im Kölner Industriegebiet haben wir eine ganze Anzahl Arbeiter, die im Frieden 90 Pfennig bis 1,— Mark pro Stunde verdienten und heute nur noch 70, 80 und 85 Pfennig pro Stunde verdienen. Wo soll das hin? Das muß doch zu einer immer größeren Verelendung der breiten Schichten der Bevölkerung führen.

Wir haben bei der Etatsberatung auch darüber gesprochen, was uns in der Zukunft blüht. Herr Geheimrat Sagen hat nach meiner Rede bei der ersten Etatsberatung über unsere künftige Wirtschaftslage noch viel düsterer gesprochen als ich. Wir alle wissen, daß wir nach dem vielgepriesenen Dawesplan, der sicherlich von uns allen mit Freuden begrüßt worden ist, vom Jahre 1927 an ungeheure Lasten zu tragen haben. Jeder Mensch, der sich nur etwas mit Volkswirtschaft befaßt hat, wird wissen, daß wir in absehbarer Zeit in Deutschland niemals wieder in die Lage kommen, daß die breiten Schichten der Bevölkerung so existenzfähig sind und so leben können, wie sie im Frieden gelebt haben. Wir werden also kümmerlicher leben müssen, und die breiten Massen der unteren Schichten werden am kümmerlichsten leben. Es ist volkswirtschaftlich falsch, wenn man dieses Leben noch immer mehr verelendet und noch mehr herabdrückt. Nun verlangen Sie neuerdings außer Getreidezöllen, Fleischzöllen usw. auch noch Kartoffelzölle, die wir im Frieden noch nicht einmal gehabt haben. Sie begnügen sich also nicht damit, daß den armen Massen das Brot verteuert wird, sondern es sollen ihnen auch noch die Kartoffeln verteuert werden. Verehrte Anwesende! Sie müssen doch einsehen, daß das nicht geht.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Außer diesen Zöllen wird neuerdings wieder die Einföhrung der Getreideeinföhrscheine verlangt. Die Getreideeinföhrscheine waren in Friedenszeiten eine Prämie auf die Getreideausföhr. Wer eine Tonne Getreide aus Deutschland ausföhrte, bekam einen Einföhrschein im Werte von 50,— Mark. Diese Einföhrscheine konnte er an der Börse verkaufen, denn man konnte den Zoll für andere Produkte, die nach Deutschland hereinkamen, damit bezahlen. Wohin hat diese Getreideausföhrprämie geführt? Hören Sie folgende Zahlen: Im Jahre 1905 betrug die Getreideeinföhr nach Deutschland 572186 Tonnen, die Getreideausföhr 319942 Tonnen. Im Jahre 1908 betrug die Getreideeinföhr 347264 Tonnen und die Ausföhr 586172 Tonnen. Im Jahre 1910 betrug die Getreideeinföhr 389508 Tonnen und die Ausföhr 820007 Tonnen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, daß bei dem getreidearmen Land Deutschland — wir haben doch während des Krieges gesehen, daß wir uns selbst

nicht ernähren können — die Ausföhr 500 000 Tonnen mehr betrug als die Getreideeinföhr. (Zuruf des Abg. Heuser: Das hatte andere Gründe!) Das hatte einzig und allein den Grund, den Zoll voll zur Auswirkung kommen zu lassen, um den Preis des Getreides auch in den besten Erntejahren zu halten. (Zuruf: Ueberproduktion!) Bitte schön, auch in der Vorkriegszeit hatten wir keine Ueberproduktion an Getreide; das ist durchaus nicht richtig. Die Dinge liegen so: Sie haben Getreide aus Deutschland ausgeföhrt, weil Sie 50,— Mark Ausföhrprämie bekamen. — Herr Vollig, hören Sie zu. — Bei diesen 50,— Mark Ausföhrprämie stellte sich in vielen Fällen heraus, daß das deutsche Getreide im Auslande wesentlich billiger verkauft werden konnte als im Inlande, wo man pro Tonne 50,— Mark Prämie bekam. Selbst wenn die Fracht und alles berechnet wurde, war das Getreide im Auslande billiger zu verkaufen als im Inlande, und der Landwirt hatte durch die 50,— Mark Ausföhrprämie doch noch einen größeren Profit. Ich bin jeder Zeit bereit, Ihnen das rechnerisch einwandfrei an einem Beispiel darzulegen.

Wozu führen die Getreidepreise weiter? Sie führen dazu, daß die Bodenpreise steigen. (Widerspruch.) Ich will mit Ihnen nicht disputieren. Die Bodenpreise müssen in dem Augenblick steigen, wo der Landwirt für seine Produkte einen höheren Preis erzielt. Es ist etwas ganz Selbstverständliches, daß dann der Bodenpreis steigt. Wir haben es doch in den letzten Jahren erlebt. Während der Inflation konnte man keine landwirtschaftlich benutzten Flächen kaufen. Im vergangenen Jahre, besonders während der ersten Hälfte des Jahres, konnte man landwirtschaftlich benutzte Flächen sehr billig kaufen. Das ist heute schon wesentlich anders geworden. Damit ist doch bewiesen, daß meine Behauptung richtig ist, daß hohe Getreidepreise, hohe Ertragspreise, hohe Bodenpreise von selbst bedingen.

Nun überlegen Sie folgendes: In den Jahren 1903 bis 1907, also in fünf Jahren, haben von den Besitzungen über 2 Hektar ein Drittel ihren Besitzer gewechselt. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Dieser Besitzwechsel ist jedesmal ein Vorteil für den Verkäufer. Ich könnte auch da Zahlen anführen, um wieviel die einzelnen Güter in wenigen Jahren im Preise gestiegen sind. Der Käufer kauft also das Gut wieder so viel teurer. Auf Grund dessen kann er nicht mehr so glänzend wirtschaften wie der vorherige Besitzer. Die Folge ist: Er schreit nach immer höheren Getreidezöllen, nach immer höheren landwirtschaftlichen Zöllen. Er sagt: Mir geht es nicht gut, dabei hat er für sein landwirtschaftliches Gut einen viel zu hohen Preis gezahlt. Das sind die Folgen der Steigerung der landwirtschaftlichen Zölle.

Nun wollen wir einmal sehen, was denn eigentlich eine ganze Anzahl Menschen in den Zeitungen sagen,

die nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, und die — das darf ich hinzufügen, Herr Kollege Bollig — auch nicht zu den Wissenschaftlern gehören, die sich im Reichswirtschaftsrat, der höchsten Instanz für wirtschaftliche Fragen in Deutschland, geäußert haben. Im Reichswirtschaftsrat konnte man unter keinen Umständen eine Mehrheit für landwirtschaftliche Zölle bekommen. Gewiß, es hat hin und her geschwankt, man konnte sich nicht einig werden; aber die große Mehrheit war gegen die landwirtschaftlichen Zölle, der eine unbedingt, der andere in dieser, der dritte in jener Frage. Ich habe hier die Berichte mehrerer Zeitungen vor mir liegen. Am 9. Juli schreibt das Organ der Volkspartei, „Die Zeit“:

„Eine prompte und direkte Förderung der Preise für Getreide ist jedenfalls nicht zu erwarten, da die Preise für ausländisches Getreide zur Zeit höher sind als die für deutsches, so daß eine Konkurrenz durch die ausländische Ware im Moment nicht besteht.“

Wenn die ausländischen Getreidepreise höher sind als die deutschen, brauchen wir uns nicht vor den ausländischen zu schützen, denn dann wird kein ausländisches Getreide hereingeholt.

Der deutsche Außenhandelsverband sagt in seiner Entschließung folgendes:

„Ein Hochschutzzolltarif, auch wenn er angeblich nur zu Verhandlungszwecken aufgestellt wird, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Einerseits würde er für den inneren Markt statt des dringend notwendigen Preisabbaues eine Preissteigerung und damit eine Erschwerung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt bewirken; andererseits wäre er kein geeignetes Instrument für den Abschluß günstiger Handels- und Tarifverträge. Das von deutscher Seite gegebene schlechte Beispiel würde alsbald von anderen Staaten nachgeahmt und übertrumpft werden, soweit diese ihre neuen Tarife noch nicht fertiggestellt haben.“

Der „Berliner Börsenkurier“ sagt folgendes:

„Schutzzölle wären nach Ansicht erfahrener und erprobter Landwirte jetzt ein großes Uebel (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!), denn es gibt eine große Menge Landwirte, die noch nicht das äußerste hergeben, was an Leistung gegeben werden kann, und diese Leute, zu denen viele Kriegsgewinnler zu zählen sind, die sich Güter als Sachwertanlagen gekauft haben, würden dann in dem jetzigen Dreh weiter murksen, ohne eine derartig rationelle Betriebsführung durchzusetzen, wie sie eben notwendig ist. (Hört, hört! links.) Wenn wir jetzt schon Schutzzölle bekämen, würde uns das Ausland um so sicherer überflügeln, denn auch im Auslande wird mit einem Höchstmaße von Intelligenz gearbeitet, um die denkbar höchsten Ergebnisse dem Boden abzurufen.“

Herr Kollege Bollig, das bezieht sich auf das, was Sie über die intensive Wirtschaft sagten. (Abgeordneter Bollig macht einen Zuruf.) Ich zitiere nur, was der

„Berliner Börsenkurier“ sagt. Er steht uns nicht nahe, sondern er steht diesen Kreisen (zur Rechten) sehr nahe. Sie haben gesagt: Zur intensiven Wirtschaft ist viel künstlicher Dünger notwendig, zur intensiven Wirtschaft sind viele Maschinen notwendig. Ganz unsere Meinung. Wir sind der Auffassung, daß vor allen Dingen zu einer rationelleren Wirtschaft übergegangen werden muß. (Zuruf des Abg. Heuser: Und die Vorbedingungen?) Sie werden sagen: Die Vorbedingung ist, daß wir erst einmal eine größere Einnahme bekommen. Ich erinnere Sie an die fetten Jahre des Krieges und die fetten Jahre der Nachkriegszeit und der Inflation. Warum haben damals die Landwirte nicht alles in Maschinen und dergleichen angelegt? Warum haben die Landwirte nicht vor vier Jahren im Preussischen Landtage angenommen, was ihnen der damalige Landwirtschaftsminister Braun anbot, als er ihnen Kunstdünger auf Kredite, die nachher zu bezahlen waren, geben wollte? Das alles haben Sie abgelehnt. (Hört, hört! links.)

Ich erinnere Sie weiter daran, was Herr Dekonomierat Reiser in der „Deutschen Tageszeitung“ am 8. Juni 1924 geschrieben hat:

„Wirtschaftlich betrachtet, wird die Agrarkrise solange bestehen bleiben, als es nicht gelingt, die Kaufkraft der großen Menge der Bevölkerung zu heben und die Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel zu senken.“

An einer anderen Stelle sagt er:

„Wenn es gelingt, jene große Zahl überflüssiger Instanzen, die sich wie Bluteigel zwischen Produzenten und Konsumenten gesetzt haben, aus dem Wege zu räumen, dann würde schließlich auch für die Landwirtschaft wieder die Zeit einer Aufwärtsentwicklung gegeben sein.“

Ich könnte diese Zitate noch wesentlich vermehren. Sie sehen, daß eine ganze Anzahl Kreise vorhanden ist, die Ihnen nahesteht und nicht uns, die sich aber genau so scharf gegen die landwirtschaftlichen Zölle ausspricht, wie wir es auch getan haben. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Auch die „Kölnische Volkszeitung“!) Die „Kölnische Volkszeitung“ hat sich in mehreren Artikeln ebenfalls scharf gegen die Zölle ausgesprochen. Ich gebe zu, die „Kölnische Volkszeitung“ hat auch Artikel mit Namensüberschrift gebracht, die einen anderen Standpunkt vertraten.

Zum Schluß möchte ich noch folgendes sagen:

Die Organisationen der Konsumenten — das sind die Konsumvereine, die Gewerkschaften aller Richtungen, die größten Verbraucherorganisationen, die wir überhaupt haben — haben in den letzten Tagen beschlossen, von jedem Mitglied 10 Pfennig aufzubringen. Das wird bei den freien Gewerkschaften allein 800 000 Mark und bei den christlichen und Hirsch-Dunderfchen Gewerkschaften eine weitere Summe, zusammen rund 1 Million Mark, ergeben. Diese Mittel werden vor

allen Dingen aufgebracht, um gegen die landwirtschaftlichen Zölle Einspruch zu erheben und die Agitation dagegen aufzunehmen. Verehrte Anwesende! Das ist meiner Meinung nach vollkommen verständlich. Diese 10 Pfennig pro Mitglied sind ein ganz geringer Bruchteil des kargen Lohnes, den den Arbeiter bekommt. Die 63 Mark aber für die fünfköpfige Familie, um die diese Familie durch die Zollerhöhung stärker belastet wird, ist ein erheblicher Prozentsatz der Gesamteinnahme des Arbeiters. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist ein Raubzug!)

Deshalb bin ich der Auffassung: Die gewerkschaftlichen und Verbraucherorganisationen im allgemeinen und — ich gehe noch weiter — alle Kommunen und vor allen Dingen diejenigen, die im Staate die Führung in der Hand haben, müssen sich gegen die landwirtschaftlichen Zölle wenden. (Beifall links.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saasen: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Zunächst muß ich geschäftsordnungsmäßig erwähnen, daß ich jetzt nicht als Berichterstatter spreche.

Meine Freunde und ich begrüßen die sehr sachlichen und treffenden Ausführungen, die Herr Landesökonomierat Bollig hier gemacht hat. Wir stellen unsere Übereinstimmung mit seinen Ausführungen fest.

Auf die Ausführungen, die Herr Abgeordneter Haas gemacht hat, einiges zur Erwiderung.

Meine Herren! Ich glaube nicht, daß der Provinziallandtag an sich der Ort ist, wo die ganze zollpolitische gegensätzliche Auffassung unserer Bevölkerungsschichten zum Austrag gebracht werden kann. Zu den einzelnen Punkten, die Herr Haas gebracht hat, glaube ich folgendes sagen zu sollen:

Herr Haas hat davon gesprochen, daß bei den Kreisparlassen nicht genügend Geld vorhanden ist, um die Kreditbedürfnisse der Landwirtschaft zu befriedigen. Meine Damen und Herren! Das ist sehr richtig. Ich möchte aber in diesem Zusammenhange auch daran erinnern, daß es weite Kreise, und leider Gottes auch politische Kreise, gibt, die das Sparbedürfnis und den Sparfönn unserer Bevölkerung künstlich zerstört und untergraben haben. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig! Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Aber auf Ihrer Seite! Zuruf des Abgeordneten Knab: Aufwertung und Inflation!)

Herr Haas sagte dann: Wenn es den Verbrauchern gut gehe, werde es auch der Landwirtschaft gut gehen. Meine Damen und Herren! Dagegen ist, glaube ich, nichts einzuwenden. Aber man darf doch nicht nun den Spieß umdrehen und sagen: Weil die Kaufkraft der Bevölkerung leider Gottes gesunken ist, muß der Landwirtschaft eben soviel abgeknäpft werden. Dann ist die Landwirtschaft nicht mehr lebensfähig. Was soll denn

die ganze Produktion nützen, wenn die Landwirtschaft dabei kaputt geht. Heute ist doch aus dem Material, das uns Herr Bollig hier vorgetragen hat, einwandfrei festzustellen, daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren mit einer Unterbilanz gearbeitet hat. Das kann von niemand bestritten werden. (Sehr richtig! rechts.) Meine Damen und Herren! Der landwirtschaftliche Berufsstand ist, ebensowenig, wie irgendein anderer Berufsstand, dazu da, zu produzieren und dabei Geld zuzusehen, sondern wir können und müssen verlangen, daß die Erzeugnisse der Landwirtschaft so bezahlt werden und solche Preise haben, daß der Berufsstand lebensfähig bleibt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das können Sie aber durch Zölle nicht erreichen!) Meine Damen und Herren! Darüber zu sprechen, wie das zu erreichen ist, hatte ich mir nicht vorgenommen, sondern ich wollte hier nur dem das Wort reden, daß man in einem vernünftigen Ausgleiche der Gegensätze die Lösung dieser ganzen Probleme suchen muß. Es hat in meinen Augen keinen Zweck, auf der einen Seite zu sagen: Wir verlangen billigeres Getreide, während auf der anderen Seite leider Gottes die Landwirtschaft sagen muß: Wir müssen durch den Zoll geschützt werden, sonst gehen auch wir kaputt. Meine Damen und Herren! Es ist schon so viel im Deutschen Reich zerschlagen worden, daß es wirklich der Gipfel alles Unsinnns wäre, die Landwirtschaft auch noch zu zerschlagen. (Abgeordneter Bollig: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Haas hat dann noch von der Lohnsteuer gesprochen und die Behauptung aufgestellt — übrigens eine Behauptung, die ich in letzter Zeit häufig gehört habe —, daß die Lohnsteuer das einzige wäre, wovon das Reich und die Allgemeinheit heute noch leben. Dem muß ich von landwirtschaftlicher Seite doch folgendes entgegenstellen: Unsere landwirtschaftlichen Arbeitskräfte verlangen heute fast überall in den bäuerlichen Betrieben, daß sie den Lohn abzugs- und steuerfrei bekommen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sün-gerlöhne!) Meine Damen und Herren! Wenn unsere Unternehmer die Steuern und die Beiträge zur Krankenkasse und zur Invalidenversicherung selbst bezahlen, dann kann man doch wohl nicht hergehen und sagen: Die Arbeiter bezahlen allein die Steuern. Wir können an unzähligen Beispielen feststellen, daß die Steuer von den Unternehmern und nicht von der Arbeitnehmerschaft getragen wird. (Lachen links; Zuruf des Abgeordneten Drlopp: Als ein Teil des Lohnes!)

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Haas hat dann von den großen Ausfuhrziffern in den letzten Vorkriegsjahren gesprochen. Meine Damen und Herren! Da möchte ich etwas feststellen, was ich zufälligerweise aus sicherer Quelle erfahren habe, daß das Ausland in dem letzten Vorkriegsjahre uns künst-

lich mit Rücksicht auf den in Aussicht stehenden Krieg ausgetauft hat. (Hört, hört!) Ganz sicher hat uns das Ausland im Frühjahr 1914 hinsichtlich des Hafers ausgetauft. Meine Damen und Herren! Das ist auch ein Zeichen dafür, daß es Leute im Auslande gegeben hat, welche den Krieg früher haben kommen sehen als wir. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!)

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein paar Zusätze zu den Ausführungen des Herrn Bollig machen, indem ich an seine Forderung auf intensivste Wirtschaft anknüpfe. Wir haben in der Rheinprovinz Betriebszweige, welche überhaupt nur bei allerintensivster Wirtschaft geführt werden können: unseren Weinbau, unseren Obst- und Gartenbau. (Sehr wahr! rechts.) Meine Damen und Herren! Dieser Obst- und Gartenbau kann heute ebensowenig mehr bestehen wie die übrigen Teile der Landwirtschaft. Er bildet einen der wichtigsten Teile der Landwirtschaft und vor allen Dingen der intensivsten Betriebe. Darum möchte ich an dieser Stelle an die Verbraucherschaft einmal einen Appell zugunsten dieser intensivsten Betriebszweige richten. Dieser Appell lautet folgendermaßen: Trinkt deutschen Wein, eßt deutsches Obst und Gemüse, eßt nicht mit den Augen, sondern würdigt die Qualität unserer deutschen Erzeugnisse, auch wenn sie vielleicht äußerlich unansehnlicher sind! Spart am Rationalvermögen und spart die nationalen Mittel für wichtigere Zwecke als für den Genuß ausländischen Obstes, ausländischen Weines und ausländischen Gemüses! Schützt die nationale Produktion! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Ich habe bereits in meiner Etatsrede in großen Zügen zu der Zollfrage Stellung genommen. Ich habe dabei zwischen kleineren, mittleren und größeren Landwirten und ihrem Interesse an der Zollfrage unterschieden. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände hier im Rheinland, des Rheinischen Bauernvereins, dessen Vertreter und Vorsitzender, der Herr Baron Loe, Mitglied dieses Hauses ist, und die Führer der ostelbischen Junkerverbände, mit denen er im engsten Kontakt steht, gehen in ganz Deutschland einheitlich vor. Sie geben bei ihren Forderungen zur Zollvorlage an, daß die gesamte Landwirtschaft mit ihnen einig sei, daß es unbedingt Lebensinteressen der Landwirtschaft seien, die mit der Zollvorlage gewahrt werden müßten. Auf diesen Standpunkt stellt sich auch Herr Bollig. Er hat hier im Hause gesagt: Die Landwirtschaft muß in ihrem Lebensinteresse diese Zölle fordern. Wir sagen im Gegenteil: Nicht die gesamte Landwirtschaft, sondern diejenigen, die eine Produktion haben, die über den eigenen Bedarf hinausgeht, müssen diese Forderung in ihrem Profitinteresse, um ihres Gewinnes willen, stellen, um, wie Sie ausgeführt haben,

Herr Bollig, ihre Wirtschaft weiter ausbauen und sich die technischen Voraussetzungen zur Intensivierung ihres Betriebes schaffen zu können. (Zuruf des Abgeordneten Bollig: Damit die Städter etwas zu essen haben!) Wir sagen: Die kleinen Landwirte, die nur den eigenen Bedarf oder sogar noch weniger erzeugen, haben an der Zollvorlage kein Interesse. Sie, Herr Bollig, und Herr Baron Loe sind doch ziemlich gute Kenner der rheinischen Verhältnisse in der Landwirtschaft. Sie wissen doch jedenfalls, daß wir hier mit mindestens 50 Prozent kleinerer Betriebe zu rechnen haben. (Zuruf des Abgeordneten Bollig: Woher bekommen Sie Ihre Lebensmittel?) Etwa 30 Prozent sind mittlere Betriebe. — Ich kann nur im großen Zahlen nennen, wie sie uns damals im Vorstände der Rheinischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft mitgeteilt worden sind. — Die übrigen Betriebe sind größere Bauernschaften, und nur eine kleine Zahl kann man als große Güter in der Rheinprovinz ansprechen. Man kann sagen: Drei Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe sind solche, die nicht ihren Bedarf an Kartoffeln und Getreide erzeugen oder ihn gerade decken können, die aber darüber hinaus kein Getreide und keine Kartoffeln auf den Markt bringen. Die Kategorien der Klein- und Mittelbauern sind zum Teil sogar gezwungen, ihre Saatkartoffeln im Frühjahr von den Großagrariern zu erwerben. (Zuruf des Abgeordneten Bollig: Damit hat der Zoll nichts zu tun!) Sie sind weiter zum Teil gezwungen, Getreide und Kartoffeln von den Großproduzenten zu nehmen, wenn ihre Ernte bis zur neuen Ernte nicht ausgereicht hat. Sie können infolge ihres kleinen Bestandes nicht dazu übergehen, im Frühjahr bereits ihre Kartoffeln als Frühkartoffeln für den eigenen Haushalt zu nehmen. Es ist ferner eine Tatsache, die Sie, meine Herren von der Landwirtschaft, genau wissen, daß zum Teil sogar größere Bauern im Frühjahr, wenn sie nicht viel Frühkartoffeln gesetzt haben oder sie diese nicht schon vor der Reife nehmen wollen, gezwungen sind, sich von Großproduzenten Kartoffeln für den eigenen Bedarf zu kaufen. Also, soweit der eigene Bedarf in Frage kommt, sind nicht nur die Arbeitnehmer in den Städten und die Gewerbetreibenden daran interessiert, daß der Preis durch Zölle nicht erhöht wird, sondern auch ein Teil der kleineren Landwirte. Aber diese Leute gehen mit Ihnen und Ihren landwirtschaftlichen Verbänden im großen und ganzen durch dick und dünn. Es ist nur ein kleiner Teil der kleinen und mittleren Landwirte, der schon zu dem Bewußtsein gekommen ist: In Wirklichkeit werden durch die Gesamtpolitik der landwirtschaftlichen Verbände unsere Interessen nicht gefördert. Der kleinere Landwirt der Rheinprovinz erzielt seinen Wirtschaftslebensschuß nicht aus dem Getreide- und Kartoffelbau — in den übrigen Teilen Deutschlands ist es genau so —, sondern durch die Nebenprodukte; ich denke hier

an die Vieh- und Milchwirtschaft, ich denke an den Obstertrag, der hier im Westen und im Süden Deutschlands besonders hoch ist. Das sind die Dinge, an denen der kleine und mittlere Landwirt in erster Linie interessiert ist und die ihm heute noch die Aufrechterhaltung seines landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebes ermöglichen. Durch diese Nebenprodukte erhält er die Mittel, um seinen Betrieb technisch durchzuführen. Man kann auch heute schon von einer intensiven Bewirtschaftung bei dem kleinen und mittleren Betriebe sprechen. In den vergangenen Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit, mit Ausnahme des Jahres 1923, wo auch den Landwirten das Geld in den Händen zerronnen ist, war es doch immer das Bestreben des größeren Teils der kleinen und mittleren Landwirte, sofort, nachdem sie Geld für ihre Produkte bekommen hatten, es umzusetzen, indem sie ihre Betriebe erweiterten. Sie wissen, wieviel Betriebsveränderungen vorgenommen worden sind, wie weit die Gebäulichkeiten instand gesetzt wurden, an denen im Kriege nichts getan worden ist. Wieviel neue Maschinen angekauft worden sind, dafür liefern die Statistiken über die Produktion der deutschen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken in den Jahren 1919 bis 1922 den besten Beweis.

Aber noch etwas will ich den Herren sagen:

Die Landwirtschaft hat in den Jahren des Ueberflusses zum Teil Aufwendungen und Anschaffungen gemacht, die auch eine Reihe von Landwirten verurteilt. Was man nur kaufen konnte, ist gekauft worden in den Zeiten, wo man für seine Produkte alle Preise bekam. Wir kennen ja die Beispiele zu Tausenden, wo der kleine Landwirt, dessen Stube zu klein war, um das Klavier hineinzuschaffen, die Wände ausbrechen ließ. Herr Baron Loe, gehen Sie doch einmal in die kleinen Bauernwirtschaften und sehen Sie sich einmal das Inventar an. Man hat Flügel, Klaviere und alle möglichen Luxusgegenstände angeschafft, weil man für das Geld sonst unmittelbar keine Verwendung hatte. Man konnte das Geld nicht produktiv festlegen, weil man befürchtete: Durch die Geldentwertung werden uns die Werte, die wir durch unsere Produktion schaffen, aus den Händen gezogen. Man hat damals in einem großen Teil der Landwirtschaft das Kapital in dem Erwerb von Gegenständen festgelegt, die heute natürlich einen Ausfall in den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln bedeuten. Oder leugnen Sie das ab? (Zuruf des Abgeordneten Bollig: Sonst waren sie ganz verloren!)

Herr Bollig sprach von den technischen Betriebsmitteln der Landwirtschaft, die unbedingt notwendig sind, um eine intensivere Produktion hier in Deutschland vorzunehmen. Demgegenüber sage ich: Der Landwirt konnte damals Maschinen genug erhalten, zum Teil zu Preisen, die weit unter den heutigen realen Preisen der landwirtschaftlichen Maschinen

stehen, namentlich in der Inflationszeit. Es ist damals von seiten der Verbände wiederholt gesagt worden, und auch in dem Organ des Herrn Barons von Loe stand oft der Vorschlag in den eingesandten Artikeln einzelner Landwirte, der Landwirt möge sein Kapital in Sachwerten festlegen, die in erster Linie dem Betrieb in seiner technischen Einrichtung zugute kämen. Es ist auch mehrmals von landwirtschaftlicher Seite gerügt worden, daß überflüssige Sachwerte angeschafft würden, für die der Landwirt in seinem Betrieb keine Verwendung hätte. Hier sind unnützerweise Kapitalien festgelegt worden, die heute der Landwirtschaft fehlen. Man hätte dafür ganz gut auch Sachwerte anschaffen können, die von der Inflation nicht getroffen wurden. (Zuruf des Abgeordneten Bollig: Die Landwirte sind eben nicht klug genug gewesen!) Nehmen Sie einmal die Anschaffung eines Teiles von Düngemitteln oder von Maschinen an. (Zuruf des Abgeordneten Bollig: Die waren nicht zu beschaffen!) Ich gebe Ihnen recht, Herr Bollig, wenn Sie sagen: Sie waren gegen Ende des Jahres 1922 bis Ende 1923 kaum zu beschaffen. (Zuruf des Abgeordneten Bollig: Nein, vorher nicht!) Aber in den Jahren 1921 und 1922 ist das Angebot an landwirtschaftlichen Maschinen auf dem Inlandmarkt hinreichend gewesen. Bezüglich des Düngers liegen die Dinge nur in etwa anders. Aber Sie erinnern sich auch daran, daß damals von den Linksparteien im Reich gefordert worden ist, daß von seiten des Reichs gegenüber der Düngemittelindustrie Schritte eingeleitet würden, um sie zu einer intensiveren Erzeugung zu veranlassen, weil die Betriebe für die Erzeugung von Düngemitteln damals nicht ausgenutzt waren. Es sind diesbezüglich mehrmals Vorschläge gemacht worden. Soweit ich mich erinnere, sind damals auch von Zentrumsseite Forderungen im Reichstage gestellt worden; es war, glaube ich, die Zeit, als die Simons-Regierung den Uebergang hatte. Diese Forderungen gingen besonders von den christlichen Gewerkschaften innerhalb des Zentrums deshalb aus, weil ein ganzer Teil der Düngemittelindustrie in Deutschland lahmgelegt war und große Aussperrungen von Arbeitern stattgefunden hatten, und die Betriebe überhaupt nur zu einem Drittel bis zu einem Viertel im Verhältnis zur Vorkriegszeit produzierten. Damals wurde von der Regierung verlangt, auf eine intensivere Produktion der Düngemittelindustrie zu sehen. Aber dem wurde nicht Rechnung getragen, und heute berufen sich dieselben Vertreter der Parteien, die damals mit Schuld daran waren, darauf, daß man da nicht die notwendige Umänderung vorgenommen hat.

Nun sagen Sie, meine Herren von der Landwirtschaft: Wenn wir Schutzzölle für die Produkte — wir wollen ruhig sagen — der Großzeuger: Getreide und Kartoffeln haben, dann wird dadurch ein Anreiz zu weiterer intensiverer Gestaltung des Betriebes erzielt. Es wird mehr erzeugt und folglich erreicht

werden, daß wir eines Tages den gesamten Bedarf an Getreide und Kartoffeln aus der eigenen Produktion decken können und das Ausland und sein Markt nicht mehr in Anspruch genommen zu werden brauchen. Weiter wird daran die Folgerung geknüpft, daß man sagt: Gegenwärtig bedeuten zwar die Zölle eine Verteuerung der Lebenshaltung des Konsumenten; erst nach einiger Zeit kommt auch die „fegensreiche“ Auswirkung für die Konsumenten. Wenn heute dem Produzenten Schutzzölle gegeben werden, dann ist später die Produktion im Inlande so reichlich, daß von selbst durch das stärkere Angebot auf dem Markte sich die Preise für die Getreidearten und die Kartoffeln senken werden. Wenn man aus dieser Ihrer Darstellung die Folgerung zieht, dann müßte man sagen: Sie sind an der Schutzollpolitik für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Grunde interessiert, daß eine intensivere Bodenbewirtschaftung stattfindet, daß die deutsche Produktion gehoben wird. An sich ein ideales Ziel, dem tatsächlich jeder Kommunist ohne weiteres zustimmen könnte, was wir auch gerne unseren Arbeitern klar machen wollten. Aber so uneigennützig sind Sie, meine Herren von der Großagrariersseite doch nicht. Sie wollen doch keinem Menschen in Deutschland weis machen, daß Ihr Ziel darauf geht, Zölle zu dem Zwecke zu schaffen, daß Sie nach einigen Jahren, wenn die Produktion reichlicher geworden ist, Ihre eigenen Preise herunterdrücken können. Daran glaubt niemand. In den vergangenen Jahren, als überall die Klagen der Konsumenten kamen, daß ihnen das Geld in der Hand zerfloß, hat die Landwirtschaft damit gezögert, ihre Produkte auf den Markt zu bringen, weil sie ein gleitendes Geld nicht haben wollte. In den Zeiten haben wir doch von prominenter Seite, von Führern der Landwirtschaft gehört: Wir bebauen einfach den Boden nicht mehr und wir verlangen, daß jede Zwangsbewirtschaftung aufgehoben wird. Ich erinnere an die Rundschreiben des Reichslandbundes, die an die einzelnen Verbände ergangen sind, als die Regierung vorhatte, eine besondere Besteuerung vorzunehmen oder mit Zwangsmaßnahmen in die Produktion einzugreifen. Sobald solche Fragen im Parlament auch nur debattiert wurden, drohten Sie, mit der Produktion in der Landwirtschaft auszusetzen. Sie forderten sogar auf, wenn die Arbeiter zu Streiks übergehen wollten, welche politischen Charakter hatten, die deutschen Städte nicht mehr zu beliefern. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß jenseits der Elbe nach dem Kriege ein großer Teil des Landes nicht bebaut worden ist, und zwar mit Absicht nicht bebaut. Die Großagrariere haben gesagt: Warum sollen wir denn jetzt mehr produzieren? Die Gewinnrate an den landwirtschaftlichen Produkten ist nicht so groß, als wenn wir den Boden nicht bebauen, nicht düngen, keine technischen Betriebsmittel dafür anschaffen und den ehemaligen Ackerboden zu Weideland werden lassen und auf das Weideland unser Vieh

treiben. Die Viehhalterhaltung beansprucht nicht so viel Produktionskosten wie das Bebauen des Bodens. Das in der Viehwirtschaft angelegte Kapital ist viel rentabler, es bringt uns einen größeren Profit, als wenn wir unseren Boden mit Getreide und Kartoffeln bebauen. Das ist hundertmal von landwirtschaftlicher Seite gesagt worden. Diese Politik, daß ein Teil der Großproduzenten ehemaligen urbaren Boden wieder zu Weideland hat werden lassen, ist mit schuld daran, daß wir heute mit einer Unterproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegenüber der Vorkriegszeit in Deutschland zu rechnen haben. (Zuruf rechts: Woher kommt das denn?) Sie fragen: Woher kommt das denn? Ich habe eben schon gesagt: Die Großerzeuger in der Landwirtschaft sagten sich: Es ist für uns rentabler, auf Weideland Vieh zu treiben, als bei den hohen Produktionskosten den Boden zu bebauen, denn dann haben wir nur einen geringen, oder, wie Sie auch manchmal sagten, gar keinen Gewinn.

Hier ist heute von Herrn von Stedman von der Arbeitsgemeinschaft und Herrn Bollig gesagt worden: Wie soll die Landwirtschaft, wenn ihr nicht geholfen wird, ein Interesse daran haben, zu produzieren? Meine Herren! Ich erinnere Sie daran, daß wir nicht hier oder im Reichstag bei der kommenden Zollvorlage die erste landwirtschaftliche Debatte führen, sondern, seitdem wir ein Deutsches Reich und ein Reichsparlament haben, seitdem die Industrialisierung begann und mit dem Ausbau der technischen Verkehrsmittel größere Mengen Auslandsgetreide aus Amerika auf den deutschen Markt geworfen wurden, erlebten wir Jahr für Jahr in den Reichs- und Staatsparlamenten Debatten über die Frage des Zollschatzes für die Landwirtschaft. Wenn Sie einmal in die Protokolle jener Zeit die Nase stecken und das nachlesen wollen, was die prominenten Führer der Landwirtschaft in Reich und Staat da stets erzählt haben, so werden Sie finden, daß Sie immer behauptet haben: Wir arbeiten unter dem Preise, den wir unbedingt fordern müßten; die Landwirtschaft setzt an der Getreideproduktion nur zu. Das ist in diesen Jahren immer behauptet worden. Die Landwirtschaft hat andauernd zugesetzt; aber merkwürdigerweise existiert sie heute noch, und es geht ihr im allgemeinen in Deutschland recht gut. (Lachen links, Widerspruch rechts.) Es ist noch kein Landwirt in Deutschland verhungert, wohl aber sind Arbeiter zu Tausenden verhungert, und es sind Millionen aus dem Arbeiter- und Mittelstande unterernährt, weil ihnen nicht mehr die notwendigen Lebensmittel zur Verfügung standen. (Abgeordnete Frau Plum: Sehr richtig!) Es sind Zehntausende von Selbstmorden vorgekommen bei Existenzen, die vor dem Kriege durch jahrzehntelange Arbeit sich ein kleines Kapital erspart hatten, die selbständig dastanden. Wieviel Leute sind aus der Bahn herausgeschleudert und in ihrer Existenz vernichtet worden! Weil sie nicht mehr die geringste Lebensmöglichkeit

sahen, nahmen sie sich das Leben, oder sie sind ganz unter den Schlitten gekommen und unter das Lumpenproletariat heruntergesunken. Man kann von einer akuten Not in der Landwirtschaft, im allgemeinen betrachtet, nicht sprechen. Ich gebe wohl zu, daß heute mancher kleine Landwirt arg zu krazeln hat, wenn er sich jetzt Düngemittel, Produktionswerkzeug usw. beschaffen muß, wenn er die heute abgenutzten Materialien ersetzen und größere Summen flüssig machen muß, um sich diese Mittel zu beschaffen. Aber so akut liegt die Frage bei den landwirtschaftlichen Großbetrieben noch lange nicht. Aus dem Grunde können wir nicht anerkennen, daß für sie eine akute Not vorliegt. Ich brauche die Zahlen, die Herr Abgeordneter Haas angeführt hat, nicht zu wiederholen. Sie wissen es selbst am besten, meine Herren, weil Sie in Ihren Parteien doch immerhin auch Leute haben, die Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen sind, sowohl das Zentrum als auch die Arbeitsgemeinschaft. Sie hören auch die Klagen vom Arbeiter bis zum Beamten hin, und Sie sind sich darüber klar, daß auch in den Reihen Ihrer Parteien gegen die Pläne, die die Reichsregierung im Interesse der Großagrarien vorhat, schon Widerstände von der Arbeitnehmerseite auftreten. Herr Heuser, auch Sie im Zentrum bekommen eine einheitliche Stellungnahme nicht zustande, höchstens nach außen hin, indem sich Ihre Gewerkschaftsführer ihren obersten Führern schwarzer Färbung fügen. Aber von wirklicher Einheitlichkeit können Sie nicht sprechen. Sie können Ihren Zentrumsangestellten und Beamten nicht die Notwendigkeit dieser Zölle klarmachen; Sie können wohl etwas Derartiges in der Zeitung schreiben. Die Massen murren dagegen. Sie unternehmen zwar nichts gegen ihre Parteiführer, die sie über den Löffel barbieren. Die Führer, die die Massen sich selbst gewählt haben, werden dazu gebraucht, gegen die eigenen Interessen der Massen zu arbeiten.

Das würde unbedingt die Annahme der Entschließung bedeuten, die von den Herren Loe usw. vorgebracht worden ist. Nach den Zahlen, die von Herrn Haas angeführt worden sind und die auch mit den Berechnungen der Gewerkschaften übereinstimmen, würde die Annahme der Zollschutzbvorlage für Getreide eine Kürzung des Lohnes von 4 bis 10 Prozent für die Arbeitnehmerschaft bedeuten. (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Eine Kürzung des Lohnes?) Eine Kürzung des Lohnes sage ich, Herr Heuser. Es ist ganz gleichgültig, ob man einem Arbeiter, der heute 40 Mark verdient, durch den Unternehmer den Lohn um 4 Mark kürzt oder ob man durch eine zehnprozentige Verteuerung der Lebensmittel dasselbe Ziel erreicht. Er hat nur 40 Mark und er kann damit nicht mehr soviel kaufen wie vor der Verteuerung. Für die Arbeitnehmerschaft bedeutet — auf eine einfache allgemeinverständliche Formel gebracht — jede Zollvorlage im Interesse der großen Landwirte eine Verkürzung ihres

Einkommens. So steht der Arbeiter dieser Frage gegenüber. Von diesem Einkommen, das selbst noch unter dem von kapitalistisch orientierten Statistkern ermittelten Existenzminimum steht, das notwendig ist, um das Leben fristen zu können, sollen jetzt noch weitere Abstriche gemacht werden. Geben wir selbst einmal theoretisch zu, was die Herren Bollig und Baron Loe gesagt haben, daß nach einer gewissen Zeit die Senkung kommen würde. Aber wie groß ist denn diese gewisse Zeit? Das können Jahre sein, und in diesen Jahren bedeutet das wieder eine ganz unerträgliche Last für die Arbeitnehmerschaft. Wir sind überzeugt, auch wenn nach Jahren tatsächlich die eigene Produktion den gesamten Innenbedarf decken würde, dann werden die Herren von der Großagrarien wieder Maßnahmen von der Regierung verlangen, um sie vor einem Senken der Lebensmittelpreise auf dem Innenmarkt zu schützen. Oder glauben Sie, wir muteten Ihnen zu, Sie wären so ideal, daß Sie da keine Maßnahmen gegen eine Senkung treffen würden?

Ich will Ihnen ein einfaches Beispiel sagen, Herr Heuser. Der Reichstag hat jetzt den spanischen Handelsvertrag angenommen. Sie werden sehen, bei den Großhändlern und Kleinhändlern, die den spanischen Wein umsetzen, wird sofort das Bestreben einsetzen, den Preis für den Wein im Konsum so hoch zu halten, wie es nur eben möglich ist, damit, wenn die volle Auswirkung des spanischen Handelsvertrages im Herbst kommt, sie nicht an den Weinvorräten und den Abschlüssen, die bereits im Auslande getätigt sind, Verluste erleiden. Wir sind überzeugt, daß genau so auch die Großproduzenten der Landwirtschaft rechtzeitig wieder Gegenmaßnahmen von der kapitalistisch-bürgerlich eingestellten Regierung fordern würden, um einer Senkung des Getreidepreises im Inlande vorzubeugen.

Nun sagen Sie zum Teil mit Recht: Der Landwirt hat nicht eine Steigerung des Preises seiner Produkte in dem Verhältnis durchgemacht, wie der Kaufpreis im Kleinhandel ist. Das stimmt zum Teil. Es gibt eine Reihe von Produkten, wo der Landwirt mindestens 50 Prozent mehr gegenüber dem Vorkriegspreis erhält. Es gibt aber auch Produkte — darunter fällt auch ein Teil des Getreides, vornehmlich das Brotgetreide, wo der Landwirt nicht den Preis erhält, den er, gemessen an der allgemeinen Teuerung der Lebensbedingungen, gegenüber der Vorkriegszeit erhalten müßte. Sie haben gesagt: Daran ist der Zwischenhandel schuld. Es würde zu weit führen, da Zahlen vorzubringen. Aber, meine Herren, wenn Sie heute durch unsere Städte und Dörfer gehen und einmal vergleichen, was in der Vorkriegszeit an Geschäften vorhanden war und was heute vorhanden ist, dann können Sie feststellen, daß in Deutschland heute mindestens doppelt so viel Kleinhandelsgeschäfte und mindestens dreimal soviel Lebensmittel-Großhandelsgeschäfte vorhanden sind wie in der

Vorkriegszeit. In kleinen Straßen, wo früher nur ein Händler saß — wenigstens bei uns in Köln ist es so —, sitzen heute vier oder fünf Händler. Wir sind uns alle darin einig, daß die gesamte Kaufkraft der Konsumenten abgenommen hat. Aber die Gesamtzahl der Händler, die am Lebensmittelhandel verdienen, hat sich verdoppelt, an manchen Orten verdreifacht. (Abgeordneter Dr. Hartmann: Sehr richtig!) Die Leute in den Geschäften sind vielleicht nur den zehnten Teil ihrer Arbeitszeit mit der Warenvermittlung an den Käufer beschäftigt; während des größten Teils ihrer Zeit sitzen sie in ihren Privatwohnungen und lauern auf Käufer. (Abgeordneter Dr. Hartmann: Sehr richtig!) Wir erleben heute schon bei einer Reihe von Kleinhändlern eine Krise. Eine ganze Anzahl kann schon ganz niedrige Beträge, die sie dem Großhändler schulden, nicht mehr zahlen. Wir erleben Pfändungsbefehle der Gerichte auf die Hausmiete, weil die neuen Geschäftsrundungen nicht mehr das Vertrauen der alten Kundschaft haben. Aber die Detaillisten schützen sich wieder gegen einen Abbau durch die Detaillisten- und Großhändlerverbände, und, wenn man nachprüft, sind es immer Ihre Parteien, meine Herren, die im Reichstag und im Landtag diesen Zustand aufrechterhalten und die nicht abbauen wollen. Wie oft ist schon von der linken Seite ein Abbau des Zwischenhandels verlangt worden? Aber wo geschehen denn Taten? Wir haben noch nichts gesehen von derartigen Dingen. Es sind wieder dieselben Parteien, aus deren Reihen die Klage kommt: Der Zwischenhandel verdient zu viel und wir bekommen nicht das, was wir haben müssen, um unsere Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Man könnte tagelang über diese Dinge reden, und was käme dabei heraus? (Zuruf des Abgeordneten von Stedman: Nichts!) Positiv nichts, praktisch von der Reichsregierung auch nichts. Aber der bestehende Zustand wird aufrechterhalten, und wir stellen fest: Dieser Zustand ist zuungunsten der Arbeiterklasse. Aus dem Grunde werden Sie es uns nicht verdenken können, wenn wir uns mit allen Mitteln jeder direkten oder indirekten weiteren Verschlechterung der Verhältnisse der arbeitenden Massen widersetzen. Wir haben dabei nicht, wie die Sozialdemokratie, die Hoffnung, auf dem parlamentarischen Wege etwas zu erreichen. Sie müssen sich doch nur einmal den parlamentarischen Kampf der vergangenen Jahre überlegen. Nichts ist erreicht worden, nur eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Massen. Die Herren, die auf der einen Seite Ihnen (zur Sozialdemokratie) mit Ihren Forderungen in der Theorie Recht geben, tun in der Praxis das Gegenteil von dem, was sie in der Theorie als richtig anerkannt haben. Eine Betrachtung der gesamten Verhältnisse führt uns nur zu dem Schluß, den wir Kommunisten auf Grund unserer marxistischen Auffassung ziehen müssen: Die Gebrechen dieser kapitalistischen Gesellschaft und ihres Produktions-

systems sind so groß, daß sie nicht auf irgendeine gerechte Weise ausgeglichen werden können, denn sie sind im System selbst begründet. Wir sagen deshalb auch Ihnen heute, und wir können der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften und draußen in der Politik nur das eine sagen: Nur durch ein geschlossenes Zusammenstehen sowohl nach der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen Seite und durch Massenaaktionen draußen können wir heute vorübergehend eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse verhindern. Es ist deshalb klar, daß wir im Parlament trotz aller schönen Reden der Vertreter dieses Interessenzweiges, der Herren Agrarier, nicht unsere Zustimmung zu irgendwelchen Projekten geben können, die unbedingt allein auf die Schultern der arbeitenden Klasse in unserem Volke abgewälzt werden, die sowieso schon in hohem Maße an den Lasten der Vergangenheit beteiligt ist und die jetzt durch die direkten und indirekten Steuern von Seiten der herrschenden und regierenden Klasse in Deutschland mit allen Lasten belastet worden ist. Wir sagen deshalb sowohl parlamentarisch wie außerparlamentarisch diesen Absichten und Plänen der Agrarier den schärfsten Kampf an. Wir werden tun, was in unseren Kräften steht, um die Massen gegen diese weiteren Ausplünderungspläne mobil zu machen.

Herr von Stedman sagt in seinem Aufruf so schön: Nur deutsche Produkte, eßt deutsches Obst, trinkt deutschen Wein! Herr von Stedman, wie kommt es denn, daß heute die Landwirtschaft das Doppelte und Dreifache für das Obst bekommt wie in der Vorkriegszeit? Da kann man nicht sagen: Nur der Zwischenhandel ist daran schuld. Heute bekommen die Bauern im Vorkriegsgebirge, die dort Erdbeeren usw. ziehen, in manchen Fällen rund das Doppelte bis Dreifache für die Erdbeeren wie in der Vorkriegszeit. (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Sie sprechen von Erdbeeren, aber nicht von Obst!) Meinen Sie denn, es würde in diesem Jahre beim Obst besser werden wie im vergangenen Jahre? (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Da hat man das Obst versüßert, weil es nicht verkäuflich war!) Was hat man denn in den vergangenen Jahren für das Obst auf dem Markt gefordert, Herr Heuser? Da waren die Obstpreise tatsächlich unerschwinglich; das Obst war unverkäuflich, weil die große Masse es sich nicht leisten konnte. (Abgeordneter von Stedman: Nein!) Herr von Stedman, man hat damals 40 Pfennig pro Pfund für Obst zum Einkellern gefordert. Der Arbeiter kann das Obst nicht zentnerweise einkellern. Wenn er sich welches einkellert, so sind es im besten Falle 50 Pfund. (Zuruf des Abgeordneten von Stedman: Für 2 Pfennig das Pfund habe ich es verkauft!) Sie sagen, Sie hätten damals das Obst für 2 Pfennig verkauft. Wir sind aber damals in der Nähe der Großstädte in die landwirtschaftlichen Distrikte hineingegangen, da haben wir kein Obst unter 40 Pfennig

bekommen, das zum Lagern geeignet war und den Winter überdauern konnte. Wir glauben auch nicht, daß in diesem Jahre der Obstpreis so sein wird, daß die Massen sich etwas kaufen können. Wenn der einzelne aus der Arbeiterklasse es sich auch nicht zentnerweise einlegen kann, so müssen Sie doch einmal die große Masse berücksichtigen. Wenn sich da jeder nur einen halben Zentner einlegt oder verbraucht, so bedeutet das einen großen Umsatz an Obst für die Landwirtschaft. Den heutigen Preis kann ein Arbeiter einfach nicht zahlen. Wir sehen heute in Köln auf dem Markt, wie die Erdbeeren korbweise eingekauft werden, und zwar meist von Damen, hinter denen das Dienstmädchen steht, das den Korb auf den Arm oder die Schulter nimmt. Aber die Arbeiterfrau muß mit ihren Kindern an den Erdbeeren vorbeilaufen; sie kann es sich nicht leisten; sie muß ihrem Kinde sagen: Für 80, 90 Pfennig oder 1 Mark kann ich dir kein Obst kaufen. Um den Betrag aufzubringen, muß der Vater fast zwei Stunden arbeiten. Stellen Sie einmal den Wert eines Pfundes Erdbeeren einer Arbeitsleistung von zwei Stunden gegenüber, solche Dinge kann man nur feststellen; wir wissen, sie werden nicht geändert, weil die Regierung und ihre politischen Funktionäre kein Interesse daran haben, diesen Zustand aufzuheben, weil er zur direkten und indirekten Ausbeutung der arbeitenden Klasse gehört. Deshalb sind die schönen Aufzüge, die Herr von Stehman macht, nicht an die breite Masse der Arbeiterklasse gerichtet, sondern an die Klasse der Besitzenden in Deutschland. Sie sind vielleicht auch an gewisse Schichten des Mittelstandes gerichtet, den man durch die sogenannte Aufwertung wieder zu sanieren versucht. Soweit er dem Handel angehört, sucht man ihn zu sanieren, indem man diesen Standalösen Zwischenhandel noch weiter duldet, ja, sogar noch neue Konzessionen für Kleinhandelsgeschäfte erteilt. Das gehört auch zu dem Gesamtkapitel des Wiederaufbaues des deutschen Mittelstandes, daß man den Handelskreisen solche Preise bewilligt, daß da nicht eingeschritten wird. Man sieht, auch die Sanierung dieses Teiles des Mittelstandes soll auf Kosten der Arbeiterklasse geschehen. Diesen Plänen im Handel, in der Industrie und in der Landwirtschaft wird von unserer Seite der entschiedenste Widerstand entgegengesetzt. Wir wissen, hier im Parlament geschieht nichts. Es wird unsere Aufgabe sein, die Massen draußen zu mobilisieren, damit sie sehen, was heute in Deutschland gespielt wird. Nicht nur die Deckung für den Dawespakt, sondern auch die Kosten des Wiederaufbaues der kapitalistischen Gesellschaft versuchen Sie mit allen Mitteln aus den Knochen des ausgepowerten deutschen Volkes, soweit es der Arbeiterschaft angehört, herauszupressen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Sie werden mit mir der Auffassung sein, daß

wir dieses Problem heute nicht mehr lösen. Nachdem nun alle Parteien zu Worte gekommen sind, glaube ich, daß wir in Anbetracht der Tagesordnungspunkte, die wir noch zu erledigen haben, am besten Schluß machen. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vorsitzender Dr. Jarres: Dieser Antrag bedarf nach § 32 der Geschäftsordnung der Unterstützung von zehn anwesenden Mitgliedern. Die Unterstützung ist ausreichend. Zum Wort gemeldet sind noch die Herren Abgeordneten von Loe, Dr. Seilenkirchen und Eberle.

Ich bitte diejenigen, die für Schluß der Erörterung sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Die Erörterung ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter von Loe.

Abgeordneter Freiherr von Loe: Meine Damen und Herren! Ich bin nicht mehr zum Wort gekommen. Es hätte mir ferngelegen, auf die Ausführungen des Herrn Knab überhaupt zu antworten. Aber ich stelle fest, daß es mir durch den Schluß der Erörterung nicht mehr möglich ist, einige sachliche Irrtümer des Herrn Haas hier richtigzustellen. Er ist in wesentlichen Punkten nicht mit der Wirklichkeit gegangen. Ich hätte diese Punkte gerne noch richtiggestellt. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Das können Sie bei mir persönlich machen!)

Dann möchte ich noch zur Geschäftsordnung ums Wort bitten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter von Loe.

Abgeordneter Freiherr von Loe: Meine Damen und Herren! Wir haben uns vorhin über die Möglichkeit unterhalten, ob über den vorliegenden Antrag abgestimmt werden könnte. Der damalige Vorsitzende war der Ansicht, er habe erklärt, nach der Geschäftsordnung ginge das nicht und das Haus habe ihm stillschweigend zugestimmt. Wir haben nachher durch die Ausführungen des Herrn Esser gehört, daß die Geschäftsordnung sachlich anders lautet. Ich will weiter nicht erörtern, wer nach der Geschäftsordnung recht oder unrecht hat. Jedenfalls kann das Haus, wenn es durch einen Irrtum im Augenblick nicht im Bilde war, sich nicht dauernd dahin festgelegt haben, über etwas überhaupt nicht mehr abstimmen zu wollen. Inzwischen ist eine stundenlange Debatte gewesen. Es ist daher eine neue Situation entstanden. Ich möchte deshalb beantragen, daß das Haus erneut befragt wird, ob es geneigt ist, über den Antrag abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Eberle.

Abgeordneter Eberle: Meine Damen und Herren! Ich muß mich zunächst dagegen verwahren, daß mir, wenn auch etwas verblümt, die Unterstellung gemacht wird, ich hätte das Haus irregeführt. Ich habe ausdrücklich und klar dem Hause dargelegt, wie meine Auffassung von der Geschäftsordnung ist. Ich habe

auch die näheren Begleitumstände mitgeteilt, die die Veranlassung gewesen sind, daß ich zu dieser Auffassung gekommen war. Ich habe dann ausdrücklich festgestellt: „Da Widerspruch gegen meine Darlegungen aus dem Hause nicht erhoben worden ist, darf ich annehmen, daß das Haus meinen Darlegungen beitrifft.“ (Zurufe: Wichtig!) Ich meine, loyaler kann von niemandem verfahren werden. Ich muß deshalb doch ganz entschieden gegen die Darlegung des Herrn Freiherrn von Loe Einspruch erheben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Darf ich auch einmal etwas zur Klarstellung mitteilen?

Der Herr stellvertretende Vorsitzende hat auch vollkommen in meinem Sinne gehandelt, wenn er diesen Antrag nicht zur Abstimmung brachte. Ich habe ihm beim Abtreten vom Präsidium von dieser meiner Auffassung Mitteilung gemacht, weil ich zwischenzeitlich auch von den Parteien hörte, daß sie auf eine Abstimmung über diese Entschließung keinen Wert legten. Dieselbe Auffassung war heute morgen im Provinzialauschuß vertreten worden. Es schien mir eine *communis opinio* zu sein, daß diese Entschließung wohl mitgeteilt, aber nicht darüber abgestimmt werden solle.

Nun muß ich zugeben, daß diese Auffassung über die geschäftliche Behandlung mit der Geschäftsordnung nicht durchaus im Einklang steht. Nach § 12 Absatz 2 der Geschäftsordnung können Abänderungsanträge und Anträge auf Annahme einer Entschließung im Anschluß an die Verhandlung über einen bestimmten Gegenstand bis zum Schluß der Verhandlung über die Besprechung des Gegenstandes gestellt werden, auf den sie sich beziehen; sie müssen schriftlich eingereicht werden. Diese Voraussetzungen waren erfüllt. An sich würde also nach der Geschäftsordnung wohl über die Entschließung abzustimmen sein. Die Sache ist aber von mir so eingeleitet worden, weil ich den Eindruck hatte und auch nach der Besprechung unter den maßgebenden Herren den Eindruck haben mußte, daß auf eine Abstimmung über die Entschließung kein Wert gelegt werde.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Herren! Auch wir müssen Einspruch dagegen erheben, daß die Entschließung zur Abstimmung gestellt wird.

Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden bezüglich der Rechtslage nach § 12, Absatz 2, nicht anschließen. Ich glaube, diese Formulierung hier kann auf die Entschließung des Herrn Barons von Loe keine Anwendung finden, denn es heißt ausdrücklich: „Anträge auf Annahme einer Entschließung im Anschluß an die Verhandlung über einen bestimmten Gegenstand“; aber dieser bestimmte Gegenstand — das geht aus der ganzen Geschäftsordnung hervor, muß

doch auf der Tagesordnung stehen. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Auf unserer Tagesordnung steht nur die Beratung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten, soweit sie zur Zuständigkeit der Provinzialverwaltung und des Provinziallandtages gehören. Eine Entschließung kann natürlich in diesem Hause auch über Gegenstände angenommen werden, über die wir an sich nicht beschließen können, die einer höheren Instanz in Reich und Staat übermittelt werden. Aber dann müssen die Herren Baron von Loe und Genossen denselben Weg einschlagen, den auch wir bei unserer Entschließung eingeschlagen haben. Wir haben, bevor die Etatsberatungen im Plenum begannen, unsere Entschließung zur Beamtenbesoldung an die Reichsregierung dem Präsidium eingereicht. Wir haben ebenso eine Entschließung zum Artikel 7 des Londoner Abkommens für die politischen Gefangenen des besetzten Gebietes vorher abgegeben.

Ich bin der Auffassung, hier liegt der Fall ähnlich wie bei unserer Entschließung zum Londoner Abkommen und zu dem Antrage über die Besoldungsordnung der Beamten. Wir hätten von den Parteien diese Entschließung frühzeitig zur Kenntnis nehmen müssen, genau so, wie es mit unserer Entschließung geschehen ist. Die Fraktionen mußten den Wortlaut vorliegen haben, und auch dem Provinzialauschuß mußte er vorliegen. Dem Provinzialauschuß hat heute morgen nicht der Wortlaut der Entschließung des Herrn Baron von Loe vorgelegen, sondern es ist uns lediglich mitgeteilt worden, daß eine solche Entschließung eingereicht worden sei, wozu auch die Sachauschüsse noch keine Stellung genommen hätten. Ebenso muß nach dem § 11, Absatz 2, der Geschäftsordnung der Provinzialauschuß die Möglichkeit haben, zu der Entschließung Stellung zu nehmen. Dazu muß sie zum mindesten im Wortlaut vorliegen.

Aus diesen beiden Gründen, weil es keine Entschließung zu einem vorliegenden Tagesordnungspunkte ist und weil der Provinzialauschuß zu dem Wortlaut noch nicht Stellung nehmen konnte, müssen wir gegen eine Abstimmung über die Entschließung Einspruch erheben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Esser-Euskirchen.

Abgeordneter Esser-Euskirchen: Meine Damen und Herren! Die Angelegenheit ist durch die Ausführungen des Herrn Präsidenten selbst geklärt. Die Auffassung, die der Herr Präsident hier ausgesprochen hat, daß diese Entschließung unbedingt zur Abstimmung kommen mußte, ist von mir vorhin bereits vertreten worden. Sie ist nicht auf geschäftsordnungsmäßigem Wege abgemurkt worden, sondern durch eine vorherige Vereinbarung, wonach auf die Abstimmung kein Wert gelegt wird. § 12 der Geschäftsordnung, der diese Fragen regelt, und § 13 treffen hier unbedingt zu.

Wenn nun gesagt wird, es handele sich hier nicht um einen bestimmten Gegenstand, so handelt es sich um den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Ich glaube, daß alle Kollegen, die einmal im Parlament tätig gewesen sind, wissen, daß man mit dem Etat alles verbinden kann, daß da von einem bestimmten Gegenstande gar keine Rede sein kann. Die Entschließung gehörte zu diesem Punkte. Sie konnte bei diesem Punkte eingebracht werden, ohne dem Provinzialausschuß vorgelegt zu werden. Nach der Geschäftsordnung hätte die Angelegenheit so erledigt werden müssen. Nachdem aber die Dinge so gelaufen sind, wie der Herr Präsident es mitgeteilt hat, ist der Streit ein vollständig müßiger. Für die Zukunft wird es aber doch notwendig sein, festzustellen, daß die Geschäftsordnung die Abstimmung über die Entschließung nicht nur zugelassen hätte, sondern daß sie tatsächlich nach den §§ 12 und 13 vorgenommen werden mußte.

Vorsitzender Dr. Farres: Darf ich dann annehmen, daß die Herren, die noch ein Interesse an der Abstimmung bekundet haben, jetzt diesen Antrag zurückziehen?

Abgeordneter Freiherr von Loe: Ich ziehe den Antrag zurück.

Vorsitzender Dr. Farres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Herr Kollege Esser hat schon bei seinen ersten Ausführungen vor einer Stunde in der Hauptsache darlegen wollen, daß der Herr stellvertretende Vorsitzende entgegen der Geschäftsordnung gehandelt hätte. Ich bin der Auffassung, daß Haas ist souverän; wenn es der Ansicht des Vorsitzenden sich anschließt, ist das maßgebend.

Es ist auch durchaus nicht richtig, daß man zum Etat alles bringen darf. Es heißt auf der Tagesordnung: „Antrag des 5. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1925.“ Aber die Frage, die wir heute morgen erörtert haben, hat doch eigentlich mit unserem Haushaltsplan — den dürfen Sie daraufhin durchsehen — nichts zu tun, sondern sie hat mit der Landwirtschaft zu tun, die ganz außerhalb unseres Haushaltsplans steht.

Aber noch eins, Herr Kollege Esser. In § 11, Absatz 2, der Geschäftsordnung heißt es ausdrücklich:

„Alle Vorlagen, Eingaben und Anträge, welche dem Provinzialausschuß nicht vorgelegen haben, sind alsbald dem Vorsitzenden des Provinzialausschusses und dem Landeshauptmann mitzuteilen, damit der Provinzialausschuß die Möglichkeit hat, dazu Stellung zu nehmen.“

(Zuruf aus der Mitte: Wer sagt denn, daß das nicht geschehen wäre?) Bisher haben wir doch im Provinzialausschuß nichts von den Dingen gehört; ich muß es wissen, ich bin Mitglied des Provinzialausschusses.

(Zuruf: Die Entschließung ist doch eben eingebracht worden!) Die Entschließung kann eingebracht sein, wann sie will. Sie muß dem Provinzialausschuß vorgelegen haben, ehe abgestimmt werden kann. Ich verweise nochmals auf den Wortlaut des § 11, Absatz 2. (Zuruf des Abgeordneten Esser: Der Herr Präsident ist anderer Auffassung!) Sie haben sich auch erlaubt, gegenüber dem Ersten Herrn Vizepräsidenten anderer Meinung zu sein; also darf ich auch gegenüber dem Herrn Präsidenten anderer Meinung sein. (Weiterkeit.) Meine Meinung stützt sich auf die Geschäftsordnung, genau so, wie Sie glauben, daß sich Ihre Meinung auf die Geschäftsordnung stützt.

Vorsitzender Dr. Farres: Zunächst muß ich befreiten, daß ich geglaubt habe, anderer Meinung sein zu dürfen wie mein verehrter Herr Vertreter. Herr Vizepräsident Eberle hat vollkommen konform mit mir gehandelt, und ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich die Ausführungen des Herrn Baron von Loe nicht als einen Angriff gegen seine Geschäftsführung aufgefaßt habe.

Was nun die Auslegung des Herrn Abgeordneten Haas angeht, daß derartige Anträge und Entschließungen dem Provinzialausschuß mitgeteilt werden müßten, so bin ich anderer Auffassung. Es heißt im § 11 allerdings, daß alle Vorlagen, Eingaben und Anträge an den Provinzialausschuß abgegeben werden müssen. In dem § 12 handelt es sich aber nicht um Vorlagen, Eingaben und Anträge, sondern um Änderungsanträge und Anträge auf Annahme einer Entschließung. Das fasse ich nicht als einen Antrag auf, sondern ich bin der Auffassung, daß diese Änderungsanträge und die Anträge auf Fassung einer Entschließung gleichmäßig gehandhabt werden müssen und deshalb der Vorlage an den Provinzialausschuß nicht bedürfen. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte!)

Aber, meine Damen und Herren, weshalb sollen wir uns auf diese akademischen Erörterungen einlassen? In der Sache sind wir darüber einig, daß über die Entschließung nicht abgestimmt werden soll. Wie die Geschäftsordnung in Zukunft gehandhabt werden soll, das wollen wir dem nächsten Landtag überlassen.

Zur persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter von Loe.

Abgeordneter Freiherr von Loe (spricht vom Plak): Ich wollte eben noch ergänzend feststellen, daß es mir durchaus ferngelegen hat, Herrn Eberle bezüglich seiner Geschäftsführung einen Vorwurf zu machen. Ich habe mich auch nicht so ausgedrückt. Ich habe nur festgestellt, daß tatsächlich ein Irrtum vorgelegen hat. Ich habe ausdrücklich gesagt: Wir wollen den Streit nicht austragen. Aber insofern haben sich die Verhältnisse geändert, als sich eine neue Situation ergeben hat, auf Grund deren ich meinen Antrag in dieser Form jetzt vorbringe. Ich habe den Antrag dann selbst

zurückgezogen, da doch durch die ganze Diskussion genau festgelegt worden ist, welche Parteien für und gegen die Entschliebung sind. Der größte Teil des Hauses hätte einmütig dafür gestimmt. (Zuruf des Abgeordneten Eberle: Das dürfen Sie nicht sagen!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Erörterung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 17. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage des 5. Sachausschusses entsprechen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Punkt 18: Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge für das Rechnungsjahr 1925.

Der Herr Berichterstatter verzichtet. Das Wort wird nicht gewünscht. Widerspruch ist nicht erhoben. Es ist nach dem Antrage des 3. Sachausschusses beschlossen.

Punkt 19: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD., betreffend Erhöhung der im Haushaltsplan unter „Verschiedenes“, Abschnitt XIII, veranschlagten Summe von 200000 Mark für Kindergesundheits- und Erholungsfürsorge auf 1000000 Mark.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Der 1. Sachausschuß beantragt gegen die Stimme des Vertreters der kommunistischen Partei Ablehnung des Antrages.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Frau Abgeordnete Plum.

Abgeordnete Frau Plum: Meine Damen und Herren! Im Laufe der Tagung ist von dieser Stelle aus viel von der Not der Ärmsten der Armen gesprochen worden. Von allen Parteien ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß eine große Erwerbslosigkeit innerhalb Rheinlands und Westfalens besteht. Wenn nun im Haushaltsplan 1925 nur 200 000 Mark für die Kindergesundheits- und Erholungsfürsorge vorgesehen worden sind, so muß man das als eine direkte Unverschämtheit betrachten. Für die Jahrtausendfeier können Millionen ausgeworfen werden; für die Kinder, die heute einer Gesundheitspflege bedürfen, hat man nur 200 000 Mark übrig. Dabei handelt es sich zum größten Teil um Kriegssopfer, die uns der Weltkrieg gebracht hat. Man kann diese Sache überhaupt nicht verstehen. Nicht allein im Industriegebiet, sondern auch in den Industriestädten müssen wir doch feststellen, daß die Zahl der unterernährten, tuberkulösen und kranken Kinder heute eine so große geworden ist, daß man sagen muß, daß diese Vordereung von 200 000 Mark, wie sie hier gestellt worden ist, nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Wenn Sie heute allgemein der Million zustimmen, die die KPD. für die Kinderfürsorge verlangt hat, dann schaffen Sie sich ein besseres Gedächtnis, als wenn Sie die Gelder für den Jahrtausenddrummel auswerfen. Deshalb möchten wir Sie bitten, den Antrag der KPD. anzunehmen.

Ich kann Ihnen ferner sagen: Wenn die Kinder aus unserer Gemeinde zur Erholung fortgeschickt werden sollen, sind die Eltern vielfach nicht einmal in der Lage, die Kinder auszurüsten; sie haben nicht einmal das Fahrgehd, um die Kinder in die Erholungsstätten zu schicken. Die Provinz müßte endlich einmal etwas mehr für die Ärmsten der Armen tun, als im Haushaltsplan vorgesehen ist.

Meine Herren und Damen! Im Interesse der Kinder, im Interesse der Gesundheit der Ärmsten der Armen, möchte ich Sie nochmals ersuchen, den Antrag der KPD. nicht, wie es der Sachausschuß vorschlägt, abzulehnen, sondern ihm Ihre Zustimmung zu geben. Sie wollen doch immer ein so gutes Herz für die Kinder haben. Beweisen Sie es und stimmen Sie dem Antrage zu.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Der Antrag der kommunistischen Fraktion und auch die Begründung, die die Rednerin der kommunistischen Fraktion ihrem Antrage gegeben hat, zeigt, wie leichtfertig die kommunistische Fraktion Anträge stellt. Die kommunistische Fraktion hat die Vorlage gar nicht durchgelesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Worum handelt es sich? Es handelt sich um die Bereitstellung von 200 000 Mark für die Heimversorgung Kinder Nichtversicherter. Für alle Kinder der Versicherten sorgt die Landesversicherung. Für die Kriegerkinder sind im Haushaltsplan der Provinz 300 000 Mark eingesetzt. Die 200 000 Mark, die heute verlangt werden, sind, wie ich schon sagte, für die Kinder Nichtversicherter. Diese rekrutieren sich zum größten Teil aus den Kreisen des durch die Inflation heruntergekommenen Mittelstandes. Die kommunistische Fraktion macht es sich sehr leicht; sie fordert einfach 800 000 Mark mehr, als die Provinz für diesen Zweck haben zu müssen glaubt. Das mag, von Ihrer Seite aus betrachtet, ganz revolutionär aussehen. Für uns ist die Forderung, die Sie stellen, Unsinn. Muten Sie es uns nicht zu, daß wir einen derartigen Unsinn mitmachen, daß wir Ihnen Gefolgschaft leisten! Wir lassen uns in der Sorge für unsere kranke Jugend von niemandem, auch nicht von Ihnen, übertreffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eins will ich Ihnen noch sagen: Die Arbeiterwohlfahrt hat auch in der Sorge für die kranken Kinder Wesentliches geleistet. Erst kürzlich noch hat sie ein Kindererholungsheim in Urdenbach bei Benrath

eröffnet. Wenn man da in Ihrer Presse liest, mit welchem Geifer Sie unser Unternehmen beschimpfen, dann sollten Sie sich doch hier nicht hinstellen und so tun, als ob nur Sie Liebe für die kranken Kinder hätten.

Die 200 000 Mark sind erstmalig für diesen Zweck in den Haushaltsplan eingesetzt. Warten wir ruhig einmal ab, was damit im nächsten Jahr geleistet wird! Wenn sich herausstellt, daß die Mittel für die Heimversorgung der Kinder Nichtversicherter nicht ausreichen, dann können Sie sicher sein, daß meine Freunde für die Bereitstellung weiterer Mittel eintreten werden. Aber Ihren Antrag, der nur auf Bluff berechnet ist, lehnen wir ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Ich habe nur dem Herrn Höllen zu sagen: Wir legen durchaus keinen Wert darauf, von Ihnen erst genommen zu werden, weder von Ihnen, noch von Ihrer Partei! Der Unsinn, den Sie seit 1914 und 1918 gemacht haben, geht schon auf keine Kuhhaut mehr. (Vorsitzender Dr. Jarres: Das gehört nicht zur Sache!)

Zur Sache selbst habe ich zu sagen, daß es sich hier nicht um die Kinder des Mittelstandes handelt, sondern um die Kinder derjenigen Schichten, die früher einmal dem Mittelstande angehört haben, die aber durch die ökonomische Entwicklung deklassiert und hinabgestoßen worden sind in die Reihen des Proletariats. Wir legen Wert darauf, festzustellen, daß die Summe nur für bedürftige Kinder in Frage kommen soll. Ich glaube nicht, daß Mittelständler, die ein gutes Einkommen haben, diese 200 000 Mark in Anspruch nehmen dürfen, sondern nur die Deklassierten. Solcher Deklassierten gibt es so viele, daß die 200 000 Mark nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Der Herr Abgeordnete Bauknecht hat das Wort.

Abgeordneter Bauknecht: Wenn die kommunistische Fraktion die Erläuterungen zum Haushaltsplan gelesen hätte, dann würde sie den Antrag nicht gestellt haben. (Zustimmung.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich lasse abstimmen und bitte diejenigen, die für die Entschließung des 1. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Punkt 20: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Verschiedenes“ für das Rechnungsjahr 1925.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Ich beantrage unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist unveränderte Annahme beantragt. Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 21: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Außerordentlicher Haushalt“ für das Rechnungsjahr 1925.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Hagen: Ich beantrage unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist unveränderte Annahme beantragt. — Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 22: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln für das Rechnungsjahr 1925.

Der Herr Berichterstatter verzichtet. Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Ich möchte vorschlagen, die Beschlußfassung über diesen Haushaltsplan auszusetzen, bis über den, soviel ich weiß, noch zur Beratung kommenden Antrag, weitere 500 000 Mark für Wohnungsbauzwecke zu bewilligen, entschieden worden ist, denn dann müßte eventuell der Haushaltsplan über Steuern um den entsprechenden Betrag erhöht werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Punkt 22 wird vorläufig zurückgestellt. Ich empfehle, jetzt Punkt 2, der vertagt worden war, vorwegzunehmen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schäfer als Berichterstatter.

Abgeordneter Schäfer: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bid haben der Zentrumsfraktion Veranlassung gegeben, zu beantragen, angesichts der Bedeutung der Ausführungen die Sache noch einmal an den 1. Sachausschuß zurückzuverweisen. Die Beratung im Sachausschuß hat noch einmal stattgefunden, und zwar in Anwesenheit des Herrn Bid. Daß sie stattgefunden hat, war sehr gut, denn es sind eine ganze Reihe von wertvollen neuen Gesichtspunkten dabei zutage gefördert worden.

Zunächst ist festzustellen, daß bei der Mehrheit jedenfalls ganz außerordentliche Bedenken bestanden, überhaupt die Provinz mit weiteren neuen Aufgaben, die bis jetzt Aufgabe der Kreise waren, zu belasten. Man hat der Auffassung Ausdruck gegeben, daß man die Leistungsfähigkeit der Provinz unter keinen Umständen überspannen dürfe, daß die Provinz in den letzten Jahren sich in immer steigendem Maße der Wohlfahrtspflege angenommen habe und es zweckmäßig wäre, wenn sie ihre Kräfte nicht weiter zersplittere.

Dann war man der Auffassung, daß der Antrag eine ganz erhebliche Belastung der Provinz bedeutet, daß er eine grundsätzliche Bedeutung hat, die über den Wert der 500 000 Mark hinausgeht, weil der Antrag ja nach Zeit und Höhe nicht begrenzt und auch nicht begrenztbar ist. Wenn Sie heute dem Antrage grundsätzlich zustimmen, so ergibt sich daraus, daß Sie den Grundsatz anerkennen, daß die Provinz diese Aufgabe übernimmt. Sie wissen aber nicht, wie lange die Zwischenkredite notwendig sind. Es steht durchaus nichts im Wege, den Kredit von 500 000 Mark auf 1 000 000 Mark oder 3 000 000 Mark zu erhöhen. Man kann also überhaupt nicht übersehen, welche finanzielle Tragweite der Antrag noch haben kann. Das ist der zweite Grund.

Dazu kommt aber — darauf hat der Herr Landeshauptmann mit großer Entschiedenheit hingewiesen —, daß die Annahme des Antrages nur möglich ist, wenn Sie gleichzeitig einen Beschluß über eine Erhöhung der Provinzialumlage fassen, denn im Etat sind irgendwelche Mittel, die zur Verfügung stehen könnten, nicht mehr vorhanden. Dann entsteht aber eine außerordentlich große Schwierigkeit, die wir nicht verkennen dürfen, besonders für eine Reihe von Landkreisen. Die Provinzialumlage ist an sich schon außerordentlich schwer tragbar. Sie würde untragbar werden, wenn man über das unbedingt Notwendige hinausgehen würde. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Aber der wesentlichste Grund kommt noch: Bei der Annahme des Antrages wird auch nicht ein einziges Haus mehr gebaut, sondern die Häuser, um die es sich handelt, sind alle längst im Bau begriffen. (Hört, hört! rechts.) Es würde sich der Tatbestand ergeben, daß diejenigen Baulustigen, die durch die Begründetheit ihrer Anträge in den Besitz von Krediten gekommen sind, die flüssige Mittel zum Bauen bekommen haben und dadurch schon einmal bevorzugt sind, einen weiteren Vorteil dadurch bekämen, daß sie noch billiger bauen könnten.

Also um es zu wiederholen: Kein Haus wird mehr gebaut; der Antrag bedeutet lediglich ein Geschenk an diejenigen, die bereits einen Kredit bekommen haben; es würde also eine große Bevorzugung sein gegenüber denjenigen, die einen Kredit bisher nicht bekommen haben.

Im übrigen ist der Provinziallandtag durch den Beschluß, weitere drei Millionen aus Mitteln der Landesbank für Zwischenkredite zur Verfügung zu stellen, dem Kreditbedürfnis ja schon weit entgegengekommen.

Bei Würdigung aller dieser Umstände ist der 1. Sachausschuß zu der Ueberzeugung gekommen, daß er richtig gehandelt hat, dem Provinziallandtag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Ich wiederhole namens des Ausschusses (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Der Mehrheit des Ausschusses!) diesen Antrag.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte dann, zu entscheiden. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage des Ausschusses folgen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es verändert sich also im Etat nichts.

Zu Punkt 22 wird vom Ausschusse unveränderte Annahme beantragt. — Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 23: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bildung eines Betriebsfonds.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Vom Ausschusse ist unveränderte Annahme beantragt. — Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 24: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1925 und Vorbericht hierzu.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Der Provinziallandtag wolle den Haushaltsplan mit folgender Maßgabe annehmen:

1. Der Provinziallandtag setzt die Haushaltspläne der Provinzialverwaltung und der zu ihr gehörigen Verwaltungszweige und Anstalten für das Rechnungsjahr 1925 gemäß Vorlage fest und ermächtigt den Landeshauptmann, nötigenfalls auch über den 1. April 1926 hinaus bis zur Genehmigung des Haushaltsplanes für 1926 die Geschäfte nach diesem Haushaltsplan weiterzuführen.
2. Der Provinziallandtag setzt den durch Provinzialumlage zu deckenden Steuerbedarf zur Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Einnahme auf 10,5 Millionen Reichsmark fest.
3. Zur Deckung dieses Fehlbetrages sollen zunächst für das erste Halbjahr 1925 von den Stadt- und Landkreisen (bei den letzten einschließlich der angehörigen Gemeinden) 84 Prozent der ihnen für dieses Halbjahr zufließenden Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer erhoben werden.
4. Die Provinzialumlage für das zweite Halbjahr 1925 soll in Hundertsätzen der im Rechnungsjahr 1925 vom Staat veranlagten Realsteuern erhoben werden, die vom Provinzialausschusse so zu bemessen sind, daß der durch die Steuerbeträge des ersten Halbjahres nicht gedeckte Teil der Provinzialumlage im zweiten Halbjahr gedeckt wird.

5. Der im Außerordentlichen Haushaltsplan ungedeckt verbleibende Betrag von 2,8 Millionen ist zunächst vorstufweise von der Landesbank zu entnehmen und entweder aus bereiten Mitteln oder aus einer nach Maßgabe eines Beschlusses des Provinziallandtages aufzunehmenden Anleihe zu decken.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Entsprechend meiner Erklärung in der Etatsrede habe ich hier nochmals zu erklären, daß unsere Fraktion den Gesamthaushaltsplan ablehnt. Wir bitten um Abstimmung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte dann diejenigen, die dem Antrage des 1. Sachausschusses entsprechen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Punkt 25: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrag der K.P.D., betreffend Freilassung der aus dem besetzten Gebiet stammenden politischen Gefangenen.

Der Berichterstatter verzichtet. Der Antrag des Ausschusses lautet:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag ablehnen.“

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schröder-Essen.

Abgeordneter Schröder-Essen: Meine Damen und Herren! Mein Kollege, der Abgeordnete Knab, hat bereits in seiner Etatsrede auf diesen Antrag hingewiesen. Er hat auch zugleich dargelegt, daß der Antrag durchaus berechtigt ist.

Von der Gegenseite ist das Londoner Abkommen bereits erfüllt worden. Hier in Deutschland aber warten die Frauen und Kinder der politischen Gefangenen immer noch auf die Inhaftierten. Diese Familien haben auch ohne den Artikel 7 des Londoner Abkommens ein Recht darauf, daß dem Antrage, den wir gestellt haben, durch die deutsche Reichsregierung sofort Rechnung getragen wird. Wir appellieren hier an den Provinziallandtag, daß er dem Antrage der kommunistischen Fraktion stattgibt, damit die Gefangenen befreit werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen, und bitte diejenigen, die für den Antrag des 1. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft.

(Die kommunistische Fraktion verläßt bis auf einige Mitglieder den Saal.)

Ich bitte, mir zum Schluß der Tagung noch ein paar kurze Worte zu gestatten.

Am Ende unserer letzten Tagung vor einem Jahre habe ich hier darauf aufmerksam gemacht, daß jene Tagung voraussichtlich die letzte des Provinzialland-

tages in seiner heutigen Zusammensetzung sein würde, wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischentreten sollte. Nun, meine Damen und Herren, das Unvorherzusehende, es wurde Ereignis: Durch besonderes Geſchick ist die Lebensdauer der Provinziallandtage verlängert worden. Aber, meine Damen und Herren, jetzt müssen wir uns wohl mit dem Gedanken abfinden, daß wir in der Tat das sind, was ein Hauptredner während der Etatsberatungen gesagt hat, ein „sterbender Landtag“.

Aber ich glaube doch, daß dieses sterbende Haus noch in seinen letzten Zügen gute Arbeit geleistet und Lebenskraft gezeigt hat. Es ist fleißig und ehrlich auch in dieser Tagung gearbeitet worden. Ja, ich darf sagen, daß wohl kaum ein Landtag so umfassende und weitreichende Probleme wirtschaftlicher Art zu behandeln hatte wie der heutige. Er hat sie mit der Verantwortungsfreude und der Tatfrische erledigt, welche das Kennzeichen eines jeden Parlaments sein sollte, wie überhaupt dieser Landtag in seinen fünf Jahren vor Fragen und vor verwickelten Lagen gestanden hat, wie sie Gott sei Dank keiner seiner Vorgänger zu bestehen hatte. Wir haben in der letzten Tagung am Schluß, gewissermaßen voneinander Abschied nehmend, allen Richtungen für ihre bisherige Arbeit im Landtage Dank gesagt. Das war damals nicht ungerechtfertigt, aber vorzeitig. Ich darf mich heute auf diese Worte des Dankes beziehen und möchte alle Mitglieder bitten, diesen Dank nach dem Maße ihrer Selbsteinschätzung auf sich zu beziehen. (Heiterkeit.) Aber einen abschließenden Dank will ich heute nicht sagen, denn zwischenzeitlich haben wir das Tempo der parlamentarischen Arbeit in Berlin ja genügend kennen gelernt, um nicht doch noch einmal mit der Möglichkeit rechnen zu können, daß uns noch einmal eine Gnadenfrist gegeben werde. (Heiterkeit.) Die Mühlen des Preussischen Landtages, sie arbeiten langsam; hoffen wir, daß sie auch selten sein arbeiten.

Aber, meine Damen und Herren, es ist uns doch ein Bedürfnis, ein herzliches Wort des Dankes an den Provinzialausschuß und an die Provinzialverwaltung, namentlich an den Herrn Landeshauptmann und seine Mitarbeiter, zu richten (Beifall), die die Verwaltung der Provinz während des letzten Jahres weiter umsichtig und tatkräftig geführt und auch die Vorbereitung dieser Tagung mit der gewohnten Umsicht bewirkt haben. Ich danke Ihnen, meine Herren, im Namen des Landtages dafür.

Ich danke auch den Herren des Landtagsbüros, die durch ihre sorgfältige und tüchtige Arbeit es uns überhaupt erst ermöglicht haben, dieses große Arbeitspensum zu erledigen.

Ich spreche sicherlich auch in Ihrer aller Sinne, wenn ich der gastfreien Stadt Düsseldorf herzlich danke, die uns in der Frühlingspracht hier wieder aufgenommen hat und die — das möchte ich besonders

betonen — uns neben unserer Arbeit Gelegenheit gegeben hat, besonders hochstehende künstlerische Darbietungen zu genießen. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Nach vollbrachter Arbeit gehen wir nunmehr zur Jahrtausendfeier der Provinz. Sie bedeutet uns alles andere als flüchtiger Stundengenuss. Der Wert dieser Jahrtausendfeier liegt im Ethischen, und das höchste Ethos eines Volkes besteht im Bewußtsein seiner Unvergänglichkeit. (Bravo!) Mögen die Feiern und Weibestunden, die vor uns liegen, uns den Glauben daran stärken, daß, was Gott zusammengefügt hat, nichts Menschliches scheiden soll und kann. (Beifall.)

Lassen Sie uns diese rheinische Feier in Eintracht begehen, vergessend, was uns in der Vergangenheit geschehen haben mag, und vertrauend auf die innere Kraft unseres Vaterlandes, vertrauend namentlich aber auch auf das Lebensrecht unserer schönen Provinz.

Ich bitte nunmehr den Herrn Landtagskommissar, Oberpräsidenten Dr. Fuchs, davon Kenntnis zu nehmen, daß unsere Arbeiten erledigt sind.

Oberpräsident Dr. Fuchs: Meine Damen und Herren! Die Beendigung der heutigen Verhandlung bedeutet nicht nur den Abschluß der diesjährigen Tagung, sondern wahrscheinlich auch des Provinziallandtages in seiner jetzigen Zusammensetzung überhaupt, denn es ist damit zu rechnen, daß in Kürze ein Gesetz verabschiedet wird, das die Wahl eines neuen Provinziallandtages auf veränderter Grundlage vorsieht. Ihre Versammlung wurde auf Grund des Gesetzes vom 3. Dezember 1920, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, am 20. Februar 1921 gewählt. Zehn Tagungen hat der Provinziallandtag erlebt, von denen die meisten in Düsseldorf abgehalten worden sind. In dem verhängnisvollen Jahre 1923 war es jedoch nicht möglich, Sie, meine Damen und Herren, im Ständehaus zu versammeln, vielmehr mußte der Provinziallandtag in der gastlichen Stadt Barmen seine Tagung abhalten, um zu den Fragen Stellung zu nehmen, die damals die Rheinlande und ganz Deutschland bewegten. Ich als Oberpräsident und somit als berufener Vertreter der Staatsregierung schaue gern zurück auf das, was in Ihrer Versammlung zum Segen der Provinz geleistet wurde. Es war mir stets eine Freude, zu sehen, wenn trotz aller Gegensätze der Meinungen, wenn trotz scharfer Rede und Gegenrede doch immer den Parteien das Wohl des Großen und Ganzen als oberstes Gesetz galt, das jeder nach seiner Auffassung durch seine Stellungnahme zu den Beschlüssen zu fördern bestrebt war.

Von diesem Geiste befeelt, konnte es dem Provinziallandtag in den verflossenen vier Jahren seines

Bestehens um so eher gelingen, nicht nur die dem Provinzialverbände obliegenden Aufgaben zu fördern und auszubauen, sondern er war auch in der Lage, durch sein Wirken das Ansehen der öffentlichen Gewalt, das Vertrauen zum Staat und zu den von ihm abhängigen Verbänden nach den schweren Stürmen, die über unser Vaterland hinwegbrausten, erneut begründen zu helfen.

Sie, meine Damen und Herren, haben durch Ihre Einsicht, Ihre Tatkraft und Ihre Vaterlandsliebe dazu beigetragen, daß die Herzen vieler Deutschen, die nach der Staatsumwälzung am Staate verzweifeln wollten, sich wieder mit dem Staatsgedanken erfüllen, indem sie erkennen, daß vom Staate trotz der schweren Erschütterungen nach wie vor lebendige Kraft und positives Schaffen zugunsten aller Schichten der Bevölkerung auszugehen vermag.

Möge das Vorbild Ihrer Tätigkeit auch dem neuen Provinziallandtag in seinem Wirken voranleuchten. Mögen die künftigen Landtagsboten sich wie Sie fühlen als Vertreter der Heimat, aber auch als treue Anhänger des preussischen Staates. (Bravo!) Mögen preussischer Staat und Rheinprovinz im Rheinischen Provinziallandtage auf immer einander ergänzen, eng verbunden in deutscher Schicksalsgemeinschaft! (Beifall.)

Indem ich Ihnen, meine Damen und Herren, persönlich wünsche, daß es recht vielen vergönnt sein möge, auch auf der Grundlage des neuen Wahlrechts ihre Tätigkeit in diesem Hause fortzusetzen, erkläre ich namens des Staatsministeriums den 69. Provinziallandtag für geschlossen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen und Herren! Auch am Ende unserer diesmaligen Verhandlungen ist mir von sämtlichen Fraktionen des Hauses, mit Ausnahme der Kommunisten, der ehrenvolle Auftrag geworden, dem verehrten Herrn Präsidenten und seinen beiden Stellvertretern den Dank des Hauses für die unparteiische, energische und doch liebenswürdige Führung der Geschäfte zu übermitteln. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende einer fünfjährigen Session, die, weiß Gott, für uns alle außerordentlich wenig erfreuliche Ereignisse mit sich gebracht hat. Wenn trotzdem die Geschäfte in diesem Hause zu unserer vollsten Zufriedenheit geführt worden sind, so verdanken wir das der ausgezeichneten Leitung durch den Herrn Präsidenten, wofür ich nochmals unseren aufrichtigen Dank hiermit zum Ausdruck bringe. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich danke Ihnen herzlichst!

(Schluß 3 Uhr 15 Minuten.)